türkei information

Nr. 28 12.4.1989 2,- DM

INTERNATIONALES TRIBUNAL GEGEN DAS REGIME IN DER TÜRKEI

Ausführlicher Bericht u. Dokumentation auf den Seiten 12 bis 22

In die vordersten Reihen im Kampf gegen den Rassismus!

In einer Zeit, in der Innenminister Zimmermann intensiv einen breitangelegten gesetzlichen Angriff gegen 'Ausländer und Flüchtlinge' vorbereitet, hat der Erfolg der neo-nazistischen Rapublikaner bei den Senatswahlen in Berlin-West (und später der NPD in Frankfurt) eine große Resonanz in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Während einige angesichts dieser Entwicklung bloße Statements abgaben, organisierten andere Protestdemonstrationen.

Nun stellt sich damit die Frage, welche die wirkungsvollste Haltung gegenüber dem raschen offenen Anstieg der Neo-Nazis bzw. der neo-faschistischen Bewegung ist, nicht nur für die Ausländer/ Emigranten, sondern auch für die europäischen demokratischen und sozialistischen Kräfte.

Wie die Realität und die historischen Beispiele beweisen, läßt sich eine Stärkung der Neo-Faschisten keineswegs über die möglichen Maßnahmen der Regierung oder die Statements der Sozialdemokraten oder ihre wohlgemeinten schwachen Stellungnahmen verhindern.

Angefangen bei den von den rassistischen Angriffen direkt Betroffenen (Ausländer/ Emigranten, Flüchtlinge) müssen die westeuropäischen demokratischen und sozialistischen Kräfte dem vom Staat geduldeten oder kontrollierten rassistischen Anstieg und den ausländerfeindlichen Übergriffen einen aktiven Kampf und eine starke Verteidigungslinie entgegensetzen. Dabei haben natürlich diejenigen nichts zu suchen, die selbst die rassistische Ideologie prägen oder eine anti-demokratische Philosophie vertreten.

Die Haltung des großen Schweigens in der breiten Masse sowohl der deutschen als auch der ausländischen Bevölkerung muß zerstört werden. Diese Aufgabe fällt den aktiven Anti-Faschisten zu.

Wir wissen auch, daß das Kampffeld gegen die Ausländerfeindlichkeit, den Rassismus und Neo-Faschismus unter den Menschen aus der Türkei nicht den Handlangern der Türkischen Republik, den Rassisten und Schariaanhängern überlassen werden darf. Die wichtigste Ursache dafür, daß Anhänger der rassistischen Schariat durchsetzten Ideologie mit den unverbesserlichen türkischen Sozialdemokraten und Reformisten auf diesem Gebiet den Ton anzugeben scheinen, ist in dem Schweigen und der politischen Orientierungslosigkeit der revolutionären und demokratischen Kräfte aus der Türkei und T.Kurdistan zu suchen.

Diese politische Passivität und dieses abwartende Schweigen müssen überwunden werden. Diese Aufgabe fällt den Revolutionären aus der Türkei zu.

Der Kampf gegen den Anstieg der Neo-Faschisten erfordert die feste Einheit der Anti-Faschisten. Die Herstellung dieser Einheit fällt den deutschen und ausländischen Revolutionären gleichermaßen zu.

Wer sich AntiFaschist und Revolutionär nennt, der muß seinen Platz in der vordersten Reihe des Kampfes gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Neo-Faschismus einnehmen.

Wer sich Anti-Faschist und Revolutionär nennt, der vereinigt sich mit den einheimischen und ausländischen Kräften, die gegen Neo-Nazis und Rassismus kämpfen wollen, und verbindet diesen Kampf mit dem allgemeinen Kampf für Demokratie.

Wer sich Anti-Faschist und Revolutionär nennt, der läßt in seiner Region den faschistischen und rassistischen Aggressoren keinen Handlungsspielraum.

Keine Gewöhnung an Faschisten!

Anti-Zimmermann Demonstration, März '89

Einladung an die Krise:

ERGEBNISSE DER KOMMUNALWAHLEN IN DER TÜRKEI

Seite 5

• • •

Die Kurdische Frage und die Aufgaben der revolutionären Bewegung in der Türkei

auf den Seiten 8-11

• • •

Die Geschichte eines Ausbruchs aus einem türkischen Gefängnis

Seite 23

• • •

WIR WAREN IM RECHT

Auszug aus der Verteidigung des Angeklagten Nr. 1, Oguzhan Müftüoglu, im zentralen Massenprozeß gegen die Befreiungsbewegung Devrimci Yol

Letzte Seite

Hungerstreik in der Bundesrepublik

DEMONSTRATION IN BONN

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand in den bundesrepublikanischen Gefängnissen für Zusammenlegung und Beendigung der Isolationshaft ist in die 8. Woche eingetreten. Die gesundheitliche Situation einiger Gefangenen, besonders von Karl-Heinz Dellwo und Christa Echers hat ein kritisches Stadium erreicht.

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Gefangenen und rufen zur Demonstration am 29.4.1989 in BONN auf.

FÜR EIN BESSERES ZUSAMMEN-LEBEN

o

GEGEN DIE UNGERECHTIG-KEIT

Seite 3

1300 VERHINDERN GRÜNDUNG DER "REPUBLIKANER"

Innerhalb von nur 5 Tagen nach Bekanntwerden eines Treffens der "Republikaner" zur Gründung von Kreisverbänden am 28.2. kam es in Hoheneggelsen zu einer machtvollen antifaschistischen Demonstration mit 1300 Teilnehmern/innen.
Gewerkschaften, Grüne, SPD, Devrimci Isci, Autonome, Flüchtlings- und Antifa-Gruppen u.a. hatten in seltener Geschlossenheit dafür gesorgt, daß der Aufruf der Antifaschistischen Initiative Hildesheim so zahlreich befolgt wurde.
Die ursprünglich in der Gaststätte "Klein Berliner Hof" geplante Gründungsveranstaltung der Reps war vom Wirt schon am 23.02. abgesagt worden, und so blieb es zunächst bei einer Demonstration, wie sie das Dorf Hoheneggelsen wohl noch nie erlebt hatte.
Vertreter der IG-Metall und der Grünen forderten das Verbot neofaschistischer Organisationen einschließlich der Reps sowie das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wiesen aber auch darauf hin, daß die Regierungsparteien mit ihrer rassistischen Politik den Boden für das Anwachsen neofaschistischer Organisationen bereiteten.
Die Fortsetzung der Redebeiträge von Hildesheimer Antifaschist/innen und Devrimci Isci wurde abgebrochen, als bekannt wurde, daß die Republikaner ihr Treffen unter dem Druck des antifaschistischen Protestes in das nahegelegene Lengende (Landkreis Peine) verlegt hatten. Etwa 500 Demonstrant/innen machten sich sofort auf den Weg nach Lengende, wo der Tagungsort der Faschisten, die Gaststätte zum "Zeilbahnberg" umzingelt wurde. Die Polizei war auf diese Überraschung nicht vorbereitet und so stand nur ein kleines Häuflein von etwa 30 Polizisten den Demonstranten gegenüber.

Bedauerlich, wenn auch typisch für Demonstrationen dieser Art, war die Tatsache, daß die Antifaschist/innen ohne Konzept und gemeinsame Strategie ziemlich kopflos um die Gaststätte herumstanden.

Uneinigkeit bestand darüber, wie man sich in dieser unverhofften Situation verhalten und ob man die Faschisten direkt angreifen sollte, die hinter der Glasscheibe, direkt vor den Augen der Demonstrant/innen, ziemlich unbehaglich auf ihren Stühlen hin- und herrutschten. Eine zentrale Leitung und Koordination der Demonstration fehlte, und in der allgemeinen Konfusion war es der Polizei sogar möglich, einen Demonstranten festzunehmen.

Ein Erfolg der Aktionen läßt sich immerhin verbuchen:
Nach erfolgreicher Vertreibung der Faschisten aus Hoheneggelsen und Blockade in Lengede war es den auf 7 Personen dezimierten Reps mangels Masse nicht mehr möglich, die beabsichtigten Kreisgründungen vorzunehmen.

EUROPA UND DIE ENTFESSELUNG DER MARKTKRÄFTE

Um die im Zuge der Verschuldungsdebatte begonnene Diskussion um ökonomische Zusammenhänge zu vertiefen, beschäftigt sich der 3. Welt Laden Losheim verstärkt mit dem Thema EUROPA/EINHEITLICHER BINNENMARKT 1992... und den damit verbundenen Verschiebungen und Konzentrationsbewegungen.
Wichtig sind dabei auch deren Auswirkungen auf die Metropolen selber und die sogenannte 3. Welt.
Diese Arbeitsschwerpunkte beinhalten Berührungspunkte zu den Arbeitsfeldern vieler Gruppen und Organisationen aus der 3. Welt -, Friedens, AntiAKW-, Flüchtlings- und Immigrantenbewegung.
Wer WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, Organisationen, Institute, Einzelpersonen ... kennt, die bereits dazu gearbeitet haben, Materialhinweise geben können bzw. Interesse und Zeit haben, diesen Themenkomplex zusammen mit dem 3. Welt Laden Losheim aufzuarbeiten, kann sich an folgende Adresse wenden:
3. Welt Laden Losheim/ AG Europa/ Weiskircher Str. 24/ 6646 Losheim.

Zentraler Massenprozeß gegen Devrimci Yol

Der zentrale Massenprozeß gegen die Befreiungsbewegung Devrimci Yol vor dem Militärgericht Mamak/Ankara dauert weiterhin an. In dem Prozeß gegen 723 Revolutionäre fordert der Militärstaatsanwalt 74 Todesstrafen.
Nachdem die über 500 Seiten lange gemeinsame politische Verteidigung der Gefangenen abgeschlossen wurde, fingen die Anwälte mit der Verteidigung an. Ihre Verteidigung wird voraussichtlich bis zum 21. April dauern. Die Urteilsverkündung wird noch vor der Sommerpause erwartet.

Solidaritätsveranstaltungen mit FATSA

In der Bundesrepublik, in Österreich, der Schweiz und in Holland werden Ende April/ Anfang Mai mehrere Solidaritätsveranstaltungen mit FATSA stattfinden. Neben Berlin wird auch in der Bundesrepublik für den 6. Mai eine bundesweite Veranstaltung organisiert.
An den Veranstaltungen werden Gäste aus der Türkei und Musikgruppen aus dem Exil teilnehmen. Am 6. Mai 1985 starb Fikri SÖNMEZ im Gefängnis. Fikri Sönmez war der unabhängige Bürgermeister der Kleinstadt Fatsa am Schwarzen Meer, der gemeinsam mit den Widerstandskommitees des Volkes Fatsa zum Symbol revolutionärer Selbstverwaltung machte. Um so härter war Fatsa vom Staatsterror vor und nach dem Putsch in der Türkei betroffen...
Wir rufen unsere LeserInnen auf, an den Veranstaltungen teilzunehmen.
Die bundesweite Veranstaltung findet statt:
am 6. Mai 1989 um 14.00 Uhr
in Altrheinhalle, 6528 Eich

Einladung
zum
WOCHENENDSEMINAR

FRAUEN IN DER TÜRKEI

– Situation der Frauen nach der Gründung der Türkischen Republik

– Frauen im revolutionären Widerstand zwischen 1968-1980

– Situation der Frauen unter der faschistischen Diktatur (Z. B. in Gefängnissen)

– Frauenorganisationen nach 1980 (nach dem Militärputsch in der Türkei), verschiedene Strömungen in der Frauenbewegung

Datum: 17.-18. Juni 1989
Ort: wird noch bekanntgegeben.

Anmeldung:
Türkei Informationsbüro
Postf. 910843
3000 Hannover 91
Tel: 0511-2102007

"DAS BEISPIEL FATSA"

Die Medienwerkstatt Linden e.V. ist dabei, einen Videofilm über das "Modell FATSA" und die Punktoperation, den darauffolgenden Massenprozeß und die wirtschaftliche, politische und Menschenrechtssituation in der Türkei zu drehen.
Dazu brauchen wir noch dringend finanzielle Unterstützung. Wer spenden kann und will (Spendenbescheinigung fürs Finanzamt wird ausgestellt!) bitte auf das Konto:
Medienwerkstatt Linden e.V.
Charlottenstr. 5
3000 Hannover 91

NORD/LB Hannover
Blz: 25050000
Konto Nr.: 101040137

ICH MÖCHTE DIE türkei information ABONNIEREN!

ganzjährig .....

NAME .....
ANSCHRIFT .....
.....
.....

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Information
Erscheint 4 Mal im Jahr
Jahresabopreis: DM 15,-

R. Hasselbring
Postfach 910843
D- 3000 Hannover 91

IMPRESSUM:
R. Hasselbring
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
Stadtsparkasse Hannover
G. Kurban
Konto Nr.: 253 07 096
BLZ: 250 501 80

TÜRKEI INFORMATION IST AUF EURE SPENDEN ANGEWIESEN!

6000 protestierten gegen Zimmermann und Bundesregierung

Am 11. März 1989 fand in Nürnberg eine Bayernweite Protestdemonstration gegen das Vorhaben der Bundesregierung, das gegenwärtige ohnehin fremdenfeindliche Ausländergesetz durch ein verschärfteres zu ersetzen. Die Demonstration wurde von einem Initiativausschuß vorbereitet, in dem verschiedene deutsche Organisationen wie DGB, SPD, Grüne und ausländische Organisationen zusammenarbeiteten. Die Demonstration kann als ein gelungener politischer Erfolg anti-rassistischer und anti-faschistischer Kräfte bezeichnet werden. Über 6000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration.
Im Folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt von Devrimci Isci, das vor und während der Demonstration breit verteilt wurde.

FÜR EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN
●
GEGEN DIE UNGERECHTIGKEIT

Die Regierungen der Bundesrepublik haben mit ihrer bisherigen Politik die Ausländerfeindlichkeit und den Rassismus geduldet und deren Entwicklung ermöglicht.
Heute redet jeder über Ausländer. Auf der Tagesordnung aller Organisationen und Parteien stehen die Ausländer. Und die jetzige Bundesregierung versucht neue Maßnahmen und Gesetze zu schaffen, mit denen die Ausländer zu einem Leben unter sehr schweren Bedingungen verurteilt werden, obwohl sie sowieso ohne jegliche Grundrechte leben müssen.

Vor Jahren wurden für die sich entwickelnde deutsche Wirtschaft benötigten billigen Arbeitskräfte in unterentwickelt gehaltenen Ländern angeworben. Somit wurden die ausländischen Arbeitnehmer in die Bundesrepublik gebracht. Das Leben dieser Arbeitnehmer wurde mit dem Ausländergesetz umzingelt und ihre Rechte begrenzt. Die Ausländer wurden in der Gesellschaft zu Ungleichheit verurteilt.
Die weitere Entwicklung der Wirtschaft, die Modernisierung der Produktionsmethoden und Maschinen, die Absicht der Unternehmer, immer mehr Profit zu erzielen, verursachten die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Ausländer, die keine Organisationen haben, um sich zu verteidigen, wurden als Ursache aller negativen Entwicklungen dargestellt.
Und all dies verursachte, daß allmählich die Ausländerfeindlichkeit zunahm und die rassistisch-faschistischen Organisationen und Parteien, deren Hauptthema die Ausländerfeindlichkeit ist, immer mehr Zugang in der Gesellschaft fanden.

Die Hitler bewundernden faschistischen Parteien gingen zuerst in die kommunalen Verwaltungen in einigen Bundesländern. Zuletzt bekamen sie 7.5 % in Berlin und ziehen in den Senat ein.
Diese Entwicklung ist ein natürliches Ergebnis der seit Jahren durch die Regierungen realisierten Politik.

Nachdem die extrem konservativen, rassistischen und faschistischen Kräfte andere Parteien bevorzugten, mußten die Koalitionsparteien wiedermal "die Ausländerproblematik" auf die Tagesordnung setzen. Besonders bei CDU/CSU gewannen diejenigen, die gegen die Ausländer noch härter vorgehen wollen und damit die verlorenen Stimmen wiederzugewinnen beabsichtigen, immer mehr Zuspruch.
Der Bundesinnenminister Zimmermann, der gegen eine multikulturelle Gesellschaft ist, versucht heute sein neues Ausländergesetz durchzusetzen, das die Ausländerfeindlichkeit legalisieren würde.
Mit diesem neuen Gesetz werden die sozialen und politischen Rechte der seit 20-25 Jahren hierlebenden Ausländer und ihrer Familien noch mehr eingeschränkt. Es wird verhindert, daß die ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien und Kindern zusammenleben. Nichtmal die hier geborene zweite oder dritte Generation wird eine Möglichkeit bekommen, das Leben angenehmer zu gestalten. Diejenigen, die sich mit Politik beschäftigen, die mehr Rechte fordern, die sich mit dem Wunsch nach menschenwürdigem Leben gegen das Unrecht einsetzen, könnten sofort ausgewiesen werden. Das heißt also, entweder kehren die Ausländer freiwillig in ihre Heimatländer zurück, oder sie akzeptieren ein Dasein, in dem sie nur zwischen dem Arbeitsplatz und der Wohnung, ohne jegliche Rechte, nur als Arbeitskraft oder Roboter leben werden.
Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, wird die Ausländerfeindlichkeit noch mehr zunehmen. Brandstiftungen und Ermordungen –so wie vor kurzem in Schwandorf– würden immer mehr zunehmen.
Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, werden die seit vielen Jahren hier arbeitenden Menschen mit der Begründung "politische Tätigkeit" ausgewiesen, oder ihre Aufenthaltsgenehmigung begrenzt.
Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, werden die Mitglieder einer Familie unterschiedliche Status bekommen. Diese Ungerechtigkeit würde noch mehr Probleme und Konflikte schaffen.

Es ist eine unverzichtbare Aufgabe aller Ausländer, aller demokratischen Personen, Institutionen und Organisationen, sich gegen dieses Gesetz zu wehren.
Der Kampf für eine bessere Zukunft und Demokratie kann nur mit dem Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und den Rassismus erfolgreich sein.
Diejenigen, die sich nicht gegen die Ungerechtigkeit der anderen einsetzen, sind verurteilt, unter dieser Ungerechtigkeit selber zu leiden.

Alle Ausländer, demokratischen Personen und Organisationen fordern wir auf, sich für die Realisierung folgender Forderungen einzusetzen:

- Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!
- Abschaffung des Ausländergesetzes!
- Freie Zuzugsmöglichkeit der Familienangehörigen!
- Asylrecht ist Menschenrecht! Schluß mit den Begrenzungen in diesem Bereich!
- Wahlrecht für alle Ausländer!
- Die Ausländer müssen ihr Leben selber bestimmen! Entscheidungsrecht für Ausländer!

Devrimci İsci

EINMAL GEFOLTERT– IMMER BESCHÄDIGT!

von Dr. Sepp GRAESSNER

Die Folter ist ein globales Phänomen. Sie ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Im europäischen Mittelalter ritualisiert und in einen Kontext mit anderen Körperstrafen gestellt, wurde die Folter mit der Aufklärung aus der Öffentlichkeit verbannt. Sie findet nun heimlich hinter Mauern und ohne das Volk statt, dem vor 200 Jahren der Part des Zeitzeugen zufiel. Die Folter war immer eine Körperstrafe zur Beweismittelsicherung. Nach der fransözischen Revolution akzeptierte das Volk nicht mehr die Folter als Körperstrafe vor der Verurteilung; es solidarisierte sich wiederholt mit den Gemarterten. Daher nahm die Verlagerung der peinlichen Strafen hinter Mauern dem Volk die Möglichkeit, unmittelbare Solidarität zu demonstrieren. Die Abschaffung der öffentlichen Hinrichtungen hat hierin ihre Ursache. Durch das Schauspiel öffentlicher Körperstrafen sollte immer auch eine Terrorwirkung hervorgerufen werden. Terror und Angst im Volk waren vielfach die einzige Frucht solcher Prozeduren.

Die Identifikation des Herrschers oder der Herrschenden mit dem Recht läßt die Folter und Körperstrafen auch als Rache des beleidigten Rechts, d.h. des Herrschers, auffassen. Das bedeutet, solange Herrschende politische oder Gesinnungsvergehen definieren, wird es Folter geben. Der Folter wohnt dabei ein dreifacher Charakter inne: Einmal soll sie durch Geständnisse die Beweismittel erbringen, die den ermittelnden Behörden fehlen. Sie demonstriert als Körperstrafe die Macht und Rache der Herrschenden, vor allem, wenn die zu erwartenden Strafen als zu gering von den Herrschenden erachtet werden. Drittens soll die Folter potentielle Nachahmer einschüchtern.

Die Tradition der Körperstrafen im islamischen Recht, die Öffentlichkeit des Auge-um Auge-Prinzips haben in Verbindung mit den europäischen Rechtsprinzipien das Arsenal polizeilicher Ermittlungsarbeit eher erweitert als eingeschränkt, wenn wir die Verhältnisse in der Türkei betrachten. Ein Angeklagter im Devrimci Yol Prozeß begeht nach der Definition der herrschenden Militärs ein geistig-soziales Verbrechen im revolutionären Prozeß. Da der geistige Ursprung des Handelns nicht angegriffen werden kann, hält sich das Militär an die Körper. Polizei und Militär begehen also täglich den untauglichen Versuch, Ideen und Utopien durch Zerstörung und Marterung der Körper, die diese Ideen verkörpern, zu beseitigen oder zu diskreditieren.

Folterung und Marterung gehen von der Voraussetzung aus, daß die geistige Substanz durch die körperliche Beschädigung in Mitleidenschaft gezogen wird. Körper und Idee gehören zusammen. Die psychosoziale Verfassung eines Menschen formt eine Idee aber erst als soziale Dimension aus. Daher greifen Folterer mit wissenschaftlicher Unterstützung zunehmend auch die psychische Verfassung an. Dadurch haben sich die Maßnahmen der Folterer um Methoden erweitert, die nicht sichtbare Spuren hinterlassen. Ohne deutliche erkennbare Folgen am Körper der Gequälten sind zudem die Skrupel der Folterer geringer. Sie werden nicht täglich mit ihrer eigenen Bestialität konfrontiert, zumal die Angriffe auf die psychische Substanz nicht mehr von Polizeischergen vorgenommen werden, sondern von Spezialisten wie Medizinern. So werden die Forschungsergebnisse des Sonderforschungsbereiches 129 in Hamburg besonders begierig von den Folterexperten der Welt studiert, weil in ihnen die psychischen Abweichungen unter kompletter Isolation beschrieben werden. Durch Isolationsforschung und die Entwicklung der Hochsicherheitstrakte u.ä. erhält die Folter eine besonders schwer anzugreifende internationale Dimension.

Die Anwendung von schwarzer und weißer Folter, besonders der Wechsel von Angriffen auf Körper und psychische Substanz läßt den Gefangenen wenig Chance, sich auf die zu erwartende Pein einzustellen.

Welche Beschädigungen werden nun durch die Folter gesetzt?
Zum einen gilt der Satz: Einmal gefoltert – immer beschädigt. Die absolut ohnmächtige Auslieferung an die Gewalt bis zur Zerstörung läßt sich nicht verdrängen. Was Folterer können, nämlich verdrängen, können Gefolterte nicht. Es gibt im menschlichen Leben keine Ebene, auf der sich die Erfahrung der totalen Auslieferung verarbeiten ließe.
Wenn, wie bei vielen Devrimci Yol Angeklagten, Haftstrafen der Folter folgen, kann ein Ausleben der Beschädigungen nicht erfolgen. Die verursachten Traumata wenden sich nach innen. Außer Störungen des Allgemeinbefindens, die Knasterfahrung bei jedem Gefangenen hervorrufen kann, wie z.B. Schlaflosigkeit, Unruhe, Konzentrationsstörungen, unangemessenem sozialen Verhalten, depressiven Phasen, körperlichen Mißempfindungen entstehen körperliche Syndrome, die sich auf Organe beziehen, die als Schwachpunkte oder vorbeschädigt aufzufassen sind.

Nicht selten werden bösartige Tumoren des Magen-Darm-traktes als Folge von Folter und Haft festgestellt, entzündliche autoagressive Erkrankungen der Darmschleimhaut sind häufig. Die Schilddrüsen von gefangenen Männern und Frauen verändern sich und damit der Blutdruck mit den entsprechenden Folgen für das Gefäßsystem. Zyklusstörungen und Sterilität betreffen zahlreiche Frauen.
Psychische Veränderungen kann man als Entweichen aus der Realität auffassen, wenn die psychische Grundstruktur des Gefolterten nicht mehr in der Lage ist, eine unwirklich anmutende Wirklichkeit als Lebensraum zu akzeptieren.
Schleichende Folter durch Unter oder Fehlernährung führt zu den vielfältigsten körperlichen Beschwerden und damit auch zu psychischen Syndromen.
Durch qualifizierte Behandlung lassen sich körperliche Folterfolgen beseitigen, psychische Beschädigungen lindern.
Wenn Folter nicht tiefgreifend beschädigt, macht sie –ohne Sarkasmus– stark. Sie läßt die eigenen Vorstellungen klarer, die Gegner eindeutiger, das Leben begrenzt und zerbrechlich erscheinen, die Utopien als allein überlebensfähig. Die Schlußworte der Angeklagten im Fatsa-Prozeß beweisen das.

Was bedeutet nun das Andauern der Folterpraktiken für das Volk der Türkei?

Sowohl als Gerücht wie auch als konkrete Anschauung ist die Folter in der Türkei ständig präsent. Ausländische Delegationen wiederholen die Foltervorwürfe an Militärs und Regierung. Indem aber Folteranklagen von Angehörigen, Anwälten, Ärzten usw. in die öffentliche Debatte geworfen werden, nähren sie die kollektive Angst im Volk. Zugleich sind sie die einzige Chance, die Furcht vor staatlichem Terror zu überwinden. Und dabei sind Teile des türkischen Volkes ein großes Stück vorangekommen.
Die politisch lähmende Wirkung von Massenfolterungen hat ihren Schrekken eingebüßt. Dennoch hofft das herrschende Militär auf die psychische Wirkung im Volk. Da braucht gar nichts in den Zeitungen stehen. Wo 250 000 Menschen gefoltert wurden und davon inzwischen 150 000 außerhalb der Knäste, sind in einer Großfamiliengesellschaft wie die Türkei über eine Million Menschen unmittelbare Zeugen der Folterbeschädigungen. Sie eröffnen mit ihrer Betroffenheit eine Nebenöffentlichkeit, die durch informelle Kontakte die kollektive Angst vor den Folterern fördert oder überwindet.

Nun mag man fragen, warum macht das türkische Regime weiter mit Folter und Mißhandlung, wenn in den aktuellen Prozessen sämtliche möglichen Geständnisse bereits abgepreßt wurden? Wenn Ideen durch Folter und Haft nicht zerstört werden können? Ich denke, daß den herrschenden Militärs von ihren Behörden immer wieder die kollektive Furcht im Volk berichtet wird. Zudem denken Militärs als politische Dummköpfe in allen Gesellschaften nicht historisch, oder nur insoweit, als ihnen und ihren Apparaten Zwang und Angst einen Erfolg verspricht. Und da gibt es für sie ermutigende Beispiele aus der Geschichte: Der Nationalsozialismus wurde nicht von innen zerstört. Er regierte bis zum Ende mit Gewalt und vielen Anhängern. Seine Funktionsträger blieben im Übergang zur Bundesrepublik weitgehend unbehelligt, die Folterknechte machten in ausländischen Geheimdiensten Karriere. Die Folterverbrechen der OAS-Brigaden an Algeriern haben nach der Amnestie keine Konsequenzen für die Folterer gehabt, in Spanien und Griechenland leben Folterer und Gequälte friedlich nebeneinander.
Die Überwindung der Kollektivfurcht ist schwierig. Vor dem Putsch der Militärs hatten die faschistischen Banden der MHP die Türkei und ihre revolutionären Bewegungen bereits mit einem Netz des Terrors überzogen. Nach dem Putsch wurde dieser Terror als Folter und Leibesstrafe institutionalisiert und legalistisch abgesichert. Wenn Folter und Mißhandlung von Revolutionären in der Türkei andauern, so ist dies ein Indiz dafür, daß die Militärs ein Klima kollektiver Furcht in der Gesellschaft brauchen, um den angestrebten Umbau der wirtschaftlichen Strukturen durchzusetzen, den Europa und die NATO fordert. Daß aber die Mechanismen der Angsterzeugung nicht im gewünschten Maße funktionieren, davon konnte ich mich bei Besuchen in der Türkei überzeugen.

EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK STÖßT AUF WIDERSTAND

Ökonomische Einigung Europas könnte für viele Flüchtlinge das Todesurteil sein.

Primat der Ökonomie– FLüchtlinge als Störfaktor

Der 3. Welt Laden Losheim (Saarland) hatte unter dem Motto 'Europa grenzenlos – unbedingt asylfeindlich?' zusammen mit Amnesty International Saar und zwei Luxemburger 3. Welt- und Menschenrechtsgruppen zu einer internationalen Mahnwache ins luxemburgische Remich eingeladen. Anlaß dazu war das Treffen der sog. 'Schengen-Kommission', in der sich seit 1985 Regierungsvertreter der Beneluxstaaten, Frankreich und der BRD treffen. Italien und Österreich haben ebenfalls Interesse an einem Beitritt bekundet.
Diese Kommission berät über EG-weit gültige Vorschriften und Gesetze gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern und ist eines der Instrumente, mit dem die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsmarktes bis 1992 vorbereitet wird.

Harmonisierung des Asylrechts auf niedrigstem Niveau

Auf der Tagesordnung der Kommission standen diesmal u.a. ein Informationsaustausch über zu erwartende Flüchtlingsgruppen, Verstärkung der Außen- und Innenkontrollen und Visumzwang.
Im Gegensatz zu seinen europ. Kollegen, die sich wenig gesprächsbereit zeigten, gestand der Staatssekräter des Luxemburgischen Außenministeriums in einem Gespräch am Rande der Mahnwache ein, daß über die Einrichtung einer Datenbank für Flüchtlinge gesprochen worden ist.
Unterm Strich stellt dieses koordinierte Vorgehen der europäischen Staaten gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern nichts anderes als eine Harmonisierung auf niedrigstem Niveau dar.
Ziel dieser staatlich koordinierten Abschottungs- und Abschiebepolitik könnte es sein, Europa 'flüchtlingsfrei' zu machen. Neu sind diese Tendenzen nicht, denn 'schon in der Vergangenheit haben einzelne europäische Länder mit verschiedenen Maßnahmen eine Vorreiterrolle gespielt, die dann von den anderen quasi unter Zugzwang übernommen wurden', so die Taz am 16.12.1987 (Z.B. die BRD mit der Lagerunterbringung und dem fünfjährigen Arbeitsverbot, die Niederlande mit einer auffallend niedrigen Anerkennungsquote von 1,5 %, Belgien mit dem berüchtigten 24-Stunden-Abschiebungsverfahren an der Grenze.)

Grenzübergreifendes Bündnis und Widerstand

Mit der Durchführung der Mahnwache sollte zweierlei erreicht werden: zum einen die bisher bei den Treffen der 'Schengen-Kommission' fehlende Öffentlichkeit herzustellen, zum anderen einen ersten Versuch zu unternehmen, der europaweiten Verschärfung und zunehmend restriktiveren Auslegung der Asylgesetze einen über die Grenzen hinausreichenden, internationalen Widerstand entgegenzustellen.

Gemessen an den äußeren Bedingungen (das Dreiländereck ist eine ländlich strukturierte Region) kann die Durchführung der Mahnwache und das Zustandekommen eines grenzübergreifenden Bündnisses als Erfolg bezeichnet werden. Es war das erste Mal, daß sich in dieser Region ein politisches Bündnis zu bzw. gegen die staatlich praktizierte Asyl-, Flüchtlings und Bevölkerungspolitik gebildet hat. Peinlich war jedoch, daß sich weder eine 3. Welt- noch eine andere Gruppe oder Organisation aus den auf bundesdeutscher Seite dem Treffen am nächsten gelegenen Städten (Trier und Saarbrücken) in der Lage sah, über den eigenen thematischen und geographischen Horizont hinauszuschauen und diese Mahnwache am Ort des Geschehens zu unterstützen. Das gleiche gilt auch für die Grünen: Beteiligung gleich null.

Perspektiven: Politische Diskussion und Analyse der europäischen Ökonomie

Nach Ablauf der Aktion kündigte der 3. Welt Laden Losheim an, zu weiteren grenzübergreifenden Treffen von Flüchtlings- und 3. Weltgruppen einzuladen und hier insbesondere die Zusammenarbeit mit fransözischen Organisationen zu suchen.

Dieser europaweit koordinierten Abschottungs- und Abschiebepolitik gilt es einen ebenfalls europaweit organisierten politischen Widerstand entgegenzusetzen. Die hier im Rahmen der sogenannten 'europäischen Einigung' betriebene Flüchtlingspolitik macht zudem deutlich, daß es allerhöchste Eisenbahn ist, sich verstärkt mit dem Thema Europa auseinanderzusetzen; d.h. die Debatte und der Versuch einer Analyse sowohl strukturökonomischer als auch politischer Veränderungen und Verschiebungen in Europa und deren Auswirkungen auf die Metropolen selber und die sog. 3. Welt.

Roland Röder

Einladung an die Krise:

ERGEBNISSE DER KOMMUNALWAHLEN IN DER TÜRKEI

Die Türkei ist seit dem Morgen des 27. März in eine neue politische Situation eingetreten. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 26. März haben die scheinbare Stabilität erschüttert. Die ökonomische Krise in der Türkei erstreckt sich in einer Hinsicht auch auf die politische Ebene. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen, die NATO-Kreise und die US-Regierung in Angst versetzten, beunruhigten auch in großem Maße die Bourgeoisie der Türkei. Die Monopolbourgeoisie und die Staatsmacht begeben sich auf die Suche nach neuen Positionen, nachdem die dank dem Militärputsch vom 12. September 1980 erreichte Stabilität durch Erschütterung gefährdet wird. Die Tatsache, daß die Regierungspartei große Stimmenverluste hinnehmen mußte, obwohl die allgemeinen Wahlen erst vor 1,5 Jahren abgehalten wurden, brachte Lösungsformeln wie vorgezogene allgemeine Wahlen, Koalition, einen neuen Putsch, überparteiliche Regierung auf die Tagesordnung der Diskussion. Ministerpräsident Özal mußte das Regierungskabinett auswechseln, um den Schock der Kommunalwahlen zu überwinden. Die Oppositionsparteien hingegen verfolgten mit großem Geschrei die Strategie der vorgezogenen allgemeinen Wahlen, um ihre neuen Stimmenanteile im Parlament widergespiegelt zu sehen und eine neue Zusammensetzung des Parlaments noch vor den Staatspräsidentenwahlen im November 1989 zu erreichen, weil das Parlament den Staatspräsidenten wählt. So schreitet die Türkei in Richtung einer neuen Krisensituation.

• • •

Die Stimmenverteilung am 26. März auf die Parteien war wie folgt:
ANAP (Regierungspartei, Bündnis der Konservativen, Liberalen, Schariaanhängern und Faschisten): % 21.7
SHP (sozialdemokratisch): % 28.5
DYP (Nachfolgepartei der alten AP, konservativ): % 25.3
RP (islamisch, fundamentalistisch): % 10.0
DSP (sozialdemokratisch, Ecevit): % 9.0
MCP (Nachfolgerin der MHP, faschistisch): % 4.1

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1987 war die Stimmenverteilung wie folgt:
ANAP: % 36
SHP: % 24
DYP: % 19
RP: % 7
DSP: % 8
MCP: % 3

Wie man sieht, hat die Regierungspartei in der relativ kurzen Zeit von 1.5 Jahren ca. 14 % der Stimmen verloren; demgegenüber erhöhten sich die Stimmen aller Oppositionsparteien.

Ein anderes interessantes Ergebnis der Kommunalwahlen vom 26. März 1989 ergab sich in der Verteilung der Bürgermeister auf der Provinzebene. Die ANAP verlor in ca. 50 Provinzen das Amt des Bürgermeisters. (In der Türkei gibt es insgesamt 67 Provinzen). Angefangen bei den Großstädten Istanbul, Ankara, Izmir und Adana gewann in 39 Provinzen die SHP die Bürgermeisterwahlen. Die DYP gewann in 16 Provinzen, die RP in 5 Provinzen, die MCP in 3 Provinzen und die ANAP nur in 2 Provinzen die Bürgermeisterwahlen.
Wären am 26. März an Stelle von Kommunalwahlen allgemeine Wahlen abgehalten worden, hätte die Sitzverteilung im Parlament wie folgt ausgesehen: SHP: 191, DYP: 173, ANAP: 86. Im gegenwärtigen Parlament hat die ANAP 292, die SHP 87 und die DYP 68 Abgeordnete.
Nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Kommunalwahlen erklärte Ministerpräsident Özal von der ANAP, daß sie bis 1992 an der Regierung bleiben werde. Die Oppositionsparteien dagegen fordern die Vorziehung der allgemeinen Wahlen.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen schockierte die ANAP so sehr, daß ein ANAP-Abgeordneter einen DYP-Abgeordneten nach der Wahl im Parlament erschoß...

WAS BEDEUTEN DIESE ZAHLEN?

● Die Parteienordnung der Putschisten vom 12. September, die auf Parteigründung auf der Grundlage der Ernennung basiert und die Tendenzen der Gesellschaft außer Acht läßt, ist in eine Sackgasse geraten. Von den 3 Parteien, die auf Wunsch und Befehl der Putschgenerale gegründet worden waren, wurden 2 schon vorher aufgelöst. Der letzten von diesen 3 Parteien, der ANAP, ist es gelungen, den Anschein zu erwecken, unter den bestehenden Parteien die zivilste zu sein: obwohl sie eine typische Partei des 12. September ist, konnte sie 1983 die Unterstützung der Gesellschaft bekommen und bildete die Regierung. Je mehr die Gesellschaft aber den Charakter der ANAP, Nachfolgepartei des Putsches zu sein, bemerkte, desto schneller gingen die Stimmen dieser Partei zurück und fielen schließlich auf nur noch 21.7 %. Obwohl die ANAP die große Masenunterstützung verloren hat und 78 % der Wähler diese Partei ablehnen, erklärte Ministerpräsident Özal, daß sie an der Regierung bleiben werden –undzwar in einer Art und Weise, die genau den Putschisten vom 12. September gebührt. Die Haltung der ANAP, trotz der Ablehnung der Mehrheit der Gesellschaft weiterhin an der Regierung zu bleiben, muß eigentlich als ein Ausdruck der Interessen des Imperialismus und des einheimischen Monopolkapitals in der Türkei verstanden werden. Der Imperialismus und seine einheimischen Handlanger treten dafür ein, daß die IWF-Stabilisierungspolitik, die die Massen verarmt, die den Landwirtschaftssektor, die bürgerlichen Mittelschichten und einige Kapitalgruppen von der Verteilung der ökonomischen Ressourcen ausschließt, fortgesetzt wird und daß das Regime des 12. September zum Schutze dieser ökonomischen Struktur unbedingt auf den Beinen gehalten wird, koste es, was es wolle. Und weil Özal einer Partei angehört, die am besten die politischen und Klasseninteressen dieser Kräfte vertritt, handelt er in dem Bewußtsein, gezwungen zu sein, an der Regierung zu bleiben, obwohl die Mehrheit der Gesellschaft gegen ihn ist. Es ist unmöglich, eine ähnliche Situation in irgend einem demokratischen Land anzutreffen.

● Eins der ökonomischen und politischen Ziele des faschistischen Militärputsches vom 12. September war die Beendigung der Streitigkeiten zwischen den herrschenden Klassen und Schichten und die Vereinigung der großen Bourgeoisie auf einer neuen Grundlage. Die Kommunalwahlen zeigen auch, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist. Sie zeigen, daß die inneren Widersprüche der Bourgeoisie und der Rechten ziemlich tief sitzen, daß die Rechte als Gesamtheit der konservativen, religiösen, nationalistischen, faschistischen und liberalen Strömungen eine ernste Repräsentationskrise durchlebt.
An den Wahlen beteiligten sich aus dem rechten Lager 5 verschiedene Parteien. (Im obigen Teil haben wir nur 4 dieser Parteien erwähnt, da die 5. Partei sehr geringe Stimmen erhielt.)

Der Interessenkampf zwischen den bürgerlichen und prekapitalistischen Klassen und Schichten zwingt die Rechte zu einer politischen Zersplitterung, ähnlich wie in den 70'er Jahren. Diese Situation ist zu einer wichtigen Ursache für die Krisenpolitik geworden, die dem gesellschaftlichen Prozeß in der Türkei aufgezwungen wird. Die ökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Patent des IWF, die nun seit ca. 10 Jahren Anwendung finden, konnten die inneren Widersprüche der Bourgeoisie und anderer besitzenden Klassen und Schichten nicht lösen. Diese durch die Ergebnisse der Kommunalwahlen noch einmal ans Tageslicht gerückte Tatsache ließ das Problem der politischen Repräsentation der Oligarchie nun nach 10 Jahren von neuem entstehen.

Der Kampf zwischen den politischen Parteien, die sich auf den Weg gemacht haben, mit einer rechten Politik oder einem sozialdemokratischen Tenor das Monopolkapital und andere herrschende Klassen zu vertreten, besonders der Streit zwischen der ANAP und DYP trägt das Merkmal, die Tagesordnung der kommenden Periode zu bestimmen.

Es wird in der kommenden Periode einen erbarmungslosen Kampf zwischen der ANAP und der DYP geben. Süleyman Demirel, ExMinisterpräsident, wird jede Möglichkeit ausnutzen, gestützt auf die hohe Stimmenunterstützung bei den letzten Wahlen den Repräsentationskampf im rechten Lager zu seinem Gunsten zu entscheiden. Demirel verfolgt das Ziel, seine alte nach dem Militärputsch verbotene Partei der Gerechtigkeit wiederzubeleben und so die Rechte um sich vereinigend zur Regierungspartei zu werden. Obwohl zwischen ANAP und DYP in ökonomischen und politischen Fragen keine fundamentalen Unterschiede existieren, machte die Tatsache, daß ANAP von der Armee unterstützt wird und die Vorschläge des IWF wortgenau praktiziert, die DYP im rechten Spektrum weitgehend populär. Daneben wurde es der DYP leichter, sich auch die Unterstützung einiger bürgerlicher Kreise zuzusichern, weil die ANAP die Interessen eines sehr kleinen Teiles der Bourgeoisie schützt. Die DYP möchte die Einheit eines größeren Teils der Bourgeoisie erreichen. Der spezifische Charakter und die Entstehungsform der ökonomischen Struktur in der Türkei bilden die materielle Grundlage für die Teilung der Bourgeoisie in unterschiedliche Parteien auf politischer Ebene. Die zunehmend ernster werdende Konkurrenz zwischen DYP und ANAP (und SHP) wird die politische Situation noch mehr anspannen.

● Die Kommunalwahlen vom 26. März haben auch gezeigt, daß die Kräfte der Arbeit mit Leichtigkeit in irgendeine gemäßigte bürgerliche Alternative kanalisiert werden können, solange es keine politische revolutionärdemokratische Alternative gibt. Beide Parteien, deren Stimmen sich am meisten vermehrten (DYP und SHP), wurden hauptsächlich unter Bauern und Arbeitern stärker. Die DYP konnte ihre Stimmen mit der großen Unterstützung aus ländlichen Gebieten, die SHP in den Arbeitervierteln vermehren. Die Kräfte der Arbeit unterstützten als Ausweg gegen die zerstörerischen Flgen der IWF-Politik diese Parteien.
Eine wichtige Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist: die Bedingungen der Türkei sind in großem Maße für die Entfaltung und Erstarkung einer revolutionär-demokratischen, unabhängigen politischen Strömung günstig, die sich wirklich auf die Massen stützt.

Zusammengefaßt:
Die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 26. März sind in Wirklichkeit eine an die Krise ausgestellte Einladung. Der Ab- und Aufstieg in den Stimmen der Parteien haben die Eigenschaft, den Streit zwischen den herrschenden Klassen und Schichten anzuheizen. Die Oligarchie, die Staatsmacht und die Regierung bemühen sich, damit die Ergenisse der Wahlen nicht eine politische Krise verursachen. Es ist nicht klar, ob sie dabei erfolgreich sein werden. Denn die ANAP verliert immer mehr ihre Legitimität, aber verzichtet auch nicht auf die Regierung.
Auf der anderen Seite kommen die arbeitenden Teile der Gesellschaft angefangen bei den Arbeitern weitgehend zum Explosionspunkt. Die Oppositionsparteien fordern so schnell wie möglich allgemeine Wahlen, auch aus der Angst einer gesellschaftlichen Explosion heraus. Die NATO-Kreise und die US-Rgierung verfolgen die Entwicklungen mit Besorgnis, sie sind noch auf der Seite Özals.

Die Tatsache, daß dieses Jahr auch die Staatspräsidentenwahlen auf der Tagesordnung stehen, wird auch ein wichtiger Spannungsgrund sein. Özal versuchte durch seinen Kabinettswechsel (er schloß die Schariaanhänger vom Regierungskabinett aus und nahm an ihrer Stelle alte MHP'ler auf, so realisierte er in der Regierung das Bündnis der Liberalen mit MHP, wobei das Schwergewicht bei den Konservativ-Liberalen liegt) dem Westen zu zeigen, daß es in der Türkei keine Gefahr des Schariats gibt. Obwohl noch unklar ist, inwieweit diese Taktik wirkungsvoll sein wird, kann gesagt werden, daß Özal auf diesem Wege Zeit gewinnen und noch größere Unterstützung aus dem Westen bekommen könnte.

Aber, egal aus welchem Blickwinkel man sich die Türkei anguckt, auf die Türkei warten Tage starker Erschütterung. Es ist unklar, wie die Linke und die revolutionären Kräfte, die sich bis heute noch von Zerstreutheit nicht befreien konnten, diesen Prozeß ausnutzen werden. Die Reorganisierungsaktivitäten, die in verschiedenen Bereichen beobachtet werden können, sind nicht auf einer Stufe angelangt, wo sie die allgemeine Politik beeinflussen könnten. Obwohl dem so ist, bilden besonders die Aktivitäten und Aktionen der ArbeiterInnen eine günstige Basis für das erneute Aufflammen des revolutionären Kampfes.
Der fundamentale Ausweg der Türkei aus der Krise ist davon abhängig, wie diese Basis ausgenutzt wird.

– TEIL II –

TBKP BEREITET SICH DARAUF VOR, DEN KAPITALISMUS ZU REGIEREN

In unserer letzten Nummer hatten wir die ökonomischen Lösungsvorschläge der TBKP untersucht und festgestellt, daß die genannte Partei "ein kapitalistisches Wachstumsmodell mit Schwerpunkt Binnenmarkt" *vorschlägt, die Probleme der Arbeiter und Werktätigen von diesem Standpunkt aus betrachtet und damit eine Haltung verrät, die für die Beibehaltung der Ausbeutungsbedingungen der Arbeitenden ist.*
Wie schon in der letzten Nummer angekündigt, werden wir uns im folgenden Artikel mit der politischen Linie, mit den politischen Vorstellungen der TBKP auseinandersetzen.

Was will die TBKP, mit was für einem politischen Projekt versucht diese Partei, die schweren Probleme der Türkei und der Werktätigen zu lösen, wie sieht der Inhalt ihres Programms aus?
Die TBKP gibt in ihrem Programm, das sie *"Frieden und Demokratische Erneuerung"* nennt, auf diese und ähnliche Fragen klare und eindeutige Antworten:
"Das Wesen des Programms Frieden und Demokratische Erneuerung besteht aus Reformzielen, die im Rahmen des Kapitalismus relisierbar sind und darauf zielen, die Grundforderungen des Volkes schon heute zu erfüllen." (1)

Die TBKP stellt ihr Programm des Friedens und der demokratischen Erneuerung als die einzige realistische Strategie dar, mit der die Probleme der Türkei gelöst werden können. Die TBKP'ler stellen fest, daß die strategische Etappe des gesellschaftlichen Prozesses in der Türkei die Etappe der bürgerlichen Demokratie sei, und schlagen eine im Einklang mit der bürgerlichen Demokratie stehende Regierungsform vor.
In der schon genannten Broschüre wird der Begriff der Strategie wie folgt erklärt: *"Die politische Strategie ist eine während einer ganzen Etappe zu verfolgende politische Linie, die auf eine qualitative Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zielt, um dem Sozialismus als Hauptziel näher zu kommen."*(2)
Wie aus diesem Zitat unzweideutig hervorgeht, verfolgt die von der TBKP für die Türkei vorgeschlagene politische Strategie nicht das Ziel, eine qualitative Veränderung der Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen herbeizuführen, sondern strebt an, eine Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu erreichen.
Nach Ansicht der TBKP muß, um dem Sozialismus näher zu kommen, vor allem (als grundlegende Strategie), eine qualitative Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse geschaffen werden. Die Worte 'qualitative Veränderung' bedeuten hier, daß die Bedingungen dafür geschaffen werden, unter denen die Arbeiterklasse gesetzlich jegliche Form der Organisationsfreiheit hat. Zuerst soll die gesetzliche Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse erkämpft, dann mit Hilfe dieser Freiheit die herrschende Bourgeoisie, die diese Freiheit der Arbeiterklasse gewährt, von der Richtigkeit des Sozialismus langsam und schrittweise überzeugt werden...
In einer Broschüre namens "Neue Sichtweisen" zur Erklärung des TBKP Programm-Entwurfs wird zu diesem Thema folgendes geschrieben:
"Gegenwärtig kann das strategische Ziel nicht die Beendigung der sozialen und klassenmäßigen Existenz der herrschenden Bourgeoisie oder Oligarchie sein, d.h. das strategische Ziel kann nicht als direkte Revolution festgelegt werden. Das strategische Ziel muß heute auf die Vorbereitung der Bedingungen für eine Revolution zielen."(3)
Alle Feststellungen und Erklärungen in der genannten Broschüre sowie im Programm-Entwurf beweisen, daß das vorgeschlagene Projekt die bürgerliche Demokratie ist. *"Das Programm Frieden und Demokratische Erneuerung"* ist nichts anderes als die bürgerliche Demokratie und diese Begriffe werden in allen Veröffentlichungen der TBKP in diesem Sinne gebraucht.

Zuerst soll die gesetzliche Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse erkämpft, dann mit Hilfe dieser Freiheit die herrschende Bourgeoisie von der Richtigkeit des Sozialismus überzeugt werden.

Schließlich heißt es in einer Erklärung, die im Namen der ZK's der TKP und TIP am 12. Juni 1988 in der Zeitschrift *"Gegen 2000"* gegeben wurde:
"Es ist die politische Schlüsselfrage der vor uns liegenden Periode, die Demokratie zu erkämpfen, ein Regime zu errichten, das wirklich pluralistisch, parlamentarisch ist und die Menschenrechte respektiert."
Die TBKP findet also eine Strategie falsch, die auf die Beendigung der sozialen und klassenmäßigen Existenz der herrschenden Bourgeoisie zielt, schlägt anstelle dessen eine Strategie vor, die auf die Schaffung der Bedingungen der *"Revolution"* zielen soll. (Es ist dabei nicht klar, was die TBKP mit dem Begriff der Revolution meint. Dieser Begriff wird von Anhängern der TBKP nur als ein propagandistisches Element gebraucht.) Wenn es an der Stelle heißt, *"eine qualitative Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu erreichen"*, dann ist damit genau dies gemeint.
Somit ist die Gleichung aufgestellt: *"Die Etappe zur Schaffung der Bedingungen der Revolution"*, eine *"Strategie, die auf die Errichtung eines Regimes zielt, das wirklich pluralistisch, parlamentarisch ist und die Menschenrechte respektiert"* sei die einzige Lösung zur Demokratisierung des Prozesses in der Türkei. Eine qualitative Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse könne nur mit einer solchen Lösung erreicht werden.
Zusammengefaßt: Wenn eine bürgerliche pluralistische und parlamentarische Ordnung errichtet wird, werden damit auch die Bedingungen für eine qualitative Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse geschaffen. Mit anderen Worten: Um die Bedingungen der Revolution zu schaffen, um eine Situation zu erreichen, in der die Herbeiführung einer qualitativen Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse möglich ist, muß die Türkei unbedingt die bürgerliche Demokratie erleben.
Dies ist das Wesen der *"neuen"* Strategie der TBKP.
Wenn wir in dieser Situation sagen würden, daß der Platz der TBKP in der Parteienlandschaft zwischen der SHP (sozialdemokratische Oppositionspartei von Inönü) und DYP (Partei des richtigen Weges von Demirel) liegt, dann würden wir sicherlich nicht übertreiben.

Um die Bedingungen der Revolution zu schaffen, um eine Situation zu erreichen, in der die Herbeiführung einer qualitativen Veränderung in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse möglich ist, müsse die Türkei unbedingt die bürgerliche Demokratie erleben. Dies ist das Wesen der* "neuen" *Strategie der TBKP.
Wenn wir in dieser Situation sagen würden, daß der Platz der TBKP in der Parteienlandschaft zwischen der SHP und DYP liegt, dann würden wir sicherlich nicht übertreiben.

DER KAMPF DER ARBEITER UND WERKTÄTIGEN DARF NICHT IN DIE GRENZEN DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE EINGEKERKERT WERDEN

Es ist eine vielen bekannte Tatsache, daß eine der grundlegenden Differenzen zwischen der TBKP und den revolutionären Kräften im Demokratisierungsprogramm des gesellschaftlichen Prozesses, im Weg und in der Art dieser Demokratisierung liegt.
Es ist notwendig, angesichts dieser Auffassungen der "neuen" Partei, die durch die Vereinigung der TKP mit der TIP entstanden ist, zu betonen, daß diese Differenz in tieferer Form fortdauert.
Die TBKP, so wie viele andere linken Gruppen, teilt die Feststellung, daß der Prozeß der demokratischen Revolution in der Türkei nicht vollendet ist. Nach Ansicht der TBKP *"kann die Türkei diesen Prozeß beenden, indem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der amerikanistischen, reaktionären und militaristischen Politik eine Niederlage erteilt."*(Programmentwurf, S.8)
Die *"Strategie des Friedens und der demokratischen Erneuerung"*, die sie selbst als *"im Rahmen des Kapitalismus realisierbare Reformziele"* definieren, schlägt *"eine demokratische Regierung und ein demokratisches Parlament"* als Hauptziel vor, an der die Kapitalisten und bürgerliche politische Kräfte teilnehmen, in der die Arbeiterklasse und die Linken auch –soweit das natürliche Kräfteverhältnis dies erlaubt– vertreten sein sollen.

Im Programmentwurf der TBKP werden die gesellschaftlichen Kräfte der Strategie des Friedens und der demokratischen Erneuerung wie folgt benannt:
"In unserem Land gibt es breite gesellschaftliche Kräfte der Strategie des Friedens und der demokratischen Erneuerung: die Arbeiterklasse, die Armen der Stadt, das Bauerntum, die Intellektuellen, die traditionellen Mittelschichten, Unternehmer, die zur Entwicklung der nationalen Ökonomie ihren Beitrag leisten..."(S. 28)
Gleich darauf wird die Kategorie der Unternehmer wie folgt erklärt und festgelegt:
"Auch verschiedene bürgerliche Kreise werden von der Politik der amerikanistischen, reaktionären und militaristischen Kräfte benachteiligt. Der Schutz des Friedens, die Erkämpfung der Demokratie sind im Einklang mit den Interessen aller kleinen und großen Industriellen und Unternehmer, die zur Landesökonomie beitragen wollen." (d.s.S., S. 30)
Vorgeschlagen wird eine gesellschaftliche Konsens- oder Vereinigungsbasis, an der verschiedene bürgerliche Kreise, die von den ökonomischen Maßnahmen und dem in Folge dieser Maßnahmen eingeschlagenen politischen und administrativen Kurs Nachteile verbuchen mußten, einschließlich der *"Industriellen und Unternehmern, die zu der nationalen Ökonomie beitragen"* (welcher Industrielle oder Unternehmer trägt zu der nationalen Ökonomie wohl nicht bei?!) und an der daneben die Arbeiterklasse und alle Arbeitenden beteiligt sein sollen.
Im Programmentwurf werden die politischen Kräfte der Strategie des Friedens und der demokratischen Erneuerung folgendermaßen definiert:
"Politische Strömungen, die in unserem Land traditionelle Wurzel haben, kommunistische und andere revolutionäre linke Strömungen, die sozialdemokratische Strömung, die kemalistische Strömung, die religiöse Strömung, die von Zeit zu Zeit anti-imperialistische Politik betreibt, die bürgerlich demokratische Strömung und die Kurdische national-demokratische Strömung opponieren heute als legale oder illegale Parteien und Kreise gegen das Regime und die gegenwärtig herrschende Politik"(Programmentwurf, S. 32)
In den nachfolgenden Teilen des Programmentwurfs werden die oben erwähnten Strömungen konkretisiert. Es wird offen eingestanden, daß mit der Bezeichnung *"bürgerlich demokratische Strömung"* DP-AP und die gegenwärtigen Nachfolger dieser Tradition (DYP), mit der *"kemalistischen Strömung"* die CHP und deren Nachfolgeparteien, die Intellektuellen, und Offiziere gemeint sind, die über nationale und reformerische Eigenschaften verfügen. Darüberhinaus weiß jede/r, wer mit der *"religiösen Strömung"* gemeint ist, *"die von Zeit zu Zeit anti-imperialistische Politik verfolgt."*
Die TBKP bemüht sich unheimlich darum, die gegenwärtigen Bedingungen der Türkei mit den Bedingungen der Jahre *"des Nationalen Befreiungskrieges"* gleichzusetzen, sie als identische hinzustellen. Die TBKP von Kutlu und Sargin, die auf dem Wege von Mustafa Suphi –ohne sich zu verirren– weiter marschiert (M. Suphi war der Gründer der TKP, später wurde er auf Befehl Atatürks im Schwarzen Meer mit 14 seiner Freunde ertränkt), ruft alle *"nationalen-einheimischen Klassen und Schichten"* zum Kampfe auf: Nicht etwa gegen die *"Oligarchie"*, wobei es in ihrer Terminologie nicht klar ist, was sie unter diesem Begriff verstehen, sondern gegen die Politik dieser *"Oligarchie"*. Im Programmentwurf wird gesagt, daß es *"notwendig und möglich"* sei, daß *"alle politischen Strömungen sich vereinigen"*, die in den oben aufgeführten Zitaten genannt sind. (S. 33)
Nach Meinung der TBKP ist *"es notwendig, daß eine Regierung gebildet wird, die sich auf die Kräfte stützt, die gegen die heute herrschende Politik opponieren, und daß der Status dieser Kräfte im politischen System befestigt wird"(d.s.S., S. 51).*

Die TKP ist auf ihrer Linie noch weiter nach rechts gewandert und findet sich nun 1989 mit einer Koalitionsregierung von DYP, SHP, MSP ab.

»

«

Die TBKP legt großen Wert darauf, daß das von ihr vorgeschlagene strategische Programm realisiert (die oben definierte Regierung gebildet) wird. So, daß sie sogar die Forderung aufstellt, an dieser Regierung beteiligt zu werden.
Im Programmentwurf wird gesagt:
"Die TBKP, die in all diesen Hinsichten mit großer Opferbereitschaft arbeiten wird, wird sich an der gemeinsamen Regierung der Kräfte des Friedens und der Demokratie beteiligen, wenn sie die Bedingungen als günstig erachtet."(S. 54)
Es ist bisher noch nicht ihrerseits erklärt worden, was für Bedingungen die TBKP sucht, um an der Friedens- und Demokratie-Regierung teilzunehmen. Vielleicht werden sie diese Bedingungen dann erklären, wenn der große Tag der Regierungsteilnahme gekommen ist!...Oder erklären sie ihre Bedingungen jetzt noch nicht, um die AP, MSP, SHP nicht abzuschrekken?!...
Aus allen Erklärungen, die von der TBKP seit einiger Zeit lauthals abgegeben werden, ist nur eine einzige Schlußfolgerung zu ziehen: Die TBKP kerkert den Kampf der Arbeiter und Werktätigen in die Grenzen der bürgerlichen Demokratie ein. Sie versucht dies jedenfalls...

Dieser Vorschlag der TBKP–gerichtet an die Arbeiter und die Werktätigen–, die bürgerliche Demokratie zu errichten, ist in historischer, politischer, und moralischer etc. Hinsicht eine Phrase und ein rückschrittlicher Vorschlag.
Jede Auffassung, die in einem solchen Land wie der gegenwärtigen Türkei den Arbeitern und Werktätigen anstelle der Zerschlagung der Funktionen, die das imperialistisch-kapitalistische System ihnen aufgezwungen hat, die Verwirklichung dieser Funktionen unter friedlichen Bedingungen vorschlägt, muß als ein Produkt der Philosophie betrachtet werden, die sich vor dem pluralistisch-parlamentarischen bürgerlichen Demokratie tief beugt, die die Tatsache verleugnet, daß der Sozialismus über dem Kapitalismus steht und daß er tausendmal mehr demokratisch ist als der Kapitalismus.
Schließlich ist es auch so...
Der Faschismus des 12. September (Militärputsch am 12. September 1980) hat in den Reihen der Linken so tiefe Wunden geschlagen, die Tatsache, daß die revolutionäre Bewegung nach 80 keine wirkungsvolle politische Existenz führen konnte, vertiefte die Mängel der Linken so sehr, daß viele linke Gruppen heute zu der Auffassung gelangt sind, gegen den 12. September die politische Ordnung der Periode vor dem 12. September 1980 zu verteidigen.
Eine dieser Gruppen ist die TKP und TIP. In den letzten Veröffentlichungen der TBKP steht, daß die TBKP für den Schutz des Parlaments eintritt, während Staatspräsident Evren von der Wahrscheinlichkeit eines Putsches im April spricht. D.h. die TBKP schlägt gegen einen möglichen Putsch die Verteidigung und den Schutz des bestehenden parlamentarischen Systems vor. (Yeni Yol–15.5.'88)
Es kann eigentlich nicht als eine grundlegende Veränderung der Linie der TKP interpretiert werden, daß sie heute zu diesem Punkt gekommen ist. Die TKP, die in der Periode vor 80 als Erfordernis *"ihrer Strategie des gesellschaftlichen Fortschritts"* den Vorschlag *"einer nationalen demokratischen Front"* mit der CHP machte, ist auf ihrer Linie noch weiter anch rechts gewandert und findet sich nun '89 mit einer Koalitionsregierung von DYP, SHP, MSP ab. Zwischen der These von der *"fortgeschrittenen Demokratie"*, die von der TKP vor 1980 vertreten wurde, und dem Projekt *"des Friedens und der demokratischen Erneuerung"*, die heute vorgeschlagen wird, gibt es überhaupt keinen wesentlichen Unterschied. Es war sowieso unmöglich, 88 ein anderes Programm als die von 1920 und 73 zu entwerfen. In diesem Sinne ist es eine haltlose Behauptung, daß das gegenwärtige Programm der TBKP ein neues sei. Die Auffassungen der TBKP und TKP sind nichts anderes als die Wiederholung der 40-jährigen revisionistisch-reformistischen Linie mit anderen Worten.
Die Auffassungen der TBKP, die in ihrem Programm und ihren Veröffentlichungen offiziell erklärt, daß sie von der proletarischen Diktatur nichts mehr hält (die proletarische Diktatur schrecke die Gesellschaft ab!), dienen nicht zum Sturz der Bourgeoisie, sondern zur Vervollkommnung und Entwicklung der bürgerlichen Staatsmacht.
Das Programm der TBKP ist ein Gegen-Manifest, das auf der Grundlage der Verleumdung aller Errungenschaften des hundertjährigen Kampfes der Arbeiterklasse speziell gegen die Revolutions- und Staatstheorie des Leninismus und allgemein gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung geschrieben ist.
Die Suche der TKP'ler (Pardon TBKP'ler) nach neuen Dialogen innerhalb der Linken, ihre Beschwörungen, sie hätten ihre alten schlechten Gewohnheiten beiseite gelegt, und ähnliche Entwicklungen reichen nicht aus, das anti-marxistische Wesen ihres Programms zu verschleiern.

DIE EINZIGE ALTERNATIVE ZUR DEMO-KRATISIERUNG DER TÜRKEI IST DIE REVOLUTIONÄRE VOLKS-DEMOKRATIE

Wie man sieht, setzt die TBKP das Problem der Demokratisierung des gesellschaftlichen Prozesses in der Türkei mit einer der Alternativen der Bourgeoisie gleich. Nach ihr hängt es allein und einzig von der Errichtung einer bürgerlich demokratischen Ordnung ab, ob es in der Türkei Demokratie geben wird, die Türkei ein unabhängiges Land sein kann, in Frieden und Wohlstand leben wird.

Um zu einem solchen Schluß zu gelangen, schiebt die TBKP nicht nur den Marxismus sondern auch die Objektivität eines Wissenschaftlers, sogar die Aufrichtigkeit eines Intellektuellen mit einer Hand beiseite. Das Programm der TBKP, das ein Beispiel ohne Gleichen dafür darstellt, daß gegen den Faschismus des 12. September der Kopf vor der bürgerlichen Demokratie eingezogen wird, ist ein Ausdruck der TKP-Linie, wie sie in einem vorrevolutionären Prozeß an dem rückschrittlichsten Punkt ankommen kann. Es ist ungewiß, in welche Reihen sich die TBKP während der Revolution und danach mit diesem Programm einordnen wird.
Die Hauptgründe dafür, daß die TBKP solche schweren Fehler begehen kann, liegen in der Loslösung der TBKP von der M-L-Weltanschauung, von der revolutionären Theorie, in ihrem Verlust der Fähigkeit –wenn sie diese jemals hatte–, die konkrete Analyse der konkreten Situation durchzuführen, und darin, daß sie für Legalität bereit geworden ist, jegliche Konzessionen zu machen. Und das alles nur aus Liebe zur bürgerlichen Demokratie!...
Eine Strömung, die sich selbst kommunistisch, M-L oder revolutionär nennt, bestimmt ihre Strategien und Taktiken entsprechend einer konkreten Analyse der ökonomischen, politischen u.ä. Ebenen des gesellschaftlichen Prozesses und der Frage, wie das in Folge dieser Analyse entstandene Bild im Lichte der revolutionären Theorie verändert werden kann.
Die TBKP macht das Gegenteil.
Der TBKP (und anderen verschiedenen Gruppen, die zwar mit der TBKP nicht unter dem selben politischen Dach vereinigt sind, aber von ihren Auffassungen und Vorschlägen her eine Ordnung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie vertreten, egal ob sie deren Verwirklichung der Bourgeoisie zuschreiben, oder die Arbeiterklasse und das Volk zur Verwirklichung dieser Ordnung auf friedlichem oder bewaffneten Wege aufrufen) müssen einige Realitäten ins Gedächtnis gerufen und erklärt werden, die sie endlich begreifen sollten:

● Die Türkei hat eine auf der Grundlage neo-kolonialistischer Verhältnisse entwickelte/ sich entwickelnde kapitalistische Wirtschaftsstruktur. Obwohl dem so ist, haben die Schwäche der Bourgeoisie und einige andere Gründe bewirkt, daß die Türkei vom Imperialismus abhängig wurde; die selben Gründe wiederum verhinderten die Errichtung/Institutionalisierung der bürgerlichen Demokratie. Wenn diese Situation mit der Existenz einer unterdrückten Nation gemeinsam behandelt wird, zeigt sie folgendes auf: Die Unabhängigkeit der Türkei, die Freiheit der Gesellschaft, die Demokratisierung des Staates, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes – all diese grundlegenden Probleme zu lösen ist unter politischen Alternativen mit bürgerlichem Charakter nicht möglich. Die Lösung dieser Probleme sowohl in historischer als auch in politischer Hinsicht ist auf der Tagesordnung der Arbeiterklasse und in Verbindung dazu in der revolutionären Alternative enthalten. Nicht nur diejenigen Kräfte in der Oligarchie sondern kein Teil der Bourgeoisie und keine Alternative mit bürgerlichem Charakter kann die obigen Probleme lösen.

● Die Ausbreitung der kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse im ganzen Land, die von einer auf der Grundlage der Gewalt institutionalisierten politischen Struktur geschützt werden, und die Charakterisierung der gesellschaftlichen Prozesse durch diese Verhältnisse hat das Wirkungsfeld des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit vergrößert; dies wiederum hat die Arbeiterklasse und die Kräfte der Arbeit zum Hauptpol des gesellschaftlichen Kampfes werden lassen. Die Entwicklungen seit den 60'er Jahren in der Türkei haben grundlegende Probleme geschaffen, die nur mit Hilfe des Sozialismus gelöst werden können.

● Die Probleme, die nur durch den Prozeß einer demokratischen Revolution gelöst werden können, und diejenigen Probleme, die durch den Sozialismus gelöst werden müssen, sind beide aus der gleichen gesellschaftlichen Formation der Türkei hervorgegangen. Dies und die Tatsache, daß sie zu Elementen des gleichen Prozesses geworden sind, macht es notwendig, daß das Revolutionsprogramm doppelten Charakter hat. Mit anderen Worten: In unserem Land hat das Proletariat eine doppelte Aufgabe, die wir als Aufgaben von demokratischen und sozialistischen Eigenschaften unterscheiden können. Obwohl dem so ist, bewirkt die Entwicklung des Kapitalismus –wenn auch schief– in unserem Land eine Verengung der demokratischen Aufgaben und eine Verbreiterung der sozialistischen Aufgaben des Proletariats.
Die materielle Situation in der Türkei macht es notwendig und zwingend, die Aufgaben demokratischer Natur und die Aufgaben von sozialistischem Charakter in einem und dem selben Programm und revolutionären Prozeß zu vereinigen und zu erfüllen.
Um das Thema verständlicher zu machen, können wir diese Feststellung auf folgende Weise konkretisieren:
Demokratische Maßnahmen, die das Land völlig unabhängig machen, den Staat demokratisieren, die rückschrittlichen Produktions- und kulturellen Verhältnisse zerstören, die Gesellschaft befreien, die nationale Frage lösen werden, müssen mit sozialistischen Maßnahmen, die die Herrschaft der Bourgeosie (jegliche Form dieser Herrschaft) beenden, die klassenmäßige, soziale und institutionelle Existenz der die Macht in ihren Händen haltenden Kräfte zerstören, die Herrschaft dem befreiten Volk übertragen, die Produzierenden zu Regierenden machen, die Arbeiterklasse, die armen Bauern, andere Werktätige, die unterdrückte Nation und andere gesellschaftliche Kräfte in politischen, ökonomischen und anderen Bereichen an die Macht bringen, jegliche Form der Ausbeutung der Arbeit beenden werden, im selben Prozeß in die Praxis umgesetzt werden.

Dies sind kurz die Schlußfolgerungen einer konkreten (und speziellen) Analyse des gesellschaftlichen Prozesses der Türkei im Lichte der revolutionären Theorie und die Ecksteine eines revolutionären Programms für die Türkei.
Es ist notwendig, an dieser Stelle einen weiteren Punkt kurz zu betonen: Während einige linke Gruppen, die anstelle der konkreten Analyse der konkreten Situation Dogmatismus und Schablonismus vorziehen, die komplizierte und doppelte Struktur der gesellschaftlichen Prozesses in der Türkei ganzheitlich zu begreifen nicht in der Lage sind, bei den Aufgaben des Proletariats vom demokratischen Charakter stecken bleiben und in ihr Programm überhaupt keinen Vorschlag hinsichtlich des Sozialismus aufnehmen, programmatisieren einige andere Gruppen dagegen nur die Aufgaben des Proletariats von sozialistischer Natur und schieben die Aufgaben zur Vollendung der demokratischen Revolution beiseite.
Nach unserer Auffassung sehen beide Positionen die Realität einseitig, stellen Prozesse, die sich ergänzen und vervollständigen, gegeneinander auf. Mit diesen fehlhaften Perspektiven kann die Türkei nicht richtig analysiert, somit kein realisierbares gesellschaftliches Veränderungsprojekt produziert werden.
Wie wir auch schon vorher betont haben, macht es nach der revolutionären Auffassung die bestehende wirtschaftliche Struktur in der Türkei notwendig und zwingend, daß die politische Aktion der Arbeiterklasse sowohl von Aufgaben und Maßnahmen von sozialistischer als auch demokratischer Natur bestimmt und geformt wird.
Diese Dualität in der politischen Aktion der Arbeiterklasse rührt von komplizierten strukturellen Eigenschaften der gesellschaftlichen Formation her. Wenn auch die Entwicklungen und Veränderungen der letzten 25 Jahre in der Türkei eine Verbreiterung der Aufgaben des Proletariats von sozialistischer Natur bewirkt haben, so schafft diese Situation die Existenz von Aufgaben demokratischer Natur und deren Bedeutung nicht aus der Welt. Und damit ist die doppelte Struktur des Revolutionsprogramms und dementsprechende politische Lösungen nach wie vor gültig.
Zum Schluß
Das Haupthindernis der Entwicklung des gesellschaftlichen Prozesses in der Türkei nach vorn ist die Herrschaft der Bourgeoisie. Es ist unmöglich, daß der gesellschaftliche Prozeß in der Türkei in allen Bereichen und im wahrsten Sinne des Wortes demokratisiert und mit dem Aufbau des Sozialismus angefangen werden kann, ohne einen Kampf zur Zerschlagung dieser Herrschaft zu führen, ohne eine Strategie anzunehmen, die anstelle dieser Herrschaft die Herrschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen errichten kann, und ohne die Aufgaben dieser Strategie zu erfüllen. In diesem Sinne ist die einzig richtige Alternative, die die revolutionären Sozialisten für die Türkei als notwendig und gültig (realisierbar) erachten und die sie konkretisieren müssen, die revolutionäre Volksdemokratie als eine spezielle Form der sozialistischen Demokratie. Die revolutionäre Volksdemokratie wird der politische Ausdruck des Revolutionsprogramms sein, das einerseits mit den Aufgaben des Demokratisierungsprozesses beladen, andererseits mit der Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus beuftragt sein wird, und sie wird auch viele Eigenschaften der sozialistischen Demokratie repräsentieren, diese entwickeln und institutionalisieren.

Eine Perspektive, die die historische und politische Mission der Arbeiterklasse und der werktätigen Völker auf Projekte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie begrenzt, kann in keinster Weise kommunistisch oder revolutionär sein. Genausowenig darf eine Kraft, die nicht für eine qualitative Veränderung im Status der Arbeiterklasse und der Werktätigen kämpft, die Bezeichnung kommunistisch oder revolutionär für sich in Anspruch nehmen.

Das Hauptproblem der Türkei ist heute die Tatsache, daß die gesellschaftliche Veränderung und die Befreiung der Völker der Türkei durch das imperialistisch-kapitalistische System verhindert wird. Dies ist das Problem, das gelöst werden muß.
Die Hauptaufgabe der revolutionären Sozialisten ist die Entwicklung und Organisierung eines Kampfes mit dem Ziel, die Funktionen, die das imperialistisch-kapitalistische System den Arbeitern und Werktätigen aufgetragen hat, zu zerschlagen und ins Gegenteil umzukehren, die Produzierenden in den Status der Herrschenden zu heben, im Status der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes eine qualitative Veränderung herbeizuführen. Die einzige Alternative, die den gesellschaftlichen Prozeß der Türkei demokratisieren wird, ist die revolutionäre Volksdemokratie, die sich mit dem Ziel eines revolutionären Sozialismus ergänzt und vereinigt und den Übergang zu einem revolutionären Sozialismus ohne Unterbrechung gewährleisten kann.

Eine Perspektive, die die historische und politische Mission der Arbeiterklasse und der werktätigen Völker auf Projekte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie begrenzt, kann in keinster Weise kommunistisch oder revolutionär sein.

Alle Programme und Projekte, die die Probleme der Türkei außerhalb dieses Zusammenhangs bewerten, werden letzlich den Alternativen sozialdemokratischen oder euro-kommunistischen Charakters gleichen.

Das Programm der TBKP ist auch von dieser Prägung.

Fußnoten:

1.) Broschüre namens TBKP-Programmentwurf und neue Betrachtungsweisen (oder Sichtweisen), Seite 9

2) Aus der selben Broschüre entnommen, Seite 7

3.) die selbe Broschüre, Seite 10

–Ende der Artikelreihe–

Devrimci Yol, 1977, Nr. 10

DIE KURDISCHE FRAGE UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN DER TÜRKEI

III. TEIL

UNSERE HALTUNG ZUR NATIONALEN FRAGE IN DER TÜRKEI

Einige Worte zu den Aufgaben des Proletariats zur Lösung der nationalen Frage

Die Marxisten haben immer wieder die Behandlung der nationalen Frage auf REVOLUTIONÄRE Art betont. Dies bedeutet die Bewertung der nationalen Frage im Einklang mit der Entwicklung der revolutionären Bewegung im Weltmaßstab und im Lande. Die Ganzheit der revolutionären Bewegung im Auge behaltend darf nicht vergessen werden, daß jede nationale Bewegung für sich einen *"Teil"* des Ganzen ausmacht.

Das Proletariat betrachtet die nationale Frage aus dem Blickwinkel des Marxismus, d.h. des Klassenkampfes. Wie bei der Behandlung eines jeden Themas beschränkt es sich auch in der nationalen Frage nicht auf glänzende Worte und allgemeine *"Prinzipien"*, die auf der Ebene von Schlagwörtern angesiedelt sind und keine Grenze zwischen sich und der Bourgeoisie ziehen. Es ist wichtig, zu einer möglichst günstigen Lösung für die werktätigen Massen als einer Gegenüberstellung der politischen Interessen der Klassen zu kommen und für eine solche Lösung alle möglichen Mittel auszunutzen, ohne die unabhängige Politik des Proletariats rückläufig zu beeinflussen. Das Programm des Proletariats zur nationalen Frage stützt sich daher auf seine eigene klassenmäßige Grundlage.

"Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur die Beendigung der Teilung der Menschheit in winzige Staaten und der Isolation der Nationen auf diese oder jene Weise. Das Ziel ist nicht nur, die Nationen einander näher zu bringen, sondern sie zu vereinheitlichen. Und wir müssen, um uns diesem Ziel zu nähern, in einem offenen und klar ausgedrückten Programm die Befreiung der unterdrückten Nationen fordern, in dem (...) besonders die Angst und Heuchelei der Sozialisten der unterdrückenden Nation offengelegt wird. Und dies darf nicht mit allgemeinen Phrasen, mit leeren Worten oder dadurch geschehen, daß das Problem in die Zukunft, in die Zeit nach der Verwirklichung des Sozialismus aufgeschoben wird." (Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 146-147, türkische Ausgabe)

Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation ohne wenn und aber

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gewinnt entsprechend der Behandlungsart der nationalen Frage eine konkrete Bedeutung.
In unserem Jahrhundert sind die nationalen Bewegungen keine Auseinandersetzungen zwischen den Bourgeoisien der Nationen mehr.
Damit die nationalen Bewegungen konsequent die nationale Frage lösen können, muß die Führung in der Hand des Proletariats liegen.

Wir verteidigen das Selbstbestimmungrecht der Nationen als eine Voraussetzung, die das Zusammenleben der Nationen in Freiheit und unter gleichen Bedingungen gewährleistet. Wir verteidigen es, damit die Unterscheidung unterdrückende Nation–unterdrückte Nation abgeschafft wird. Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Kurdischen Nation, die nationaler Unterdrückung ausgesetzt ist und die einschließlich und angefangen beim Recht auf eine eigene Staatsgründung überhaupt keine nationalen Rechte hat, steht als eine zwingende **demokratische Aufgabe** vor uns.

Die Tatsache, daß die kurdische Nation unterdrückt wird, ist eins der größten Hindernisse, die Oligarchie in der Türkei zu stürzen. Es kann unter den Bedingungen dieser nationalen Ungleichheit, die ein Teil der Bedingungen der politischen Sklaverei im Lande sind, keine Rede vom Demokratismus sein.
Gegenwärtig gehört in unserem Land der türkischen Nation das Privileg, einen nationalen Staat zu besitzen. (Selbst unter den Bedingungen einer politischen *"Unabhängigkeit"* unter der Vormundschaft des Imperialismus, d.h. selbst wenn von einer Staatsherrschaft der türkischen Nation ohne wenn und aber im türkischen Staat als einem neo-kolonialen Staat nicht die Rede sein kann, besitzt die unterdrückende türkische Nation gegenüber der unterdrückten kurdischen Nation in einem **relativen** Sinn über ein solches *"Privileg"*.) Sich gegen die nationale Ungleichheit zu richten, muß außerdem speziell in der Türkei eine Voraussetzung dafür sein, die Gemeinsamkeit und Einheit der Völker zu verteidigen, die für die Befreiung vom Joch des Imperialismus und der Ausbeutung der Oligarchie kämpfen.

Nun ja, die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist eine **demokratische** Forderung der unterdrückten Nation; und solange die Werktätigen der unterdrückenden Nation diese Forderung nicht nachdrücklich vertreten, wird es für sie unmöglich sein, ihre eigenen Ketten zu sprengen. D.h. dies' ist eine zwingende demokratische Forderung. Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation ist ein Kampf, der den programmatischen Zielen der Demokratischen Volksrevolution dient und daher unverzichtbar ist. Deshalb behandeln wir die Frage der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der kurdischen Nation im Rahmen der Ganzheit des Programms der demokratischen Volksrevolution.
Diese Betrachtungsweise ist nichts anderes als die Anwendung der Haltung der Marxisten zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen im allgemeinen an die spezifischen Bedingungen der Türkei. Es müßte hier also ausreichen, daran zu erinnern, was das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet.

"Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet: nur die Nation hat das Recht, über ihr Schicksal zu bestimmen, niemand hat das Recht, sich mit **Gewalt** *ins Leben der Nation einzumischen, ihre Schulen und andere Institutionen zu* **zerstören**, *ihre Gewohnheiten und Traditionen zu* **vernichten**, *ihren Sprachgebrauch zu* **verhindern**, *ihre Rechte zu* **begrenzen**." (Stalin, Nationale Frage und Kolonienfrage, S. 22, türkische Ausgabe). Jede Nation muß über das Recht der Selbstbestimmung verfügen, da es gegen jede Verhaltensweise, die ihren Nationswerdungsprozeß verhindert und ihre demokratischen Forderungen nicht akzeptiert, ein Garant ist.
Die Frage der freien Separation der Nationen darf nicht vermischt werden mit der Nützlichkeit der Separation einer bestimmten Nation in einem bestimmten Moment und der Verteidigung dieser Aktion. Nachdem die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts erfolgt ist, sollten die Marxisten über dessen Verwirklichung in jeder spezifischen Situation mit einer völligen Unabhängigkeit unter Einbeziehung der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus als Ganzes nachdenken. Und die Aufgaben der Revolutionäre und die Rechte der Nation sind zwei verschiedene Sachen.

"Es ist klar, daß die 'Rechte der Nation' und das 'Wesen' des Programms zwei völlig verschiedene Dinge sind. Während das 'Wesen' des Programms des Proletariats die wissenschaftlich formulierten Interessen dieser Klasse ausdrückt, können die 'Rechte der Nation' je nach ihrer Stärke die Interessen auch der Bourgeoisie, der Aristokratie, des Klerus oder irgend einer anderen Klasse umfassen und zum Ausdruck bringen. Im ersten die Aufgaben der Marxisten, im zweiten die Rechte der sich aus verschiedenen Klassen zusammensetzenden Nationen. Die Rechte der Nationen können mit den Prinzipien der Sozialdemokratie und Revolutionäre übereinstimmen, sie müssen aber auch nicht übereinstimmen."(Stalin, Marxismus und Nationale Frage, S. 73, türk. Ausg.)

Ohne Zweifel reicht es für sich genommen nicht aus, allen einen Vielvölkerstaat bildenden Nationen das Recht auf freie Separation und Organisierung in Form eines Staates anzuerkennen. Das Proletariat, das die Anerkennung dieses Rechtes in ihr Programm aufgenommen hat, muß auch in der Praxis für den Schutz dieses Rechts kämpfen. Und es muß gegen diejenigen erbarmungslos kämpfen, die vorgeben, sie würden dieses Recht anerkennen, aber mit ihren Maßnahmen die Eroberungs- und Annexionspolitik der herrschenden Klassen der unterdrückenden Nation unterstützen.
Die einzig richtige Politik in der nationalen Frage ist: *"die Anerkennung des Separationsrechts aller Nationen; die Auswertung jeder konkreten nationalen Separationsfrage vom Standpunkt der Abschaffung jeglicher Ungleichheit und jeglicher Privilegierung."*(Lenin, a.a.O.,S. 73)

Unsere Haltung zu den Nationalisten der unterdrückenden und unterdrückten Nationen

"In Wirklichkeit bedeutet die Anerkennung des **Selbstbestimmungsrechts aller** *Nationen die Anerkennung der Demokratie im Höchstmaße und des bürgerlichen Nationalismus im Mindestmaße."*(Lenin, a.a.O., S.100)

Das Proletariat muß jegliche Art des Nationalismus ablehnen. Aber auch wenn ein Angriff gegen jede Form des Nationalismus aufgenommen wird, muß man mit den reaktionären und *"demokratischen"* Seiten des Nationalismus rechnen, der als Nationalismus der unterdrückenden und unterdrückten Nation, als offener bürgerlicher Nationalismus und Chauvinismus, als kleinbürgerlicher Nationalismus oder *"reiner"* Nationalismus oder als Sozialchauvinismus seine Vielfalt zeigt.

Nur auf dem Wege der Unterscheidung der nationalen Rechte von den Aufgaben des Proletariats und der Unterstützung der *"negativen"* Funktionen des Nationalismus (für die Bourgeosie) in einem Rahmen, dessen Grenzen vom Proletariat selbst gezogen werden, können die schädlichen Auswirkungen des Nationalismus für die Arbeiterklasse verhindert werden. Nur in dem Maße, wie diese Haltung eingenommen wird, wird auch gewährleistet sein, daß es der Bündnispolitik der Arbeiterklasse dient.

"Bürgerlicher Nationalismus und proletarischer Internationalismus sind zwei unvereinbare Parolen, die den zwei großen Klassenlagern der kapitalistischen Welt entsprechen und zwei verschiedene politische Haltungen in der nationalen Frage (d.h. zwei verschiedene Weltanschauungen) zum Ausdruck bringen." sagt Lenin (Coll. Works, B. 20, S. 26).
Demgemäß entsprechen der historische Kampf zwischen der Bourgeosie und der Arbeiterklasse und die Tatsache, daß die erstgenannte die These und die zweitgenannte die Anti-These bildet, genauso einem Kampf zwischen Nationalismus und Internationalismus.

Nun, inwieweit kann man dann unter diesen Umständen von nationalen Aufgaben des Proletariats sprechen? Die Antwort auf eine solche Frage muß vor allem das allgemeine Verhältnis der Klassenaufgaben des Proletariats zu nationalen Aufgaben aufdecken.

Bei ihrer Beteiligung an nationalen Bewegungen ziehen die Marxisten eine klare Trennungslinie zwischen sich und dem bürgerlichen Nationalismus, damit das proletarische Bewußtsein nicht von der bürgerlichen Ideologie verdunkelt wird, und unterstützen nur das, was fortschrittlich ist; sie begnügen sich mit der Unterstützung der *"negativen"* Seiten des Nationalismus und begeben sich für dieses Ziel nicht in *"extreme"* Verhaltensweisen. *"Denn gleich darauf beginnt die positive Aktion* **der Bourgeosie** *mit dem Ziel der* **Verstärkung** *des Nationalismus."* Das heißt: *"Die Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus* **über** *einen fest begrenzten Rahmen hinaus, dessen Grenzen durch einen bestimmten historischen Moment festgelegt werden, bedeutet Verrat am Proletariat und Überwechsel in das Lager der Bourgeoisie."* (Lenin, a.a.O., S.33)

Der fundamentale Unterschied zwischen dem nationalen Programm des Marxismus und irgend einem bürgerlichen Programm, auch wenn es *"das fortschrittlichste"* wäre, liegt darin, daß das Proletariat über das Prinzip des Internationalismus verfügt. Das Proletariat hat seine eigene Waffe des Internationalismus. So wie das Proletariat den chauvinistischen Nationalismus der unterdrückenden Nation verdammt, lehnt es genauso den *"feinen"* (destillierten) Nationalismus ab, der die **Teilung** der Arbeiterbewegung in Nationen vorschlägt. Und diese Art des Nationalismus kommt in den meisten Fällen aus dem Lager der unterdrückten Nation. (Siehe Lenin, Proletarischer Internationalismus)

Lenin sagt, daß auch gegen die bürgerlich-liberalen Parteien gekämpft werden muß, *"wenn sie die allgemeine nationale Unterdrückung befürworten oder akzeptieren oder besonders das freie Herrschaftsrecht der Nationen über sich selbst ablehnen."*(Siehe Lenin, P. I.)
Diese Worte von Lenin helfen uns, die Rolle der CHP zu verstehen, die sie gegenwärtig im antifaschistischen Kampf spielt, sie werfen ein erhellendes Licht auf die sozial-chauvinistische Politik der rechten Strömungen wie TIP, TSIP, TKP und dergeleichen (die im Kampf gegen den Faschismus der gegenwärtigen CHP ihr bedingungsloses Bündnis zusagen –und dies

ist letzlich die Festklammerung an den Schwanz der CHP).

Die Haltung in der nationalen Frage spiegelt sich in konkreter Form auch in der Praxis des politischen Kampfes und im Bündnisverständnis wider. Die Mitglieder des Generalstabes der CHP, die den bürgerlichen Reformismus repräsentiert, sehen den Kampf gegen den Faschismus in der Verteidigung des bestehenden Staatsapparates und vereinigen diese Politik mit ihrem bürgerlich chauvinistischen Nationalismus. Ohne Zweifel findet diese chauvinistische Haltung gegenüber der unterdrückten kurdischen Nation auch in der buchstäblichen Verteidigung einer Kapitulationslinie im Kampf gegen den Faschismus ihren Ausdruck.

Indessen fühlen sich linke Gruppen, deren Hauptlinie im Kampf gegen den Faschismus ihre unerschütterliche Hoffnung auf eine CHP-Regierung ist (einschließlich derer, die niemandem den radikalen Positionsbezug in der nationalen Frage scheinen überlassen zu wollen), letzlich gezwungen, den Kampf zur Abschaffung der nationalen Unterdrückung aus dem Kampfprogramm gegen den Faschismus herauszulassen. Jede Auffassung, die den antifaschistischen Kampf von der anti-oligarchischen Revolution (demokratischen Volksrevolution) lostrennt (die den endlosen Angriff gegen unsere Auffassungen zu ihrer besonderen Nahrungsquelle werden läßt), muß letzlich *"das Prinzip des Anti-Chauvinismus"* (als Schmuck, den sie von Zeit zu Zeit bewundert!) irgendwo außerhalb der Prinzipien des Kampfes gegen den Faschismus verstecken, oder besser 'aufgeben', um nicht ihre *"Bündnisse"* (sprich *"die CHP, die wenn auch inkonsequent doch ein Bündnispartner ist"*) zu sprengen.

(Merkwürdig ist, daß den selben logischen Irrtum auch einige politische Strömungen begehen, die sich selbst den Namen *"kurdische Linke"* geben. Oder zumindest betrachten sie ein solches Bündnis- und Kampfverständnis für die *"türkische Linke"* als gültig. Ihrer Meinung nach sollen sich die *"türkischen Revolutionäre"* der chauvinistischen Politik der Reformisten nicht widersetzen und die sozialchauvinistische Politik der CHP der Opposition der kurdischen Nation *"vorziehen"*, um das Bündnis mit den Reformisten im Kampf gegen den Faschismus nicht zu gefährden! Denn die Behauptung, *"die Bündnispartner der türkischen und kurdischen Linken sind unterschiedlich"*, hat keine andere Bedeutung als diese!).

Der gemeinsame organisierte Kampf der türkischen und kurdischen Völker

In diesem Teil werden wir das Organisationsverständnis des Leninismus nicht in allen seinen Dimensionen untersuchen; wir werden hier nur das Verhältnis zwischen nationaler Frage und der Organisierung behandeln. Besonders die Tatsache, daß gegenwärtig keine internationale Organisation existiert, erschwert die Organisationsformen der Arbeiter und Werktätigen von verschiedenen Nationen. Dieses Durcheinander gab es auch zu Zeiten Lenins und Stalins, zuerst in den Jahren der II., dann aber auch der III. Internationale und der Kampf gegen die zersetzenden Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse war eine Notwendigkeit; aber die kommunistischen Parteien unterschiedlicher Nationen, die den Zentralismus der Internationale akzeptierten, vereinigten sich, solange diese Nationen innerhalb der Grenzen des gleichen Staates lebten. Ohnehin macht das Internationalismusverständnis der Arbeiterklasse soweit wie möglich die Vereinheitlichung der Arbeiter in einer zentralen Organisation notwendig.

Die Tatsache, daß Arbeiter der unterdrückenden oder unterdrückten Nation angehören, macht es nicht zu einer Notwendigkeit, daß sie in unterschiedlichen zentralen Organisationen kämpfen, solange sie innerhalb eines Zentral-Staates leben. Denn die Klassenunterdrückung der Werktätigen aller Nationalitäten wird durch die herrschenden Klassen ausgeübt, die den bestehenden Staatsapparat in ihren Händen halten.

"Die Integration der Arbeiter aller Nationen innerhalb eines bestimmten Staates in einheitlichen proletarischen Organisationen" (Lenin) (1)

Ja, solange sie im selben Staat, d.h. in einem zentralen Vielvölkerstaat leben, ist es notwendig, daß die Werktätigen aller Nationen die Ganzheit der nationalen, klassenmäßigen und internationalen Aufgaben im Auge behaltend ihren Kampf unter dem Dach der selben Organisation und in einer festen organischen Einheit gegen die zentrale Autorität führen.
Wie allgemein bekannt, bedeutet die nationale Frage im Besonderen und die Frage der Kolonien im Allgemeinen die Existenz eines Vielvölkerstaates und unterdrückter und unterdrückender Nationen in diesem Staat. Jedoch gibt es zwischen den Vielvölkerstaaten aus historischen Gründen Unterschiede. (2)

Als einige der nationalen Staaten in der Vergangenheit über Kolonien verfügten und sich im modernen Sinne in Vielvölkerstaaten umwandelten, kam für diese Länder die Beziehung und der Unterschied zwischen Metropole und Kolonie auf die Tagesordnung. Es gab keine materiellen Voraussetzungen dafür, daß die Revolutionäre/Werktätigen beider Länder in einer zentralen Organisation ihren Kampf führen konnten.
In einem Vielvölkerstaat vom alten Typ, d.h. im Zarenrußland, in dem die Werktätigen innerhalb der Grenzen des selben Staates kämpften, traten Lenin und Stalin entschieden dafür ein, in einer einzigen Organisation den Kampf zu führen, und kritisierten separatistische Haltungen aufs Schärfste. Die Gründe für eine solche Haltung können wir durch das folgende Zitat von Lenin verstehen:

"Die Interessen der Arbeiterklasse machen es notwendig, daß die Arbeiter aller in Rußland lebenden Nationen sich in einer einzigen politischen, gewerkschaftlichen, kooperativen, ..u.ä. Organisation vereinigen. Nur diese Art der Integration wird dem Proletariat ermöglichen, den Kampf gegen das internationale Kapital und den bürgerlichen Nationalismus erfolgreich zu führen."
(Proletarischer Intern., Lenin, S.105)

Die Arbeiter der unterdrückenden und unterdrückten Nation müssen zusammen die gemeinsamen Interessen der proletarischen Bewegung verteidigen. Und solange sie in einem einzigen Staat leben, müssen sie diese Verteidigung in enger Einheit und organischem Zusammenschluß ausüben. Die Notwendigkeit der Vereinigung und Integration der Arbeiter aller Nationen in einem bestimmten Staat in einer einzigen Arbeiterorganisation bedeutet folgendes: Auf die Frage *"von welcher Nationalität bist du?"* müssen sie die Antwort *"ich bin ein Sozialist"* geben können. Lenin sagte: *"Wer dem Proletariat dienen möchte, muß die Arbeiter aller Nationen vereinigen und den Kampf sowohl gegen seinen 'eigenen' als auch gegen den bürgerlichen Chauvinismus von anderen entschieden aufnehmen."* (Selbstbetimmungsrecht der Nationen, S. 22)

Lenin führte in der Bewegung der Arbeiterklasse einen besonderen Kampf gegen den *"Bund"*ismus, der nicht die Klassendimension sondern die nationale Dimension dieser Bewegung in den Vordergrund stellte. Die Anhänger des Bunds haben nicht den Internationalismus sondern den Nationalismus vertreten. Wenn der Nationalismus vertreten wird, wird die Klassengrundlage für das Organisationsmodell zwangsläufig abgelehnt. Denn mit Lenins Worten: *"Derjenige, der die Probleme vom Standpunkt des Nationalismus aus betrachtet, muß in dieser Frage zwangsläufig die Arbeiterbewegung seiner Nation und Nationalität mit einer Chinesischen Mauer umzingeln."* (Einheit der Bewegung, Lenin, S. 9) So wird die Arbeiterklasse, deren nationale Isolation entsprechend dem Willen der Bourgeoisie gewährleistet ist, ihre Klassenziele nicht erkennen, und damit auch nicht über diese Ziele verfügen können, so werden die Ziele ihres Kampfes eigentlich diejenigen sein, die ihre eigene Bourgeoisie ihr diktiert. Kurz, *"der Bund möchte von der russischen Sozialdemokratie 'die Teilung nach Nationen in ihrer organischen Einheit'"* (Stalin, Marxismus und Nationale Frage) (3).

(Die Ablehnung des nationalen Unterschieds in der Organisierung schafft zweifelsohne die Notwendigkeit der Verteidigung *"negativer"* nationaler Forderungen der unterdrückten Nation durch die Revolutionäre nicht aus der Welt.

Auf der anderen Seite führen die Revolutionäre die Propaganda und Agitation unter den Werktätigen der unterdrückten Nation in ihrer eigenen Sprache. Dies zeigt die Notwendigkeit, in der Türkei Kurdisch auch als ein Medium der Agitation einzusetzen, die Werktätigen, die keine andere Sprache außer Kurdisch sprechen, in ihrer eigenen Sprache aufzuklären.

Wenn die nationale Frage abstrakt behandelt wird, werden viele nicht begreifen, daß folgende zwei Phänomene gemeinsam behandelt werden müssen: Nicht nur die Notwendigkeit der Anerkennung des Separationsrechts der unterdrückten Nationen, d.h. die Anerkennung des Rechts, sich als unabhängiger Staat zu *"organisieren"*, sondern auch die Notwendigkeit, daß die Arbeiter und Werktätigen aller Nationen in einer engen organischen Einheit und unter dem Dach einer einzigen Organisation kämpfen müssen. Dabei ist das erste dieser Phänomene eins der demokratischen Rechte, für dessen Verwirklichung das Proletariat in seinem revolutionären Kampf eintritt, während das zweite die Aufgabe des Proletariats und der Existenzgrund seines Kampfes ist.

Stalin sagt: *"Das Selbstbestimmungsrecht bedeutet, daß eine Nation sich so organisiert, wie sie will."* Das Proletariat wird im Lichte des Prinzips der Gleichheit aller Nationen für jegliche Organisationsfreiheit aller Nationen in einem heterogenen Staat eintreten. Das Proletariat, das gegen jegliches Privileg eintritt, wird sich auch dagegen stellen, daß das Monopol der Schaffung nationaler Institutionen und Organisationen in der Hand der herrschenden Nation liegt; es wird das Recht jeder Nation verteidigen, ihren eigenen Staat zu organisieren, wenn sie es will. Die Verteidigung der Separationsfreiheit unterdrückter und nicht gleich gestellter Nationen bedeutet nicht, daß das Proletariat für die Trennung ist; das Proletariat hat das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in sein Programm aufgenommen, weil es gegen Annexionen, gegen Einheiten auf der Grundlage der Gewalt ist. Das Proletariat fordert auch besonders, daß alle unterdrückten Klassen aller unterdrückten Länder sich nicht voneinander lösen. Diese Forderung macht es zu einer zwingenden Aufgabe, daß alle unterdrückten Klassen gegen die zentrale Autorität in einer einzigen Organisation kämpfen, solange sie sich in den Grenzen des selben Staates befinden. Es ist die Aufgabe des Proletariats, organisiert zu kämpfen und zu gewährleisten, daß dieser Kampf in enger Einheit und organischem Zusammenschluß geschieht. Das Proletariat trägt die Forderungen in seinem Programm vor und erfüllt seine Aufgaben hinsichtlich seiner programmatischen Ziele. Eine solche Unterscheidung bedeutet, daß demokratische Forderungen vorgetragen und Klassenaufgaben erfüllt werden.

"Es gibt das Organisationsrecht aller Nationen, gemäß ihrem Wunsch; sie haben das Recht, ihre nationalen Institutionen, ob schädlich oder nützlich, egal welche, zu schützen. Niemand kann sich mit Gewalt ins Leben der Nationen einmischen (niemand hat dazu das Recht!) Aber dies bedeutet nicht, daß die Sozialdemokratie gegen die schädlichen Institutionen der Nationen, gegen ihre unlogischen Forderungen nicht kämpfen wird. Im Gegenteil: *es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, dies zu tun, den Willen der Nationen dahingehend zu beeinflussen, daß die Organisierung der Nationen weitgehendst mit den Interessen des Proletariats im Einklang steht."* (Stalin, M. und Nationale Frage, S. 72-73).

Es sind allgemeine Prinzipien, die wir oben aufgeführt haben. Und in dem Maße, wie sie allgemein sind, können sie nicht im Stande sein, einige besondere Ausnahmesituationen zu erklären. Zum Beispiel kann es im Bereich der Organisierung zu einer unterschiedlichen Situation kommen, wenn in einem Vielvölkerstaat alten Typs aus diesem oder jenem Grund der Hauptwiderspruch sich in einen Widerspruch zwischen der zentralen Autorität und der unterdrückten Nation umwandelt. D.h. wenn das Separationsrecht der unterdrückten Nation als konkrete Separation auf die Tagesordnung kommt und diese Separation vollzogen wird, müssen die Revolutionäre der unterdrückten Nation nun ihre Werktätigen getrennt organisieren. (4)

Unter den Bedingungen, unter denen eine akzeptierte proletarische Partei existierte, hatten nur die Repräsentanten separatistischer Strömungen wie Frakismus (Bundismus) den Mut, getrennte Organisierung im Namen des *"Marxismus"* offen zu vertreten.

Nun aber, wie wird die Lösung dieser Frage in einem Vielvölkerstaat sein, in dem es keine solche Organisation (proletarische Partei,T.I.) gibt? Kann ein solcher Mangel Vorwand für die Teilung der Arbeiterbewegung in nationale Rinnsale sein? Eine solche Frage dient unter den speziellen Bedingungen unseres Landes dazu, die Hindernisse für den Organisationsprozeß ans Tageslicht zu bringen. Mit anderen Worten, dies ist unter den gegenwärtigen Bedingungen, unter denen die revolutionäre Bewegung einen Prozeß der Parteiwerdung durchlebt, eine brennende Frage, die umgehend aufgegriffen werden muß.
Unter den kurdischen Revolutionären ist es eine verbreitete Auffassung, daß die Kurden sich getrennt organisieren sollten, und je mehr eine solche Auffassung sich ausbreitet, desto größer werden ihre Gefahren.

ÜBER "KOLONIALISMUS-THEORIEN"

Das Hauptargument der Anhänger der getrennten Organisierung ist meistens die These, *"Kurdistan sei eine Kolonie."* Diese Kolonialismusfeststellung wird gemeinsam mit der These von Stalin aufgeführt und behandelt, daß die Revolutionen in Ländern der Metropole sich von den Revolutionen in kolonialen Ländern unterscheiden, und man kommt zum Schluß, daß *"die Revolution in Kurdistan sich von der Revolution in der Türkei unterscheidet"* und *"eine andere Revolution in Kurdistan unumgänglich"* sei.
"Was ist der Ausgangspunkt der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien im Allgemeinen, wenn sie sich mit den Problemen der Revolutionsbewegung in kolonialen und abhängigen Ländern beschäftigen?"

"Dieser Ausgangspunkt ist der sichere Unterschied *zwischen der Revolution in den imperialistischen Ländern, die andere Völker unterdrücken, und der Revolution in kolonialen und abhängigen Ländern, die unter der imperialistischen Unterdrückung der anderen Staaten leben. Die Revolution in den imperialistischen Ländern ist etwas anderes: In diesen Ländern unterdrückt die Bourgeoisie die anderen Völker; in diesen Ländern ist die Bourgeoisie -in allen Etappen der Revolution- konterrevolutionär; in diesen Ländern fehlt es am nationalen Element als befreiendes Kampfelement.*
Die Revolution in kolonialen und abhängigen Ländern ist etwas anderes: In diesen Ländern ist das imperialistische Joch anderer Staaten einer der Faktoren der Revolution; in diesen Ländern trifft die Spitze dieses Jochs auch die nationale Bourgeoisie; in diesen Ländern kann die nationale Bourgeoisie in einer bestimmten Etappe und für eine bestimmte Zeit die revolutionäre Bewegung ihres Landes gegen den Imperialismus unterstützen; in diesen Ländern ist das nationale Element als ein Kampfelement für die Befreiung ein Faktor der Revolution." (Stalin, Nationale und koloniale Frage, S. 170, türk. Ausg.).

Innerhalb dieses Themas muß zunächst ein Punkt klargestellt werden. Die Unterscheidung, die zwischen den Revolutionen in Metropolen und den kolonialen Revolutionen vornimmt, ist eine Feststellung hinsichtlich der Beziehung zwischen der unterdrückenden und unterdrückten Nation im Rahmen eines Vielvölkerstaates vom neuen Typ, ist eine Feststellung des Unterschieds zwischen dem kapitalistischen (Metropole) Land und den von diesem in politischer-militärischer-ökonomischer Hinsicht annektierten kolonialen Ländern. Der hier benutzte Kolonialismusbegriff bezeichnet ein Phänomen, das in einer bestimmten Etappe der historischen Entwicklung entstanden, d.h. von der Entwicklung des Kapitalismus geschaffen ist; dieser Kolonialismusbegriff gehört zur Charakterisierung der Beziehung zwischen der kapitalistischen Metropole und dem Land, das sie annektiert (in dessen unabhängige Entwicklung sie eingegriffen) hat, um ihre Rohstoff- und Marktbedürfnisse zu befriedigen.

Ein Land, das eine andere ökonomische, politische und gesellschaftliche Formation und in Folge dessen eine andere Klassenkombination (eine andere herrschende Klasse und andere unterdrückte Klassen) hat, wird von einem entwickelteren (industrialisierten) Land annektiert. Im Rahmen des annektierten Landes gibt es die materiellen Bedingungen für eine Revolution, deren Klassen- und Sozialwesen sich von der Revolution im kolonialistischen Land völlig unterscheidet, an der alle nationalen Klassen und Schichten unter Führung des Proletariats beteiligt sind und deren sozialer Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution entspricht. Dagegen kommt für das Metropolenland eine solche Situation nicht in Frage. Es ist dies, was die Aufgaben des Proletariats der unterdrückten Nation im Rahmen eines Vielvölkerstaates vom neuen Typ bestimmt und den Unterschied zwischen den Revolutionen in Kolonien und Metropolen ausmacht.

Darüberhinaus ist zweifellos klar, daß

die Beziehung zwischen der unterdrückenden und unterdrückten Nation innerhalb eines Vielvölkerstaates vom alten Typ einer solchen Entwicklung und Beziehung nicht entspricht. In diesem Falle existiert die Beziehung zwischen zwei verschiedenen Nationen, die seit eh und je ohnehin in den Grenzen desselben Staates leben. Es ist selbstverständlich, daß man ausgehend von der Existenz einer unterdrückten Nation nicht zum Schluß kommen darf, daß auch hier eine koloniale Revolution notwendig sei. In diesem Falle existieren die oben erwähnten materiellen Bedingungen nicht, die die Notwendigkeit einer anderen Revolution schaffen würden; es existieren allgemein die Bedingungen für die gemeinsame Befreiung der unterdrückenden und unterdrückten Nation. Die Verfechter von *"Kolonialismustheorien"* lassen genau diese Situation außer Acht. Sie deformieren den Begriff der Kolonie, indem sie ihn nicht mehr in dem von uns oben kurz erklärten Zusammenhang benutzen. *"Es gibt eine unterdrückte Nation. Diese Nation ist auch wirtschaftlich und politisch unterdrückt. Dann steht also die koloniale Revolution auf der Tagesordnung."* Mit einer solchen *"Analyse"* wäre es möglich, für alle Perioden der Geschichte und für alle Beziehungen, die sich von kolonialen Beziehungen total unterscheiden, wie das Beispiel Rußland-Polen zeigt, den Begriff des Kolonialismus anzuwenden und zu dem kurzgedachten Schluß zu kommen, koloniale Revolutionen seien auch hier notwendig!

Die Beziehung zwischen der kurdischen und türkischen Nation ist die Beziehung zwischen einer unterdrükkenden und unterdrückten Nation im Rahmen eines Vielvölkerstaates vom alten Typ. Und sie nehmen ihre Plätze in einer Ganzheit ein, die selbst der Herrschaft des Imperialismus unterliegt. In diesem Falle gilt die koloniale Revolution für die **Ganzheit.**(5) Es existieren die materiellen Bedingungen für die gemeinsame Befreiung der kurdischen und türkischen Völker. Es ist mit dem Marxismus unvereinbar, die Beziehung zwischen der kurdischen und türkischen Nation eine koloniale Beziehung zu nennen, undzwar dergestalt, daß die koloniale Revolution in der These Stalins nur noch für die kurdische Nation auf die Tagesordnung gebracht wird. Es ist ohne jegliche Bedeutung, Kurdistan mit dem allgemeinen Begriff *"Kolonie"* zu bezeichnen, wenn dieser Punkt außer Acht gelassen wird. Wenn der Begriff der Kolonie nicht als eine **bestimmte** Beziehungsform zwischen zwei Ländern, die in einer bestimmten Etappe der historischen Entwicklung entstanden ist, benutzt wird (wie wir dies oben getan haben), sondern im allgemeinen Rahmen im Sinne der ökonomischen Unterdrückung, der Ausbeutung, der politischen Unterdrückung einer unterdrückten Nation gebraucht wird, dann kann man nicht davon ausgehend zur Notwendigkeit der kolonialen Revolution kommen. In diesem Sinne ändert sich nichts daran, auch wenn man die Bezeichnung *"Kolonie"* gebraucht.
(Hier muß noch hinzugefügt werden, daß eine unterdrückte Nation nicht unbedingt eine Kolonie sein muß, um ihr Recht auf Separation in Anspruch zu nehmen. Es kann zu einer Notwendigkeit werden, daß sich auch eine unterdrückte Nation in einem Vielvölkerstaat vom alten Typ in Form eines anderen Staates organisiert. Dies aber muß man konkret diskutieren. Es muß konkret diskutiert werden, ob in irgend einer Situation die Organisierung einer unterdrückten Nation in Form eines anderen Staates den Interessen des Proletariats und der werktätigen Völker entspricht oder widerspricht.)

"Die Kriterien", die zum Thema Kolonialismus aufgeführt werden, spiegeln eigentlich auch die historischen und strukturellen Eigenschaften des Kolonialismus wider. Man versucht, die **allgemein** gültigen Kriterien für unterdrückende-unterdrückte Nation (d.h. die Beziehung zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteter) mit der Beziehung Kolonisator-Kolonie als eine Form dessen gleichzusetzen.

Um diese Situation näher zu erklären, können wir auf gesellschaftlicher Ebene, vom Bereich der Klassenbeziehungen das Beispiel von der Beziehung Unterdrücker-Unterdrückte heranziehen. Dies ist eine reine Ausbeuter-Ausgebeuteter Beziehung. Wenn diese Beziehung historisch und strukturell untersucht wird, kann sie als Beziehung zwischen Sklavenhalter und Sklave, Feudalherr und Leibeigener, Bourgeois und Proletarier konkretisiert werden. (Und natürlich können noch kompliziertere und konkretere Beziehungen festgestellt werden.) Was ist es, was hier getan werden muß? Wenn wir die Rolle (den Status) eines jeden unterdrückten Menschen in einer Hinsicht (für sich selbst) behandeln, dürfen wir ihn dann *"Sklave"* nennen? Nein. Dafür müssen wir Kriterien an der Hand haben, die im Lichte einer konkreten historischen und strukturellen Untersuchung dieser Beziehung angelegt werden. (Das heißt: Um den einzelnen Menschen *"Sklave"* nennen zu können, reichen die Kriterien einer allgemeinen Ausbeuter-Ausgebeuteter-Beziehung nicht aus.) Erst wenn wir über diese Kriterien verfügen, können wir die Inhalte dieser doppelten Beziehung begreifen und deren unterschiedliche Analysen vornehmen. Ein Phänomen der *"Sklaverei"* kann natürlich beim Leibeigenen als Landsklave und beim Proletarier als Lohnsklave beobachtet werden. Aber die Beobachtung dessen kann und darf uns nicht dazu bringen, die Beziehung zwischen Sklavenhalter und Sklave historisch mit den anderen gleichzusetzen.
Auch die Beziehung zwischen der unterdrückenden und unterdrückten Nation muß in dieser Weise behandelt werden. Alle abhängigen Nationen werden unterdrückt; sie sind unterdrückte Nationen. Ein Teil dieser Nationen ist aus bestimmten historischen Gründen und als Folge struktureller Verhältnisse, in denen sie sich befanden, kolonisiert worden. Diese Situation ist eine konkrete Politik der herrschenden Klassen der unterdrükkenden Nation, die nationale Unterdrückung praktiziert, und der Status, den die unterdrückte Nation bekommt, ob Kolonie, Halb-Kolonie oder etwas anderes, ist Folge dieser Politik (dieses Eingriffes). Wenn man also ein *"Kolonie"*-Kriterium braucht, dann bekommt dies nur durch die Analyse der bestehenden Verhältnisse einen Sinn. Wir können diese Kriterien nicht festlegen, indem wir nur eine der Parteien dieser Beziehung behandeln. D.h. z.B., daß wir allein durch die Betrachtung der unterdrückten Nation nicht entscheiden können, ob diese eine Kolonie ist oder nicht.
Es wäre vielleicht auch nützlich, die *"Kolonialismus-Theoretiker"* auch an folgendes zu erinnern: Die *"Kolonie"*-Theorien, die sie verkünden, gehen nicht über eine Literatur der Armut und Unterdrückung hinaus. Die Marxisten dürfen ihre Analysen nicht auf solche Klagen beschränken. Die nationale Unterdrückung, die von der Oligarchie gegen die Kurdische Nation praktiziert wird, ist in ihrer ganzen Grausamkeit und Wildheit täglich sichtbar und kann von jedem beobachtet werden. Dies ist eine Tatsache. Jedoch benutzen die Marxisten ihr Begriffsinstrumentarium nicht dafür, die Bourgeoisie auszuschimpfen. Die Begriffe haben in dem Maße einen Sinn, wie sie eine bestimmte Analyse widerspiegeln. Eine Logik, deren *Hauptstütze die Aussage ist, "wenn ein Land politisch und ökonomisch annektiert ist, ist es eine Kolonie"*, hat mit marxistischer Analyse nichts zu tun. Mit Hilfe dieser Logik müßten auch die Ukraine und Polen *"Kolonien"* sein, von denen Lenin betont als *"unabhängige Nationen"* redet.
Es ist falsch, als Ausgangspunkt die Anpassung der Länder an solche starren, eingefrorenen Muster zu nehmen (d.h. das Objekt dem Begriff zu opfern). Es ist notwendig, vom Objekt auszugehen, die Beziehung zwischen der kolonialistischen Nation und der als kolonisiert definierten Nation zu untersuchen, den Charakter dieser Beziehung zu erhellen. Wenn es eine solche Beziehung nicht gibt, kann das betreffende Land nicht als Kolonie bezeichnet werden, egal welche Eigenschaften dieses Land (an sich) hat.
Kein einigermaßen vernünftig denkender Mensch kann behaupten, der türkische Staat habe Kurdistan zur Lösung der Probleme seines eigenen Kapitalismus besetzt, wenn er die konkrete historische Entwicklung der Türkei-Kurdistan Beziehung betrachtet. Denn während dieser Besetzung war der Kapitalismus sowieso nicht vorherrschend. Die Unterdrückung der kurdischen Nation geschah in Folge einer Besetzungs- und Annexionspolitik eines chauvinistischen Staates. Auch das gegenwärtig bestehende Verhältnis ist nichts anderes als die Entwicklung des Kapitalismus in einem vom Imperialismus abhängigen Land von oben nach unten auch in der unterdrückten Nation dieses Landes, die Zerstörung der feudalen Struktur, der diese unterdrückte Nation unterworfen ist...
Lassen wir nun dieses *"Kolonialismus"*-Thema beiseite und kehren zur Organisationsfrage im Parteiwerdungsprozeß zurück.

Die subjektive Situation, die den Revolutionären der unterdrückten Nation in der Türkei die Propagierung getrennter Organisierung möglich macht, ist die gegebene parteilose Situation. Wie wir in diesem Teil der Artikelreihe immer wieder erklärt haben, ist es jedoch nichts anderes als die Repräsentation des Nationalismus, getrennte Organisierung unter den Bedingungen der Türkei zum Ausgangspunkt zu machen.
In der Türkei, die objektiv die Bedingungen des Bürgerkrieges durchlebt, läuft die Unterscheidung nicht nach Nationalitäten- sondern nach der Klassenfrage: Auf der einen Seite die Oligarchie und auf der anderen Seite die breiten werktätigen Massen. Das Problem ist, alle unterdrückten Klassen in der VOLKSFRONT unter Führung der proletarischen Partei zu vereinigen.

Der Punkt, der diese Diskussion trübt, ist die Tatsache, daß es keine Partei, keine zentrale Organisation gibt. Diejenigen, die von dieser Tatsache ausgehen, bemühen sich, die Gründung einer proletarischen Partei der kurdischen Nation zu legitimieren. Sie glauben daran, daß die Ebene des Kampfes der kurdischen nationalen Bewegung fortgeschrittener ist als die proletarisch-revolutionäre Bewegung der Türkei, oder sie behaupten zumindest, daß gegenwärtig die proletarisch-revolutionäre Bewegung nicht über die Kapazität verfügt, die kurdische nationale Opposition zu organisieren. (Ein anderer Vorwand ist die Zersplitterung der Linken!) Unter diesen Bedingungen verteidigen die kurdischen Revolutionäre die Idee, schon jetzt die getrennte Organisierung zu verwirklichen, um die Führung einer kurdischen nationalen Bewegung unter *"Garantie"* zu stellen, damit sie nicht ohne Organisation bleibe, wenn sie auftauchen sollte.

An dieser Stelle müssen wir betonen, wie fehlerhaft es ist, auf der Grundlage einer solchen Hypothese zu diskutieren und die revolutionäre Anschauung einer solchen Hypothese zu opfern. Jedoch ist es nützlich, sich auch damit zu beschäftigen, was für eine Auffassung auch unter den Bedingungen zu verteidigen ist, unter denen diese Hypothese eine Wirklichkeit wird, um Klarheit zu verschaffen.

In einem Vielvölkerstaat kann die nationale Frage zur Hauptfrage werden. D.h. der Hauptwiderspruch kann die Form des Widerspruchs zwischen der zentralen Autorität und der unterdrückten Nation annehmen. Lenin sagt, *"daß der nationale Aufstand einer Region oder eines Landes gegen den Okkupationsstaat nicht als Krieg sondern als Aufstand bezeichnet werden"* kann. (Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 173) Unter diesen Bedingungen kann es sein, daß *"das nationale Aufstandsfeuer"* zum Hauptzentrum der Landesrevolution in jener Etappe wird. Damit dies so ist, muß dieser Aufstand ohne Zweifel ein *"Unabhängigkeitsaufstand"* und kein *"separatistischer"* sein.

Die Aufgabe aller Revolutionäre ist es, sich dahingehend zu bemühen, daß durch diese Opposition die zentrale Autorität gestürzt, die Revolution im Lande entwickelt werden kann.
Wenn sich die erwähnten Entwicklungen unter Bedingungen vollzogen haben, unter denen die eigene Organisation des Proletariats existiert, kann dieser nationale Aufstand der Verwirklichung der Landesrevolution dienen, indem die Partei direkt in dieses Problem eingreift.
Auf der anderen Seite werden solche Entwicklungen unter Bedingungen, unter denen subjektiv im Land der Parteiwerdungsprozeß abläuft, natürlich die Entwicklung dieses Prozesses beeinflussen. Die Revolutionäre versuchen, ihre Organisationen dort intensiv zu verwirklichen, wo die Volksopposition wächst, wo der Kampf am brennendsten ist.
Die wesentliche Aufgabe der Revolutionäre ist es, das von der unterdrückten Nation entfachte Aufstandsfeuer zur Organisierung des Klassenkampfes auf Landesebene und zum Sturz des gemeinsamen Feindes auszunutzen.
Sicherlich ist es möglich, derartige Hypothesen oder möglichen Entwicklungsformen zu vermehren. Jedoch kann kein vernünftiger Mensch den Fehler begehen, ein Aktionsprogramm und Organisationsprinzip auf derartige Hypothesen zu stützen. Selbst die Verfolgung des allgemeinen Ablaufs des Klassenkampfes gerade in der gegenwärtigen Türkei reicht aus, um die allgemeine Richtung der Befreiung der Völker aufzuzeigen. Die soziale Revolution wird durch eine Reihe möglicher Entwicklungen hindurch verwirklicht werden. Die Verwirklichung der sozialen Revolution durch starre Unterscheidungen zu begrenzen, daß zwei Armeen auf der Seite des Sozialismus und des Imperialismus gegeneinander schlagen, z.B. die Möglichkeit des Kampfes gegen ein nationales Joch und andere Möglichkeiten außer Acht zu lassen, ist, mit den Worten Lenins, die Ablehnung der sozialen Revolution. *"Das Leben eines Menschen, der eine reine soziale Revolution erwartet, wird dafür nicht ausreichen, diese zu erleben. Ein solcher ist ein Revolutionär in Worten, der niemals versteht, was eine richtige Revolution ist"* (Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 201). Aber aus all dem Nutzen für die Revolution zu ziehen, ist eine andere Sache. Es ist eine andere Sache, über ein systematisches Aktionsprogramm zu verfügen, ohne die Entwicklung der Revolution auf eine nicht voraussehbare mögliche Entwicklung aufzubauen. Und das Kriterium des Revolutionismus liegt in einer Hinsicht in der Fähigkeit, ein solches Verständnis in die Praxis umzusetzen.

Lenin sagte, daß *"die Schwierigkeit in einem gewissen Grade daher rührt, daß in Rußland die Proletarier sowohl der unterdrückenden als auch der unterdrückten Nation Schulter an Schulter kämpfen."*(a.a.O., S. 120)

Für die revolutionäre Bewegung in der Türkei existiert die gleiche Schwierigkeit, sie steht sogar in noch komplizierterer Form auf der Tagesordnung. Im Parteiwerdungsprozeß wird die Aufgabe, die Teilung der Bewegung in nationale Rinnsale zu verhindern, zu einer akuten aktuellen Aufgabe. Der Schlüssel zur besten Erfüllung dieser Aufgabe ist die Lösung der im gegenwärtigen konkreten historischen Stadium des Parteiwerdungsprozesses entstandenen Probleme im Lichte des allgemeinen Prinzips von der gemeinsamen Organisierung der Werktätigen aller Nationalitäten, ohne in einen phantastischen Gedanken zu verfallen. Es gibt eine Reihe von nicht voraussehbaren Möglichkeiten, wie "wenn jetzt die unterdrückte Nation einen Aufstand anfängt, wer soll diesen Aufstand wie organisieren? Was passiert, wenn es die Partei gibt, was wenn es sie nicht gibt? Welche Wirkung wird ein kurdischer Aufstand auf den Parteiwerdungsprozeß haben? etc. etc." Aber wir dürfen nicht auf Möglichkeiten bauen, sondern müssen auf der Grundlage konkreter Entwicklungen den Weg unseres Klassenkampfes sehen. Und natürlich müssen wir als dessen Kompaß über ein systematisches und planmäßiges Aktionsprogramm verfügen. Dies ist alles...

— Ende der Artikelreihe —

Fußnoten:

1.) Lenin, Coll. Works, 20. Band, "Corrupting Workers With Refined Nationalism", *S. 290.*

2.) Damit die obigen Feststellungen leichter verstanden werden können, müssen wir uns eine kurze Erinnerung vergegenwärtigen. Es gibt zwei Arten von Vielvölkerstaaten. Die Entstehung der ersten Art von Vielvölkerstaaten geschah folgendermaßen: Während im Zeitalter des aufkommenden Kapitalismus im allgemeinen jede Nation sich in ihrem eigenen Nationalstaat organisierte, entstanden in Folge dessen, daß im Osten Europas aus historischen Gründen eine entwickeltere Nation andere Nationen unter ihrer Herrschaft halten konnte, Vielvölkerstaaten. Diese nennt man Vielvölkerstaaten vom alten Typ. Die Entstehung der zweiten Art von Vielvölkerstaaten ist wie folgt: Staaten in Westeuropa, die Nationalstaaten waren, konnten mit Hilfe des kapitalistischen Kolonialismus und zunehmend des Imperialismus ihre eigenen nationalen Staatsgrenzen überwinden, okkupierten neue Länder und gewannen Kolonien. So entstanden Vielvölkerstaaten vom neuen Typ. (Natürlich sind diese beiden Typen allgemeine Kategorien. Neben diesen gibt es verschiedene Zwischenkategorien.) In einigen der Vielvölkerstaaten vom alten Typ (z.B. im Zarenrußland) war es möglich, einige zurückgebliebene Länder, die sich in den Grenzen des Zentralstaates befanden und früher okkupiert waren, zu kolonialisieren. D.h. in solchen Ländern wurde es möglich, in dem Maße, wie sich der Kapitalismus gestützt auf eine eigene Dynamik entwickelte, die zurückgebliebenen Völker, die im Zentralstaat unterdrückt wurden, zu kolonialisieren.

In anderen Vielvölkerstaaten dagegen war es nicht möglich, die hier unterdrückt gehaltenen Völker durch den Zentralstaat zu kolonialisieren, weil sich Eingriffe von außen ereigneten, noch bevor der Kapitalismus sich entwickeln konnte, d.h. weil sie am Anfang schon selbst zu einer Halbkolonie (z.B. der Osmanische Staat) gemacht wurden. Die Vielvölkerstaaten vom neuen Typ hingegen kolonialisierten im allgemeinen Länder, die außerhalb des Zentralstaates (nationalen Staates) lagen, wie wir oben schon sagten.

3.) Wenn wir den Bundismus behandeln, müssen wir ihn von den anderen separatistischen "Strömungsformen" *unterscheiden, zu denen er Parallelität aufweist. Denn die Judenfrage, auf der der Bundismus basiert, ist keine gewöhnliche nationale Frage; da die Juden zumindest keine Nation bilden, in verschiedenen Gegenden der Welt in zerstreuter Form den Status einer nationalen Minderheit haben und da*

IHR LACHEN IST UNSER LACHEN

Muzaffer Ilhan ERDOST

Für Didar Sensoy, die zum Symbol des Widerstandes der Familienangehörigen der politischen Gefangenen geworden ist. Sie wurde während eines Sitzstreikes von den Sicherheitskräften brutal zusammengeschlagen, in Folge dessen starb sie. Es geschah am 1. September 1987... (1)

Weiß ist die Farbe des Wandels, der Erreichung von etwas Neuem. Das Volk denkt so. Es hat die Braut mit weiß gekleidet, das Brautkleid ist weiß. Auch der Tod, denn das Todeskleid ist weiß.
Die Taube wurde zum Symbol des Friedens. Hier, bei Picasso und überall auf der Welt.
Der 1. September ist der Weltfriedenstag. Auch heute ist der 1. September, unser Tag des Friedens.
Die Friedens- und Freiheitskämpferin Didar Sensoy wurde an diesem Tag vor einem Jahr als Folge von Fußtritten und Knüppeln mit weiß bedeckt, sie wurde zu einer Taube. Sie konnte den Frieden nicht umarmen, auch nicht die Freiheit. Aber sie wurde zum Frieden und zur Freiheit selbst.

An diesem Tag war der 1. September –wie heute. Die Augusthitze, die auf dem Rücken Ankaras wie Teer klebte, ließ nach, der Himmel war schwach bleich. An diesem Tag kam inmitten von hunderten von Bussen aus allen Teilen unserer Heimat ein besonderer Bus nach Ankara. Die Reisenden in diesem Bus konnten kaum Reisende genannt werden. Sie waren traurig, aber sie hatten Hoffnungen. Sie waren müde aber zielstrebig.
Am Abfahrtsplatz, am Sultanahmet-Platz, waren sie das Volk. Denn sie waren die Sehnsucht, der Wille des Volkes, sie waren das Volk selbst.

Sie waren das Lied.
Sie waren die Begeisterung.
Sie waren das Gedicht, denn sie gingen Arm in Arm mit dem Dichter.
Sie waren Weise, denn sie gingen Hand in Hand mit den Weisen.
Sie waren die Freude, die aus den Fenstern des Gefängnisses herunterblickte, vor dem Gefängnis Canakkale.
Sie waren das Freiheitswasser, ähnlich wie kleine Bäche.
Sie waren der Wind des Frühsommers, der in den Gemeinschaftszellen des Gefängnisses Bursa wehte. Sie brachten den Insassen das Lachen des Für-Einen-Moment-"OCH"-Sagen-Könnens.

Die Wände des Gefängnisses Eskisehir sind Wände. Der Himmel ist hier nicht zu sehen. Von der aufgehenden Natur, dem fallenden Schnee, den zwitschernden Vögeln weiß man drinnen nichts. Dort waren sie der Atem, für die, die nicht atmeten.
So kamen sie nach Ankara. Ihre Augen waren wie die blitzenden Sterne. In ihren Armen Blumen. Aber Ankara war schwer, schwer wie Blei, schwer wie Stein.
Sie waren das Morgenlicht, Ankara war ein verzerrtes hartgewordenes Gesicht.
In ihren Munden waren Lieder, im Munde Ankaras Schimpfworte.
Sie waren glänzende sternengleiche Augen, Ankara trug eine schwarze Brille.
In ihren Händen waren Blumen, in der Hand Ankaras der Knüppel.
Ihre Füße waren der plätschernde Fluß, von den Füßen Ankaras Fußtritte und Schläge.

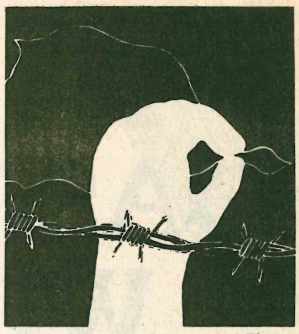
Was brachten sie mit?
Geschmuggeltes Gold?
Geschmuggelte Deutsche Mark?
Heroin?
NEIN! Lediglich eine Petition brachten sie nach Ankara, ins Parlament.

Sie waren
in den Gefängnissen
ein Stück Brot in den Mündern der Verhungerten,
Wasser auf den Lippen der Verdursteten,
der Freund des Leides der Verwundeten,
der Atem in den vom Tod gezeichneten Körpern der Hungerstreikenden.

Schließlich kamen sie trotz Folter, Hunger, Durst und Kälte mit ihrem Glauben, mit ihren Hoffnungen, mit ihrem Herz.
Sie kamen, um dem Menschen zu Gehör zu bringen, daß sie Menschen sind, denen die Wände den Blick verstellen, daß die Worte in die Münder eingeschlossen und die Stifte auf dem Papier getötet wurden.
In ihrer Petition hatten sie geschrieben, daß die eingekerkerten Menschen so behandelt werden sollten, wie ein Mensch einen Menschen behandelt.

Sie oder vielleicht der Geist dieser Petition ging über durch die schweigenden Plätze, die Plätze kamen zum Leben, ging über sprachlose Städte, die Städte wurden gesprächig.
Sie wurden zur Stimme für die Insassen, die ihre Stimme verloren hatten, sie wurden zur Zunge für die draußen, die ihre Zunge verschluckt hatten, so kamen sie nach Ankara.
Sie kamen, als sich die Arbeit im Kerker, das Brot zwischen den Zähnen eines Löwen befand. Seitdem sie eingekerkert wurden, ging der Lohn des Arbeiters unter seine Gürtelslinie zurück, ging der Weizen des Bauers auf die Hälfte zurück. Der Körper des Angestellten wurde von oben nach unten in zwei Teile geteilt.
Der Profit reckte sich mit seinem großen Körper. Die Zinsen lachten unverschämt. Das Rentenpapier an der Börse war täglich auf Jagd. So sah es aus, als sie kamen.
Seid ihr wieder da, sagten man ihnen, ihren Weg versperrend.
Seid ihr noch nicht gestorben?
"Wir sterben nicht" sagten sie und fingen an zu laufen.

Sie kamen, und bevor sie das Parlament erreichten, marschierte die Gewalt gegen sie. Der Knüppel ging auf und nieder. Mit seiner ganzen Wut gab er einen Fußtritt. Die Schimpfwörter quollen aus ihren Mündern. Der Platz wurde beschmutzt. Der Mensch wurde beschmutzt. Einer pho-



tografierte den beschmutzten Platz, ein anderer druckte die Beschmutzung eines Menschen als Foto ab, sie nahmen die Fotos der Beschimpfung, des Knüppels, des Fußtrittes weg. Nachdem er die Fotos abgenommen hatte, griff er den Fotoapparat an. Schlug ihn kaputt.

In der Zeitschrift Nokta wurde damals folgendes geschrieben:
"Der Redakteur der Zeitschrift Nokta sagte: Wir wurden mit Gewalt in einen Omnibus gedrängt. Das rechte Auge des Cumhuriyet-Journalisten Ali Tevfik Berber war total geschlossen, das andere Auge war voll von Blut, aus seinem zerplatzten Augenbrauen tropfe Blut herunter."

Denn "er" wollte nicht, daß jemand davon erfährt, niemand außer ihm sollte davon erfahren. Er muß zuschlagen, ein anderer darf nichts wissen, wenn es einen gibt, der es bekannt machen will, wird er ihm die Arme brechen, den Fotoapparat zerstören. Er muß schimpfen, aber daß er geschimpft hat, darf nicht weitererzählt werden. Er muß schlagen, es darf aber nicht weitergesagt werden, daß er geschlagen hat. Er muß töten, aber niemand darf sagen, daß er getötet hat. Deswegen wollte er, daß niemand davon erfährt.

Die, die nach Ankara kamen, dachten nicht so. *"Ich schäme mich, die blaugeschlagenen Stellen an meinem Körper zu zeigen"* sagte eine, die nicht so dachte. Didar Sensoy sagte:
"Ich möchte besonders gern heute sterben, damit die ganze Welt erfährt, wie niederträchtig ihr seid!"

Die Schlagenden, die Erschießenden wollten, daß niemand davon etwas mitbekommt, daß sie geschlagen, geschossen hatten.
Die Geschlagenen, die Erschossenen schrieen, damit die ganze Welt erfährt, daß sie geschlagen und erschossen wurden.
Und so geschah es.
Sie sagte:
"Ich stehe hier solange nicht auf, bis meine inhaftierten Söhne freigelassen werden. Ihr müßt meinen Tod hier wegbringen, mich bringt ihr aber nicht weg..."
So dachte Didar Sensoy. Sie sagte es und hielt ihr Wort. Ihr Wort war ihr Wesen. Denn sie war ein Mensch. Noch einmal erlebte ihr Volk, ihr Land und die Welt, wer ein Mensch ist.

Alle sollen es wissen:
Das Lachen auf dem Platz, auf dem sie gefallen ist, ist das Lachen von Vedat Demircioglu, ist das Lachen von Deniz. Dieses Lachen ist das Lachen von Dogan Öz, von Erdal Eren.

Dieses Lachen ist das Bewußtsein, das die Fahne der Freiheit immer höher hängt.
Das Lachen auf dem Platz, auf dem sie fiel, soll unser Lachen sein. Ihr Lachen auf dem Platz, wo sie den Tod umarmte, soll unser Lachen sein.

Ihr Lachen soll unser Lachen sein.
1. September 1988

1.) Eröffnungsrede der Gedenkveranstaltung für Didar Sensoy, die vom Menschenrechtsverein Ankara organisiert wurde. Wir haben diesen Artikel der Zeitschrift 'Türkiye Sorunlari', 'Reihe der Probleme der Türkei' entnommen.

---

sie nationale Kasten bilden. Aus diesem Grunde stand zwangsläufig nicht der Kampf für einen eigenen nationalen Staat auf ihrer Tagesordnung, sondern ein Kampf zur Schaffung von nationalen Institutionen in all diesen Gegenden. Aber wie jede separatistische Strömung ist auch der Bundismus in seinem Wesen aus der Verleugnung der selben marxistischen Prinzipien entstanden. Die theoretischen Grundlagen des Bundismus basieren auf der nationalen-kulturellen Autonomiethese, die in Österreich (auf dem Wienkongreß von 1899) die Organisierung der Arbeiter verschiedener Nationen, die in den Grenzen des selben Staates lebten, in getrennten und unterschiedlichen Organisationen vorschlug. Da der Bundismus unter den Auffassungen, die auf der Grundlage des nationalen Unterschieds unterschiedliche Organisationen vorschlagen, die bekannteste ist, wird er in der marxistischen Literatur zur Bezeichnung der separatistischen Haltung benutzt. Diejenigen, die auch in der Türkei getrennte Organisierung propagieren, lenken die Diskussionen um, indem sie die von uns oben erwähnte "andere" Entwicklung des Bundismus aufführen, wenn an ihnen der Bundismus kritisiert wird. Das Wesen der Frage ist die Verteidigung einer Organisation, die sich auf nationale Differenzierung stützt. Dieses fehlerhafte Verständnis gilt sowohl für den Bund als auch für den Frakismus, der in Polen kleinbürgerlicher Nationalismus war, genauso wie für alle Auffassungen in der Türkei, die für getrennte Organisierung eintreten.

4.) Z.B. hat man eine solche Entwicklung in Rußland gesehen. In Ruß land haben Werktätige, die abhängigen und kolonialisierten Nationen angehörten, solange diese Nationen in den Grenzen des Zentralstaates blieben, ihren Kampf gemeinsam mit den Werktätigen der herrschenden russischen Nation unter Führung der Bolschewiki gegen die Autokratie geführt. Als diese Nationen ihre Unabhängigkeit erreichten, hatten sie diesmal in ihren nationalen Grenzen ihre eigene kommunistische Partei. Z.B. wurde in der Ukraine, die nach der Oktoberrevolution für kurze Zeit ihre Unabhängigkeit deklariert hatte, die Kommunistische Partei der Ukraine (Bolschewiki) gegründet. Als die Ukraine sich wieder an die Sowjetunion angliederte, kam die Führung der KPdSU (damals noch KPR-b) wieder zur Geltung.

5.) Die Thesen, nach denen Kurdistan eine "Kolonie" sein soll, behaupten, daß Kurdistan "sogar eine internationale Kolonie" sei; sie besagen, daß eine der Ursachen für getrennte Organisierung der Kurden dies sei. "Denn die Kurdische Nationale Bewegung muß nicht nur gegen eine einzige zentrale Autorität, sondern gegen vier zentrale Autoritäten geführt werden. Aber die türkische Revolution ist gegen eine einzige Autorität gerichtet, aus diesem Grunde sind unsere Ziele verschiedene" sagen sie. (Es wird angenommen, daß auch die anderen drei zentralen Autoritäten "kolonialistisch" sind! Oder genauso wie der Kolonialismus der Türkei "bewiesen" wird, wird auch der Kolonialismus in diesen Teilen bewiesen!)

Wir wissen, daß die Staatsgrenzen von der Bourgeoisie festgelegt worden sind und deren Verteidigung (außer der Vaterlandsverteidigung gegen den Imperialismus) nicht die Aufgabe des Proletariats sein kann. Und wir lernen von Lenin, daß der Satz "Nieder mit den Grenzen, Genossen, kommt zu uns" nur dann einen Sinn bekommt, wenn die nationale Unterdrückung abgeschafft ist, wenn die Gleichheit der Nationen sichergestellt ist. Unser Problem ist nicht die Verteidigung der Legitimität der Grenzen des bürgerlichen Staates, im Gegenteil, unser Problem ist der Sturz der bürgerlichen Staatsmacht auf der Plattform des politischen Kampfes (des Machtkampfes), dessen Feld von diesen Grenzen bestimmt wird. Denn diese Grenzen sind jetzt der politische Anschein einer gesellschaftlichen Ganzheit. Die gesellschaftlichen Widersprüche haben im Rahmen dieser Grenzen unterschiedlichen Charakter. Denn in diesem Rahmen gibt es unterschiedliche sozio-ökonomische Strukturen (gesellschaftliche Formationen); letzlich weist die Klassenkonstellation in diesem Rahmen Unterschiede auf. Wir wissen wiederum, daß unterschiedliche Widersprüche mit unterschiedlichen Methoden gelöst werden müssen.

Nun dies ist auch der unglückliche Punkt des Vorschlages "von einer anderen Revolution für ein in 4 Teile geteiltes Kurdistan." Gleich an dieser Stelle müssen wir zugeben, daß es nichts "Natürlicheres" geben kann, als daß die Nationalisten der unterdrückten Nation diesen Vorschlag vertreten. Denn diese interessiert vor allem nicht die Revolution (soziale Befreiung), sondern die "nationale Befreiung". Aber kann ein Marxist sagen, "ich bin ein Kurde, mich interessiert vor allem die Befreiung meiner eigenen Nation"? Dies wäre reiner Frakismus (der kleinbürgerliche Nationalismus Polens, der sagte, "wir schwächen den Zarismus, indem wir Polen von ihm loslösen, sein Sturz ist Sache der russischen Genossen".) Ein Marxist beschäftigt sich vor allem mit der Befreiung der unterdrückten Klassen und ordnet **alles** *dem unter. Das Maß seiner Konsequenz ist sein Status im Klassenkampf. Da die Situation sich so darstellt, ist es die Aufgabe aller Marxisten, egal ob Türke oder Kurde, gegen den bestehenden Staatsapparat (als Ursache aller Repression) und seine Besitzer zu kämpfen. Diese Aufgabe fällt auch in allen 4 Teilen Kurdistans jedem Marxisten zu. Dies ist das Prinzip. Dieses Prinzip darf diesen oder jenen Möglichkeiten nicht geopfert werden. (Es gibt sowieso, soweit wir wissen, keine "marxistische" Strömung, die eine einzige kurdische nationale Organisation vorschlägt, die in allen 4 Teilen zur gleichen Zeit gegen alle 4 zentralen Autoritäten den Kampf führen soll. Die Vorschläge sehen –wenigstens für den "Anfang"– getrennte Organisierung für jedes Teil vor.)*

Die Unmöglichkeit einer einzigen "KURDISCHEN REVOLUTION" hat neben anderen Gründen auch direkt mit der Tatsache zu tun, daß Kurdistan viergeteilt ist. Es gibt keine materiellen Grundlagen dafür. Die als "Kurdische Linke" erwähnten Gruppen können erstens keine marxistische Klassenanalyse für jeden Teil z.B. für Türkei Kurdistan **unabhängig** *von der sozio-ökonomischen Struktur innerhalb der Grenzen des bestehenden Staates machen. Zweitens sind eine Klassenanalyse für ganz Kurdistan und eine daraus resultierende Klassenkonstellation auch unmöglich. Denn die 4 Länder, und damit auch die 4 Teile Kurdistans haben unterschiedliche sozio-ökonomische Strukturen.*

Kurz, das primäre Element, das eine marxistische Organisation haben muß, d.h. die Programmatisierung der Interessen unterschiedlicher Klassen, die sich gegen die Unterdrücker auflehnen, ist für die gegebene Situation ganz Kurdistans nicht möglich. Die in 4 Teile (wenn wir auch den Teil in der UdSSR dazu zählen, in 5) geteilte kurdische Nation lebt in 4 (oder 5) unterschiedlichen gesellschaftlichen Formationen. Es kann nicht von einer Klassenkonstellation die Rede sein, die über Gültigkeit für die **ganze** *kurdische Nation verfügt. (Diese besondere Situation entstand mit der Teilung Kurdistans durch die Osmanen und die Perser und hält auch heute noch an.) Alle 4 Teile sind unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt. Es ist daher nur natürlich, daß der Klassenkampf in den 4 Teilen ungleiche Entwicklungslinien aufweist.*

DAS TÜRKISCHE REGIME WURDE ANGEKLAGT

Das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei, dessen Vorbereitungen ca. 10 Monate dauerten, wurde am 10. und 11. Dezember 1988 in Köln abgehalten. Die Jury hörte 2 Tage lang die vom Koordinationskomitee des Tribunals zusammengestellten Anklageschriften und eingeladenen Zeugen. Die Anklage, die von einer großen Menschenmenge, Journalisten und Organisationsvertretern aufmerksam beobachtet wurde, ging am 11. Dezember mit der Kündigung des Urteils der Jury zu Ende.
Die Kulturveranstaltung unter dem Motto *"Menschenrechte und Demokratie"* zur Unterstützung des Internationalen Tribunals am Abend des 10. Dezember in der Uni Köln wurde von 5000 Menschen besucht. Die Veranstaltung verlief unter großer Begeisterung aller Beteiligten.

● Die Jury des Internationalen Tribunals gegen das Regime in der Türkei, das am 10. und 11. Dezember 1988 in Köln zusammenkam, forderte die Bestrafung der Verteidiger des Regimes des 12. September und dessen Revidierung mit all seinen Folgen.

● Die Jury, die sich aus bekannten Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern zusammensetzte, forderte die türkische Regierung auf, die Verbote der demokratischen und politischen Rechte aufzuheben, eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen zu erlassen und die nationale Existenz der Kurden anzuerkennen.

● Das Urteil der Jury, das von über 400 Menschen, die den Saal des Hotels Wolkenburg füllten, stehend beklatscht wurde, wird allen internationalen Institutionen, nationalen Parlamenten, Regierungen, Gewerkschaften und andere Organisationen mitgeteilt.

DIE ANKLAGE BEGINNT

Das Internationale Tribunal, auf dem das Regime des 12. September angeklagt wurde, begann am 10. Dezember um 11 Uhr. Nachdem die Jurymitglieder ihren Platz auf dem Podium eingenommen hatten, ergriffen Erol ÜNLÜ und Sabine HASSELBRING das Wort und erläuterten die Gründe und Ziele des Internationalen Tribunals. In der Eröffnungsrede wurde ua. folgendes gesagt:

"...Es gibt einiges Unrecht und einige Straftaten, die erst nach Jahren aufgeklärt und angeklagt werden. Die Straftaten des Regimes des 12. September lagen aber bereits in den ersten Tagen des Putsches offen, der seinerseits eine unvergleichliche Schandtat gegenüber den türkischen und kurdischen Völkern und den Grundrechten und -freiheiten, den Demokratieprinzipien ist, die in einem langen Kampf der Menschheit erkämpft wurden und in verschiedenen internationalen Dokumenten festgehalten sind. Es besteht keine Notwendigkeit, jahrelang darauf zu warten, daß das Regime in der Türkei und dessen Verfechter und Architekten auf den Stuhl der Anklage gesetzt und verurteilt werden. Das Regime des 12. September setzt mit seiner ganzen Agressivität und Grausamkeit nach wie vor seine Straftaten fort. An diesem Tag, an dem sich das Internationale Tribunal trifft, sind die Demokraten in den Gefängnissen des Regimes, die Menschenrechtsverfechter und die Revolutionäre, die die Menschenwürde zu verteidigen versuchen, sind immer noch Opfer von erniedrigenden Maßnahmen. Immer noch leiden die türkischen und kurdischen Völker, die fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte unter den Verboten des Regimes. Immer noch werden Mütter, Geschwister und Väter der politischen Gefangenen vor Gefängnistoren von der Polizei brutal zusammengeschlagen. Immer noch müssen die Menschen für die selbstverständlichsten Rechte, die in einem großen Teil der Welt unter Garantie gestellt sind, kämpfen und ihr Leben lassen.

Obwohl die Straftaten des Regimes in der Türkei in der ganzen Welt mittlerweile bekannt sind, versuchen die herrschenden Klassen in der Türkei und die Herrschenden im Westen, den 12. September in Vergessenheit geraten zu lassen. Ihrer Meinung nach ist der 12. September ein Ereignis von vor 8 Jahren...

Die Menschen aber, die in der Türkei und Türkei-Kurdistan leben, wissen genau, daß das nicht stimmt, daß das Regime des 12. September nach wie vor existiert. Die Kräfte des werktätigen Volks in der Türkei wollen, daß dieses Regime angeklagt und verurteilt wird. Die türkischen und Kurdischen Völker verlangen wenigstens Rechenschaft von den Juntaführern und -mitgliedern, ähnlich wie es in Argentinien und Griechenland geschah.

Und die türkischen und kurdischen Völker haben bereits begonnen, diese zur Rechenschaft zu ziehen. Die Aktionen und Streiks der Arbeiter trotz der Verbote des Staates und des Hohen Schiedsgerichtes, die Aktionen und Vereinsgründungen der Studenten trotz der Drohung des Hohen Schulrates und der Polizeikräfte sind in dieser Hinsicht eine Abrechnung mit dem Regime des 12. September. Auch diejenigen, die laut sagen, daß sie Kurden sind, rechnen mit dem Regime ab. Die politischen Gefangenen, die den Tod in Kauf nehmen und Widerstand leisten, die Mütter, die ihre Töchter und Söhne in diesem Widerstand nicht allein lassen, und die fortschrittlichen Kräfte rechnen mit dem Regime des 12. September ab.

Die Zukunft der Türkei und T.Kurdistans liegt in dieser Abrechnung, denn die 8jährige Praxis in der Türkei und T. Kurdistan zeigt deutlich, daß es unmöglich ist, Schritte in Richtung der Realisierung der Menschenrechte, in Richtung Demokratie und Sozialismus zu unternehmen, ohne das Regime des 12. September zu verurteilen. Nun ist das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei ein bedeutender Versuch, die Abrechnung der türkischen und kurdischen Völker zu unterstützen und mit dieser schwierigen Aufgabe Solidarität zu üben. Nun hat sich das Internationale Tribunal zusammengefunden, um die Solidarität mit dem Kampf der türkischen und kurdischen Völker seitens der internationalen demokratischen Öffentlichkeit und der Völker der Welt zum Ausdruck zu bringen, um die Bemühungen zu verstärken, das Unterdrückungsregime in der Türkei, das Feind aller Menschen ist, zu verurteilen. Es gibt wenig ausdrucksvollere Beispiele für die Solidarität mit dem Kampf der türkischen und kurdischen Völker.

Liebe Gäste,
Freunde und Freundinnen,
Auf diesem Tribunal wird eine Bilanz der Straftaten des Regimes des 12. September gezogen, die nach dem Militärputsch von 1980 erfolgt und durch Dokumente bewiesen sind; und das Regime des 12. September wird wegen diesen Straftaten angeklagt werden. Diese Anklage und das Urteil der Jury haben nicht nur einen symbolischen Charakter. Vielmehr wird das Urteil der Jury des Tribunals, die repräsentantiv für die internationale demokratische Öffentlichkeit sein dürfte, ein beispielhafter Ausdruck der Verurteilung des Regimes des 12. September durch die demokratische Weltöffentlichkeit sein. Es wird zum Ausdruck bringen, daß die demokratische Weltöffentlichkeit das Regime des 12. September als illegitim betrachtet. Wir glauben fest daran, daß das verbindlichste und sicherste Urteil, das einzige Urteil, welches die Zukunft repräsentiert, durch die Völker der Welt ausgesprochen werden kann.

Und wir glauben ebenfalls fest daran, daß das letzte Urteil über das Regime des 12. September und deren Architekten und Verfechter von den türkischen und kurdischen Völkern ausgesprochen wird!"

Die Jurymitglieder hörten sich auf dem Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei die Schandtaten des türkischen Regimes an und sprachen ihr Urteil aus.

DIE ERSTE ANKLAGE-SCHRIFT WIRD VERLESEN

Nach der Eröffnungsrede im Namen des Koordinationskomitees wurde zur Lesung der ersten Anklageschrift übergegangen. Latif CETIN las die Anklageschrift zum Thema *"Rechte und Freiheiten der politischen Betätigung in der Türkei: Meinungs-, Organisations- und Pressefreiheit"* vor. Latif Cetin legte mit Beweisen und Dokumenten dar, warum und wie die Rechte und Freiheiten der politischen Betätigung nach dem Militärputsch von 1980 verletzt und abgeschafft wurden. In der vom Koordinationskomitee vorbereiteten Anklageschrift wurde gesagt, daß politische Betätigung –undzwar jegliche Form– in der Türkei nach wie vor verboten ist und diese Situation von der Jury verurteilt werden muß.
Nach der Verlesung der ersten Anklageschrift wurde Dogan ÖZGÜDEN, Journalist und Schriftsteller aus Belgien, auf das Podium gerufen, um seine Zeugenaussage zu diesem Thema vorzutragen.

Dogan ÖZGÜDEN: DIE TÜRK-ISLAM SYNTHESE WURDE ZUR IDEOLOGISCHEN GRUNDLAGE DER TÜRKEI GEMACHT

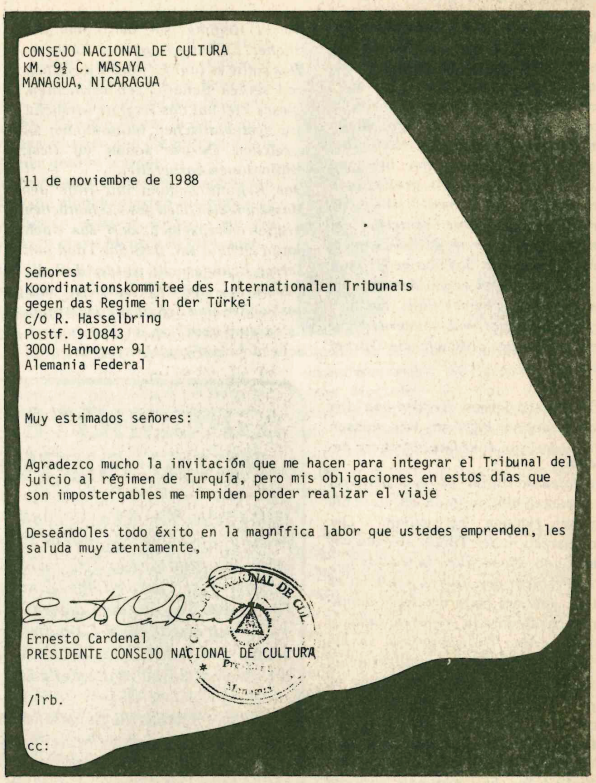
Der seit den 70'er Jahren im Exil lebende Schriftsteller Dogan Özgüden sagte im ersten Teil seiner Rede folgendes:

"Verehrte Mitglieder der Jury,
In einer Zeit, in der das Regime in der Türkei mit der Bitte um Vollmitgliedschaft an die Türen der EG klopft, ist es von äußerst wichtiger Bedeutung, daß ein solches Tribunal im Zentrum Europas durchgeführt wird.
Angesichts der Staatsbesuche von General Kenan Evren und seines Ministerpräsidenten Özal in europäischen Ländern, in denen sie von den Regierenden mit offenen Armen aufgenommen und mit großer Begeisterung gefeiert werden, ist es schon längst unerläßlich geworden, daß eine aus bekannten Persönlichkeiten verschiedener Länder bestehende unabhängige Jury der Öffentlichkeit und besonders den europäischen Regierungen ins Gedächtnis ruft, was das wahre Gesicht "der militaristischen Demokratie" ist, die im Südosten Europas die türkischen und kurdischen Völker unterdrückt.
Als ein Journalist, der sich seit 36

›

Jahren am Kampf für die Demokratie in der Türkei beteiligt, möchte ich zuallererst folgendes erklären:
Es ist beschämend, daß einige türkische Journalisten dieses Tribunal im Vorfeld als ein neues Komplott der "Gesetzesbrecher" gegen den türkischen Staat anprangern, ohne sich die hier zur Sprache gebrachten Tatsachen angehört zu haben.
In dem selben Maße muß verurteilt werden, daß die Führer der türkischen Sozialdemokratie ihren Abgeordneten verboten haben, sich an diesem Tribunal zu beteiligen. Aber es hat für uns auch keinen großen Wert, ob sie dieses Tribunal ernstnehmen oder nicht, ob sie das Urteil dieses Tribunals teilen werden oder nicht.
...
Die Türkei erlebte in den letzten 40 Jahren ihrer Geschichte drei Militärputsche. Die ersten beiden, den Putsch von 1960 und 71, habe ich persönlich miterlebt. Nach dem zweiten Putsch war ich wegen Eröffnung von über 30 Prozessen gegen mich gezwungen, die Türkei zu verlassen und meinen Kampf im Ausland weiterzuführen. Ich habe die sozialen und politischen Unruhen, die als Ursache für den Militärputsch von 1980 dargestellt wurden, und den bis dahin in diesem Ausmaß noch nie dagewesenen Staatsterror gleich nach dem Putsch vom Ausland aus aufmerksam beobachtet. Wie vielen türkischen und kurdischen Demokraten wurde auch mir von der Militärregierung die Staatsbürgerschaft entzogen. Meine Straftat bestand darin, daß ich der Weltöffentlichkeit zu Ohren gebracht habe, daß in der Türkei die Menschenrechte verletzt werden. Dies ist überhaupt nicht verwunderlich..."
Dogan Özgüden analysierte sodann die Entwicklungen der letzten 30 Jahre und berichtete, wie die Türkei von den USA in den Prozeß des Militärputsches vom 12. September 1980 hineingedrängt wurde. Er sagte, daß der Putsch von 1971 eine Generalprobe für den Militärputsch von 80 war, und betonte, daß die Regierung Ecevits Diskussionen über den Putsch von 71 verboten und gegen die Kontr-Guerilla und die Zivilfaschisten nichts unternommen hatte. Özgüden sagte dann:
"Das Regime des 12. September, das für den Preis des Lebens und der Freiheit der Widerstandsleistenden von den Generälen gegründet wurde, ist im Blutbad getauft worden. Der Staatspräsident dieses Regimes ist der Mörder Nr. 1 des Blutbads.
Der Ministerpräsident von heute, Turgut Özal, als der "Vertrauensmann" des IWF und der Weltbank, war zuerst mit den Worten der westlichen Presse gesprochen "der Wirtschaftzar" dieses Regimes. Der selbe Özal ist heute seit 83 die Exekutive unter dem Mantel "des zivilen Ministerpräsidenten" der durch die Verfassung und andere Gesetze institutionalisierten Unterdrückungsmaßnahmen.
Außerdem basiert das neue Regime auf zwei Flügeln der extremen Rechten, den Saudischen Integrationismus und dem Pan-Turkismus der Grauen Wölfe, die eine "heilige Allianz" gebildet haben. Diese heilige Allianz, die auch Türk-Islam-Synthese genannt wird, wurde zur ideologischen Grundlage der Türkischen Republik entwickelt.
– Das Kriegsrecht ist aufgehoben, aber in Sicherheitsfragen hat nach wie vor der von den Generälen beherrschte Nationale Sicherheitsrat das erste und letzte Wort.
– Tausende von fortschrittlichen Personen und Demokraten befinden sich immer noch in Militär- und Zivilgefängnissen.
– Menschenverachtende Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen sowie Folter dauern ohne Unterbrechung an. Die europäischen Regierenden schließen vor den Schreien der hungerstreikenden politischen Gefangenen ihre Ohren, während sie Evren und Özal hier empfangen.
– Die Militärgerichte verhängen immer noch Todesurteile. Noch in der letzten Woche wurden dem türkischen Parlament drei weitere Todesurteile zur Bestätigung übergeben. Immer noch warten hier 224 Todesurteile auf Bestätigung zur Vollstreckung.
– Die Parteien der Arbeiterklasse und des Kurdischen Volkes sind nach wie vor verboten. Evren sagte während seines letzten Aufenthaltes in der BRD, daß er nicht gegen eine Zulassung der KP sei. Das Problem ist nicht, daß eine zum ergänzenden Teil des Systems gewordene, sich kommunistisch nennende Partei legalisiert wird, sondern das Problem ist, die freie Organisier-das Problem ist, die freie Organisierung von Parteien, die die Rechte und des kurdischen Volkes ohne Konzessionen verteidigen.
–Die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte sind, wie auch von der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgestellt, sehr begrenzt. DISK (Föderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften) ist nach wie vor geschlossen.
–Die Journalisten werden ständig von Staatssicherheitsgerichten zur Verantwortung gezogen, 27 Journalisten befinden sich nach wie vor im Gefängnis, um insgesamt 3000 Jahre zu sitzen.
– Die Universitäten sind nach wie vor ihrer akademischen Autonomie beraubt und unterstehen der Kasernendisziplin des Hochschulrates (YÖK).
– 1.600.000 Menschen befinden sich nach wie vor auf der Liste der "Verdächtigen". Sie unterstehen Verboten wie Angestellter im öffentlichen Dienst zu werden oder ins Ausland zu reisen.
– Über 14.000 Bürgern wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Die in die Türkei zurückkehrenden Flüchtlinge werden sofort verhaftet und vor das Gericht gestellt.
- Die nationalen, kulturellen und religiösen Rechte des kurdischen Volkes und christlicher Minderheiten werden nicht anerkannt. Türkei Kurdistan ist von der türkischen Armee besetzt.
(...)
Heute ist der 40.jahrestag der Deklaration der UNO... Das Regime in Ankara aber befindet sich im offenen Gegensatz zu dieser Deklaration, zu deren Erstunterzeichnern die Türkei gehört.
(...)

Ich glaube daran, daß die Öffentlichkeit über dieses Regime viel zu sagen hat. Und ich glaube daran, daß das von der Jury des Tribunals gesprochene Urteil in der Geschichte des Kampfes für Freiheit neben dem Urteil des vor 20 Jahren stattgefundenen Russel-Tribunals als ein goldenes Blatt seinen Platz einnehmen wird."



CONSEJO NACIONAL DE CULTURA
KM. 9½ C. MASAYA
MANAGUA, NICARAGUA

11 de noviembre de 1988

Señores
Koordinationskommiteé des Internationalen Tribunals
gegen das Regime in der Türkei
c/o R. Hasselbring
Postf. 910843
3000 Hannover 91
Alemania Federal

Muy estimados señores:

Agradezco mucho la invitación que me hacen para integrar el Tribunal del juicio al régimen de Turquía, pero mis obligaciones en estos días que son impostergables me impiden porder realizar el viaje

Deseándoles todo éxito en la magnífica labor que ustedes emprenden, les saluda muy atentamente,

Ernesto Cardenal
PRESIDENTE CONSEJO NACIONAL DE CULTURA

/lrb.

cc:

Auch Ernesto Kardenal war als Jurymitglied zum Tribunal eingeladen. Er konnte leider nicht kommen, sendete aber die obige Grußbotschaft an uns.

Nihat BEHRAM: DAS PROBLEM DES VOLKES IST, SICH VON DEN HERRSCHENDEN ZU BEFREIEN

Dichter Nihat BEHRAM, der als zweiter Zeuge zum Thema Rechte und Freiheiten der politischen Betätigung auf die Bühne kam, begann seinen Beitrag mit diesen Sätzen und setzte sie wie folgt fort: *"Die Aufgabe der Intellektuellen und aller Kräfte der Menschheit ist es, das Urteil des Volkes über seine Herrscher zu beschleunigen."*

Dichter Nihat Behram

Nihat BEHRAM berichtete im ersten Teil seiner Rede von der Terror- und Pazifikationspolitik des Regimes des 12. September. Nihat BEHRAM, der ausgehend von der Hinrichtung des 18-jährigen Erdal EREN die Repressionspolitik der Generäle und deren Bild von Menschen untersuchte, betonte, daß die Regierung des Regimes zwar den Anschein nach zivilisiert sei, aber in Wirklichkeit sich nichts verändert habe. Nihat BEHRAM sagte, daß besonders die Massaker in Kurdistan noch massenhafter und barbarischer geworden sind, und erklärte, daß die offiziellen Zahlen über die Folgen des Putsches die Realität nicht ganz widerspiegeln. BEHRAM setzte seine Rede wie folgt fort:

"Ich berichte von einem Mord, dessen Zeuge ich war:
Vorname: Nurettin
Name: ÖZTÜRK
Geburtsort: Of
Mitglied des ZK der Föderation der revolutionären Jugend der 70'er Jahre.

Als er in der Türkei mit "Schießbefehl" gesucht wurde, kämpfte er in Palästina.
1974 wurde er in Schweden als politischer Flüchtling anerkannt. Anfang 84 kehrte er in die Türkei zurück, nicht mit einer Zeremonie, sondern um sich dort am Kampf für Demokratie aktiv zu beteiligen. Eine Gruppe von Freunden verabschiedete ihn in die Heimat. In der Nacht vom 4. zum 5. April gleichen Jahres wurde er in der Wohnung von Tebessüm Sarp festgenommen. Er hatte einen gefälschten Ausweis bei sich.
Danach konnte niemand von Nurettin eine Nachricht bekommen. Zuletzt wurde er von den Angeklagten des Dev Yol Prozesses an einer Wand aufgehängt gesehen, als er schon auf 45 Kilo abgemagert war.

Seine Mutter Hatice Öztürk bekam von allen Behörden nur eine Antwort: "Wir kennen so einen Mann nicht!" Aber in Wahrheit war Nurettin der Regierung der Türkei nur zu gut bekannt, schon seit den Jahren, als er noch Vorstandsmitglied von Dev-Genc war, als er mit Schießbefehl gesucht wurde, als ein offizieller Auslieferungsgesuch von der türkischen Regierung an Syrien gerichtet wurde.
Seine Mutter Hatice Öztürk klopft heute weiterhin an alle Türen –mit der Forderung: "Sagt mir wenigstens, wo sein Grab ist, an dem ich mich mit meinem Sohn unterhalten kann." Nurettins Name steht nicht auf der Liste derjenigen 177 Menschen, die durch Folter ermordet wurden. Die Liste, auf der er steht, ist viel länger als die der festgestellten Folteropfer.
(...)
Die machthabenden Putschisten und deren Sprecher bezeichnen die sich im Ausland gegen das Regime einsetzenden Demokraten als "türkeifeindliche Kräfte". Das heißt, wir sind für sie Türkei-Gegner. Über 13.000 Menschen, zu denen ich auch gehöre, verloren ihre Staatsbürgerschaft, weil sie wegen ihrer Meinung schuldig erklärt wurden. Sie hätten im Ausland gegen die Türkei propagiert. Mit dem Beschluß des Ministerrates und Evrens Bestätigung wurden ihnen die Bürgerrechte entzogen.
Stellen Sie sich ein Regime vor, das seine Gegner als die Gegner des Landes bezeichnet. Wie soll man dieses Regime nennen, wenn nicht Faschismus?

Menschenrechte und Demokratie-Veranstaltung:

5000 MENSCHEN VERURTEILTEN DAS REGIME IN DER TÜRKEI

Zur Unterstützung des Internationalen Tribunals wurde am 10. Dezember 1988 in den Säalen der Kölner Universität eine große Politik- und Kulturveranstaltung durchgeführt. An der Veranstaltung nahmen über 5000 Türken, Kurden und Deutsche teil. Wegen der räumlichen Enge konnten viele nicht in den Veranstaltungssaal gelangen, während über die Hälfte der Zuschauer die Veranstaltung stehend verfolgen mußten. Die Veranstaltung war ein lebendiger Ausdruck der massenhaften Verurteilung des türkischen Regimes. Sie konnte erst gegen Mitternacht beendet werden, obwohl sie bereits um 16.00 Uhr begonnen hatte. An der Veranstaltung nahmen Gäste aus der Türkei, Menschenrechtsvereinsvertreter, Künstler und Journalisten, sowie im Ausland lebende Sänger und Musikgruppen teil. Auch der Ruhrchor und die Gruppe Morgenland sorgten für eine begeisterte Stimmung. 2 der Jurymitglieder berichteten vom Ablauf des Tribunals.
Die größte Oppositionspartei, die SHP, wurde von der Masse scharf kritisiert, weil sie ihren Abgeordneten nicht erlaubt hatte, an der Veranstaltung teilzunehmen.
In der Eröffnungs sowie Schlußrede wurde die Bedeutung des Kampfes der türkischen und kurdischen Völker gegen den Faschismus und der Solidarität mit diesem Kampf hervorgehoben. Hunderte von Grußbotschaften konnten aus Zeitgründen nicht vorgelesen werden.

Es ist schmerzlich, daß die deutsche Regierung, die mit der Begründung "er wäre wegen seiner Nazi-Vergangenheit schuldig" Kurt Waldheim keine Reiseerlaubnis gibt, den blutbeschmutzten Vertreter des heutigen Faschismus Evren mit großartigen Zeremonien willkommen heißt... Die Kräfte, die gegen Evren protestierten, betrachtet sie aber als Türkei-Gegner. Unser Haß gegen das blutige Regime in der Türkei und gegen dessen Vertreter bedeutet keines Falls, daß wir gegen die Türkei sind, sondern ist ein Zeichen dafür, daß wir die Türkei lieben.

(...)

Wir müssen unsere Brüder von den Unterdrückern befreien. Wir müssen die Türkei von den Unterdrückern befreien!..

Dostojewski sagte: "Wo es in der Welt Schmerzen gibt, müssen wir diese als unsere eigenen betrachten." *Die Schmerzen in der Türkei müssen wir als die der Menschheit betrachten...*

Das Problem des Volkes heute ist es nicht, von den Unterdrückern demokratische Rechte zu erwarten, sondern sich von den Unterdrückern zu befreien. Die Aufgabe der Intellektuellen und der Kräfte der Menschheit ist es, das Urteil des Volkes gegen die Unterdrücker zu beschleunigen.

Mit Respekt beuge ich mich vor dem Freiheitsdichter Erich FRIED, der Mitglied der Jury war und während der Vorbereitungen dieses Tribunals starb.

Mit Respekt beuge ich mich vor den in dunklen Kerkern des Faschismus barbarisch ermordeten Brüdern.

Dieser Respekt ist mit der Verdammung des Faschismus und mit dem Wille, diesen zur Rechenschaft zu ziehen, verbunden!"

Ömer POLAT: JEDE REGIERUNG, DIE FEIND DES SCHÖNEN IST, MUß BESTRAFT WERDEN

Der Schriftsteller Ömer POLAT, der als letzter Zeuge zu diesem Thema auf die Bühne kam, sagte folgendes:

Schriftsteller Ömer Polat

"Das Militärregime des 12. September wurde errichtet, um das Demokratische, das Schöne und die zukunftsorientierten Werte unserer Heimat, der Türkei, zu vernichten, zu unterdrücken. Das hat es auch in großem Maße geschafft. Den Teil dieser Unterdrückung, denn die Militärjunta nicht geschafft hat, versucht ihre zivile Folgeregierung zu Ende zu führen.

Das Militärregime hat als erstes das Parlament, dann die Vereine und die fortschrittlichen Gewerkschaften geschlossen. Ihre führenden Mitglieder wurden verhaftet und gefoltert. Eine dieser geschlossenen Gewerkschaften war die Schriftstellergewerkschaft der Türkei. Warum hatte das Regime vor dieser Gewerkschaft so viel Angst, die doch nur 300 Mitglieder hatte? Oder war dieses Regime etwa gegen die Kunst, Literatur und die Entwicklung der Kultur des Landes? Die Entwicklungen haben gezeigt, daß dieses Regime der Feind des Kreativen war. Dieses Regime war der Feind der Bücher. Es hatte Angst vor Büchern. Was sollte es tun? Es mußte das Buch und seinen Schaffenden vernichten. Dieses Ziel hat das Regime versucht, mit systematischen Maßnahmen zu erreichen. Es war schon auf diese Maßnahmen vorbereitet.

Das Regime begann mit Hilfe der Massenmedien allen gesellschaftlichen Kräften vorzuzeigen, daß das Buch daran Schuld sei, daß das Land von Terror heimgesucht wurde, daß die Demokratie nicht funktionierte, daß das Land in eine Schuldenkrise verfiel. Es verging kein Tag, an dem Jugendliche nicht im Fernsehen repräsentiert wurden, die verhaftet worden waren und vor denen die schuldigen Bücher lagen. Die Bekanntmachungen nannten immer wieder die Listen der verbotenen Bücher. Das Regime begnügte sich etwa nicht damit, die Bücher zu verbieten, es verbot auch einige Wörter in den Büchern. Das Regime versuchte bei jedem normalen Menschen den Eindruck zu erwecken, die Bücher seien an allem Schuld. Das Regime hatte damit auch Erfolg. Die täglichen Auflagen der fortschrittlichen Zeitungen gingen zurück, die Zeitschriften schlossen ihre Redaktionen und stellten ihren Druck ein, die Verlage machten Pleite. Die Menschen liefen vor Büchern weg. Diejenigen, die sich für eine Stelle bei staatlichen Behörden bewarben, wurden gefragt, ob sie Bücher lesen. Diejenigen, die Bücher lasen, wurden nicht eingestellt. Wir können leicht feststellen, daß das Geschöpf Buch für dieses Regime gefährlicher ist als Atombomben, wenn wir daran denken, daß die politischen Gefangenen den Tod in Kauf nehmend Hungerstreiks durchführen müssen, um nur die Verbote zu durchbrechen, daß sie keine Bücher lesen und keine Schreibmaschinen bekommen dürfen.

Bücher sind für dieses Regime gefährlicher als Atombomben.

In unserer Heimat, in der der Schuldige das Buch ist, stagnierte alles, was mit Büchern zu tun hat. Das Denken, die Entwicklung, die Kultur blieben stehen. Es setzte eine Entwicklung ein, die nicht in die Zukunft blickt, sondern sich an der Dunkelheit der Vergangenheit orientiert.

Und die Köpfe der Schriftsteller, Intellektuellen und Künstler der Türkei sind von Angstwolken umhüllt, denn das Regime des 12. September ist der Feind des Schönen.

Jede Regierung muß bestraft werden, die Feind des Schönen ist. Dies muß die wichtigste Aufgabe aller Menschen sein, die auf der Seite des Schönen stehen. Jede Herrschaft ist schuldig, die Feind der Bücher ist. Das Buch ist eine unendliche Lichtquelle, die die Zukunft erhellt.

Nach der Machtübernahme hat das Militärregime als erstes die Wissenschaft angegriffen. Genauso wie Hitlers Armeen Polen angegriffen haben. Die Wissenschaftler wurden von den Unis weggejagt, 5.000 Lehrer wurden ohne Begründung vom Dienst suspendiert. Das Land wurde auch im Bereich der Bildung nicht nach vorn, sondern zurückentwickelt. Denn die Regierung wollte eine Generation heranziehen, die nicht dachte und schuf, sondern jedem Befehl seines Vorgesetzten gehorchte. In Schulleitungen und -büchern wurde den Methoden des Osmanischen Reiches nachgeeifert.

Einige Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler suchten die Flucht vor dieser Welt der Angst. Aber das Regime des 12. September verfolgte sie auch auf der Flucht, ließ sie nicht in Ruhe. Es hat sie ausfindig gemacht, auch wenn sie in einer Kleinstadt Europas untergetaucht waren. Es hat einigen die Staatsbürgerschaft entzogen, einigen die Pässe beschlagnahmt. Hunderte von Gerwerkschaftern, Intellektuellen und Sängern im Exil konnten dieser politischen Verfolgung nicht entgehen. Der Entzug der Staatsbürgerschaft, den 1950 unser großer Dichter Nazim Hikmet erleben mußte, macht heute hunderte von Künstlern und Intellektuellen zu seinem Opfer. Diejenigen, die ihre Heimat lieben, wurden zu Heimatlosen, diejenigen, die sie verkaufen, zu Vaterlandsliebenden.

Jede Herrschaft ist schuldig, die die eigentlichen Patrioten zu Vaterlandsverrätern erklärt. Denn der Weg zum Weltpatriotismus führt über Vaterlandspatriotismus.

Ich bin ein Schriftsteller aus der Türkei. Ich schrieb in der Türkei Romane und Theaterstücke. Ich wehrte mich gegen das Regime des 12. September mit meinen Artikeln und Schriften. Sie beschlagnahmten meinen Paß. Und seit Jahren lebe ich in Sehnsucht nach meiner Heimat, nach den Menschen meiner Heimat. Meine Heimat ist mir verboten. In jedes andere Land darf ich einreisen. Aber in meine Heimat nicht.

Jede Herrschaft muß bestraft werden, die dem Menschen seine Heimat verbietet. Denn es ist das natürlichste Recht jedes Menschen, in seiner Heimat zu leben, leben zu wollen.

Jede Herrschaft ist schuldig, die die Sehnsucht und die Liebe verbietet. Denn die Liebe ist die Quelle der Schaffenden. Jede Herrschaft muß bestraft werden, die der Liebe feindlich gegenüber steht. Daneben ist der Putsch vom 12. September 1980 ein Schandfleck an der Stirn des Volkes der Türkei. Die Entfernung dieses Flecks ist die Aufgabe aller Völker der Welt. Noch deutlicher, dies ist auch Ihre Aufgabe, die sie Vertreter verschiedener Völker sind. Denn wie die anderen Völker verdient auch das Volk der Türkei alles Schöne und Gute. Danke Schön!"

GRUßBOTSCHAFT VON PROF. SERVER TANILLI

Meine lieben Freundinnen und Freunde,

Die Initiative, das Regime des 12. September auf die Anklagebank eines Internationalen Tribunals zu setzen, habe ich stets als ein gerechtes und notwendiges Unterfangen empfunden.

An diesem Tag, an dem dieses Tribunal zusammentrifft, kann ich aus gesundheitlichen Gründen leider nicht unter Euch weilen. Jedoch betrachte ich es auch als eine Aufgabe, meine Gedanken in dieser Sache Euch mitzuteilen.

In unserer Zeit hat die Sensibilität der zivilisierten Menschheit, was Menschenrechte und -freiheiten betrifft, solche Dimensionen angenommen, daß jene Regime, die diese mit Füßen treten, vor ein Internationales Tribunal geführt werden. Wir haben nicht vergessen, daß vor nicht langer Zeit das US-Amerikanische Regime vor dem Russelltribunal wegen seiner Verbrechen in Vietnam angeklagt worden ist. Dieses Tribunal hat eine historische Mission erfüllt.

Auch das Regime des 12. September in der Türkei ist eines, an dessen Händen Blut klebt.

Dieses Regime stellt zuerst einen Verrat an unserer eigenen Geschichte dar. Das Regime, das sich unserer 'Aufklärungsbewegung' entgegenstellt, die auf ihre Fahne seit mehr als 150 Jahren den Kampf für eine unabhängige, demokratische und laizistische Gesellschaft schrieb, hat alle Errungenschaften dieser Bewegung zerstört. Seine Verfassung, die nichts anderes als eine Kasernenordnung ist und die ihrem Geist entsprechend verabschiedten Gesetze führen uns die Beispiele für diese Zerstörung offen vor Augen.

Während das Regime einerseits dies alles vollzog, verübte es andererseits den fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräften, die den Kampf für die Errichtung einer unabhängigen, demokratischen und laizistischen Gesellschaft führen, die brutalsten Morde. Diese begangenen Morde widersprechen nicht nur dem bestehenden Recht im eigenen Land, sondern umso erschreckender dem zeitgemäßen Recht und der Gerechtigkeit. Im Land wurde ein Staat des Terrors installiert, Menschen wurden wegen ihren Anschauungen in die Gefängnisse geworfen, den Folterungen ausgesetzt, bei Schauprozessen vor Befehlsempfänger-Gerichten engeklagt und durch willkürliche Urteile wurde ihr Leben verdunkelt. Dazu wurden junge Menschen im blühenden Alter, ohne Nachweis dessen, was sie getan haben, dem Henker ausgeliefert. Auf Grund der Urteile dieser Gerichte fristen noch heute Tausende ihr Leben hinter Gittern allein wegen ihrer Weltanschauung und Hunderte warten auf den Tag, an dem sie hingerichtet werden sollen.

Ich weiß nicht, ob es hier noch der zusätzlichen Erwähnung bedarf, welchen Repressions- und Terrormaßnahmen das kurdische Volk ausgesetzt ist, zusätzlich zur Vorenthaltung ihrer national-demokratischen Rechte.

Dieses verabscheuungswürdige Regime besteht noch heute, unter einer zivilen Fassade weiter. Die wiederholten Behauptungen der offiziellen Stellen, daß die Türkei zur Demokratie zurückgekehrt sei, hat nichts mit der Realität zu tun. In der Türkei existiert lediglich ein Kampf der fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräfte für Demokratie und Menschenrechte, ein Kampf voller Entbehrungen.

Gerade in einer solchen Situation ist es bedeutsam, das Regime des 12. September vor einem Internationalen Tribunal zu verurteilen. Mehr noch, man hätte das viel früher tun können. Auf Grund seiner Praktiken sollte das Regime unter Berücksichtigung der fundamentalen Rechtsprinzipien der zivilisierten Menschheit und der in unserer Zeit nunmehr klassisch zu bezeichnenden Menschenrechtsnormen, zur Rechenschaft gezogen werden. Auf diese Weise würde erreicht werden, daß einerseits der Schleier der Lüge, den das Regime sowohl im In als auch Ausland vor die Augen der Menschen hält, heruntergerissen und andererseits eine nicht zu vergessende Unterstützung für das Vorwärtsstreben der fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräfte geleistet wird.

Ich wünsche Eurer Arbeit viel Erfolg und vermittele Euch meine Grüße und Hochachtung.

Professor Server TANILLI
an der Universität von Strassburg

SOCIALIST WORKERS PARTY

National Office: 23 Abercrombie St, Chippendale, Sydney, NSW
Mail to: PO Box 515, Broadway, 2007.
Phone: (02) 690 1230, Telex: AA 10716916, Minerva (Dialcom): 07:DAF001

24/2/88

Committee for Human Rights and Democracy in Turkey

Dear comrades,

The Socialist Workers Party wishes you success with your international tribunal on the crimes of the military-backed Turkish government against the people of Turkey.

It is high time action was taken to expose the crimes of this brutal regime to international scrutiny.

The Socialist Workers Party unreservedly supports your calls for a general amnesty for all political prisoners, for an end to torture of prisoners, for an end to executions, and for an end to all violations of human and democratic rights.

In solidarity,

S. Painter

Steve Painter, for the national executive of the Socialist Workers Party

DER 12. SEPTEMBER IST DER VERSUCH DER VERNICHTUNG DER POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN OPPOSITION

Die zweite Anklageschrift wurde zum Thema *"Versuch der Vernichtung der politischen und gesellschaftlichen Opposition"* vorgetragen. Die Anklageschrift zu diesem Thema wurde mit Beweisen und Dokumenten von Fr. Günes Solmaz verlesen. Nachdem Solmaz die Entwicklungen nach dem Militärputsch zusammenfaßte und die Logik des Regimes betonte, sagte sie:

"Selbst diese sehr knapp gehaltenen Informationen müssen als ausreichend empfunden werden, um das Regime in der Türkei zu verurteilen. Das Regime des 12. September ist wegen seiner Maßnahmen, die die ganze Gesellschaft unter Verboten und Unterdrückung zu leben zwingt, und wegen der materiell und psychisch an 4 Millionen Menschen angerichteten Schäden vor den Augen der Menschheit schuldig. Ein solches Regime kann und darf im Angesicht allgemein gültiger Menschenrechte nicht als

legitim betrachtet werden. Dieses Regime muß verurteilt und alle seine politischen und juristischen Maßnahmen revidiert werden.
Wir fordern die Jurymitglieder auf, sich sofort für die Freiheit aller politischen Gefangenen einzusetzen und langfristig mit uns für eine Revidierung des Regimes mit all seinen Folgen zu kämpfen."

Enver KARAGÖZ: ICH MÖCHTE NICHT, DAß DER NAME DER TÜRKEI ZUSAMMEN MIT REPRESSALIEN ERWÄHNT WIRD

Als Zeuge zum Thema Versuch der Vernichtung der politischen und gesellschaftlichen Opposition kam Enver KARAGÖZ auf die Bühne. Er sagte:
"Verehrte Mitglieder der Jury,
liebe Gäste,
ich begrüße Sie alle mit Respekt und vom ganzen Herzen. Seitdem ich in die BRD geflüchtet bin, versuche ich überall als Zeuge der Menschenrechtsverletzungen des Regimes des 12. September und der Özal-Regierung und als Zeuge ihrer rechtswidrigen Prozesse und Repressionen in den Gefängnissen nützlich zu sein. Zu diesem Zweck habe ich schon öfters Reden bei Amnesty International und in verschiedenen Kommissionen des Europäischen Parlamentes gehalten. Ich möchte nicht, daß der Name der Türkei gemeinsam mit den Worten Folter und Repression in einem Atemzug erwähnt wird. Denn ich liebe meine Heimat und mein Volk. Ich möchte nicht, daß die Türkei, so wie sie heute ist, in Richtung auf das Jahr 2000 marschiert. Ich möchte, daß die Folterungen, die Scheinprozesse, Hinrichtungen, die Massaker an Menschen aufhören. Seit 8 Jahren versucht das Regime mit allen möglichen demagogischen und propagandistischen Mitteln die Weltöffentlichkeit irrezuführen. Aber noch heute ist es in der Türkei verboten, den Putsch vom 12. September und seine Folgen zu diskutieren. Es ist deswegen verboten, weil es alle seine Schandtaten vor der Welt verschleiern will. Ich denke, daß wir uns nicht davon befreien können, im selben Atemzug mit Folter und Massakern erwähnt zu werden, ohne dieses Verbot zu durchbrechen, das wahre Gesicht der faschistischen Militärjunta vom 12. September 1980 und der Özal-Regierung der Weltöffentlichkeit zu zeigen, undzwar so wie es ist. Denn all dies ist weder die Schandtat meiner geliebten Heimat noch meines Volkes. Diese Schandtat ist die der Generäle, die am 12. September die Macht an sich rissen und der Kräfte, auf die sich diese stützen.

Verehrte Mitglieder der Jury, liebe Gäste,
die mir zur Verfügung stehende Zeit ist kurz. Ich werde versuchen, meine Erlebnisse kurzzufassen. Wären dies doch Praktiken, die nur den ersten Jahren des Putsches angehörten, dann hätte ich es nicht für notwendig erachtet, diese hier zu erzählen. Aber leider sind diese Praktiken auch heute noch dieselben.
Vor dem 12. September 1980 war ich 5 Jahre lang Lehrer für Literatur und Türkische Sprache am Gymnasium von Artvin. In diesen Jahren und auch danach beteiligte ich mich an den Aktivitäten von TÖB-DER (Lehrervereinigung). Ich war auch eine Zeit lang Vorsitzender der Sektion dieser Gewerkschaft in Artvin.

Am Morgen des 12. September 1980 wurde ich gemeinsam mit meiner Frau abgeholt, meine damals noch andauernden Aktivitäten müssen die türkische Polizei gestört haben, obwohl sie legal waren. Wir wurden zur Generalkommandantur der Gendarmarie der Provinz Artvin verschleppt. Nach langen Durchsuchungen in meinem Haus fanden sie nichts anderes als zwei Säcke voll Bücher. An dem Tag brachten sie auch viele andere Menschen mit Polizei- und Armeelastwagen zur Generalkommandantur der Gendarmarie und steckten uns alle in Räume, die vor dem Putsch Schulräume waren. 5 Tage lang schliefen wir dort aufeinander gestapelt in engen Räumen. Sie gaben uns einmal am Tag etwas Essen und erlaubten uns, einmal am Tag auf die Toilette zu gehen. Jeden haben sie brutal zusammengeschlagen und zurückgebracht, der auf die Toilette ging. Besonders versuchten sie, uns am Schlafen zu hindern. So sollte unsere Widerstandsfähigkeit gegen Folter gemindert werden. Nach 5 Tagen trennten sie mich von unserer Gruppe. Gleich draußen verbanden sie mir die Augen. Sie fuhren mich mit einem Jeep irgendwohin. Unterwegs schimpften sie mich aus und schrieen laut, daß wir das Land gezwungen hätten, so zu werden, wie es ist, daß sie jetzt an der Reihe seien, daß sie mich töten und in den Fluß werfen würden, daß niemand nach mir fragen könnte.
Nach einer halben Stunde brachten sie mich in einen Raum, an dessen Bodenbelag ich merken konnte, daß er sich in der selben Armeekommandantur befand. Der Raum war früher die Sporthalle der Schule. Gleich nach dem Eintritt lautete ihr erster Befehl: "Zieh dich aus!" Ich sagte daraufhin, daß es keinen Grund dafür gibt, daß ich mich ausziehe. Bevor ich meinen Satz beenden konnte, griffen sie mich an, zogen mir die Kleider so aus, als ob sie diese zerreißen wollten.

Ich stand in der Mitte der Halle ganz nackt und mit verbundenen Augen. Sie brachten gleich an meinen Zehen und Fingern Stromkabeln an und gaben mir Stromstöße. Sie sagten viele Namen und wollten wissen, wo diese Menschen sich aufhalten. Sie zwangen mich, zuzugeben, daß ich Verantwortlicher bei Devrimci Yol, die revolutionäre Bewegung der Türkei, in Artvin sei. Ich habe diesen Vorwurf zurückgewiesen. Ich sagte ihnen, daß ich TÖB-DER Vorsitzender sei und die Namen nicht kennen würde, nach denen sie mich fragten. Aber bei jedem Satz von mir erhöhten sie die Stärke der Stromstöße. Als sie genug von dieser Foltermethode hatten, bildeten sie einen Kreis um mich und schlugen mich nacheinander mit Fäusten. Nach jedem Schlag fiel ich auf die Füße eines anderen, der mich aufhob und nochmals schlug. Danach brüllte einer von ihnen: "Laß uns diesen Schwulen aufhängen!" Die anderen schlugen lautstark andere Methoden vor. Ich weiß nicht, wie lange diese Folterungen andauerten. Danach wurde ich an meinen Handgelenken so an ein Heizungsrohr gebunden, daß ich nicht sitzen konnte. Gleich darauf begann die nächste Schicht der Folterer mich auszufragen. Wie viele Menschen hast du umgebracht? Wo sind die Waffen? usw. Nach jeder Auswechslung der Folterer begann dasselbe Verhör von neuem und dieselben Folterungen wiederholten sich. Eine Gruppe von neuen Folterern kam und holte mich ab. Ich war hungrig, müde, schlaflos und daher total erschöpft. Sie haben mich wieder ausgezogen und auf den Boden der Toilette geworfen. Sie drehten den Wasserwerfer an und bespritzten mich mit kaltem Wasser. Sie ließen mich eine Zeit lang so unter Wasser liegen. Danach ging alles wieder los. Diesmal versuchten sie die Bastonade. Sie sagten, sie würden mir wieder Stromstöße geben. Sie haben die Stromkabel an meine Zehen und mein Geschlechtsorgan gebunden, die Spitze eines anderen Kabels berührte mich an verschiedenen Körperstellen. Dieses Kabel versuchten sie mir, in den Anus zu stecken. Ich dachte, daß diese Folterszene nie enden würde. Ich hatte keine Kraft mehr, auf die Folter irgendwie zu reagieren. Aber dennoch freute ich mich darüber, daß ich noch bei Bewußtsein war. Ich wurde schließlich doch bewußtlos. Nach einer Zeit fühlte ich, wie man mir den Mund mit einer Eisenstange zu öffnen versuchte. Und ich spürte einen unerträglichen Schmerz. Sie goßen mir durch den Mund kochendes Wasser in den Magen. Ich erschrack vor meinem eigenen Schrei, der wie Jammern und Brüllen klang.
Später brachten sie auch meine Frau. Sie gaben mir Stromstöße und ließen meine Frau meine Schreie hören. Danach ließen sie mich die Schreie meiner Frau hören, als sie ihr die Stromstöße gaben.
Sie sagten mir, daß sie auch meine Frau ausziehen und vergewaltigen würden, sollte ich nicht das gestehen, wozu sie mich zwangen. Diese Art der Folterungen dauerten einen ganzen Monat lang an. Die Haut unter meinen Füßen war abgerissen. Sie ließen mich mit diesen geschundenen Füßen auf einem Boden laufen, der mit Salz bestreut war, dabei mußte ich jeweils einen von ihnen auf meinem Rücken tragen. Mein ganzer Körper war voll von Verbrennungen –verursacht durch Stromstöße. Nach einem Monat brachten sie mich nach Erzurum. Bei der Polizei in Erzurum wurde ich 40 Tage lang auf gleiche Weise wie zuvor verhört, gemeinsam mit Cengiz Aksakal, Ensar Karahan, Siddik Bilgin und Metin Atasoy, die alle später unter Folter ermordet wurden.

80 Tage nach unserer Festnahme wurden wir dem Militärstaatsanwalt vorgeführt. Ich sagte ihm, daß ich gefoltert wurde, wie er an meinem Zustand auch leicht erkennen konnte, und verlangte, zu einem Arzt gebracht zu werden. Der Militärstaatsanwalt Seyfettin vom Dienstgrad Oberst sagte mir: "Ich sehe, daß du gefoltert worden bist, aber dies kann ich dir weder bescheinigen, noch kann ich dich zu einem Arzt schicken. So lautet der Befehl des Kriegsrechtskommandanten. Wir wurden festgenommen und ins Gefängnis geschickt. Nach den Begrüßungsschlägen im Gefängnis wurden wir in die Zellen gebracht.

Uns wurde laut mitgeteilt, daß Sitzen, Rauchen und Sprechen nur mit Erlaubnis des Gefängniswärters möglich sei. Wir haben den ganzen Tag in den Zellen militärische Märsche vorsingen müssen. Dabei mußten wir Soldatenhaltung einnehmen. Wer nicht laut genug sang, wurde in die Isolationszelle gesteckt. Die Politik des Regimes des 12. September bestand darin, die politischen Gefangenen sich selbst zu entfremden, sie zu Menschen zu degradieren, die ihre Vergangenheit bereuten und von der Zukunft nichts erwarteten, sie zu Toten zu machen, die lebten aber von allen menschlichen Werten nichts innehatten. Besuchsverbote, Einheitskleidung, Briefkontaktverbot, Verhinderung von ärztlicher Behandlung, Folter, Leseverbot, Ausgangsverbot und noch eine lange Verbots- und Unterdrückungsliste waren nur da, um diese Politik zum Erfolg zu führen. Diese Politik wird heute in derselben Weise fortgesetzt. Wenn Menschen 8 Jahre nach dem Putsch immer noch den Tod in Kauf nehmen und sich gegen diese Maßnahmen widersetzen, dann nur, weil hinter dieser Politik unmenschliche Ziele stecken. Ich nehme an, daß Sie vieles zu diesem Thema ohnehin schon wissen und möchte daher nicht länger darüber sprechen.
Anderthalb Jahre nach unserer Festnahme wurden wir einem Richter vorgeführt. Es gab mit mir 937 Angeklagte in dem Artvin-Prozeß gegen die unabhängige Befreiungsbewegung Devrimci Yol. Dies ist ein Prozeß, in dem von 70 Jährigen bis zu 14 Jährigen das Volk angeklagt wurde. Ich weiß, daß all diese Menschen und deren Angehörigen gefoltert wurden. Manche Folterungen erlebte ich selbst mit, von manchen erfuhr ich aus den Erzählungen der Betroffenen und aus den Protokollen des Gerichtes.

An dieser Stelle möchte ich die mir durch den Militärstaatsanwalt vorgeworfenen Straftaten und die Gründe für die Anklage gegen mich vor dem Kriegsgericht kurz zusammenfassen, um Ihnen ein Eindruck über die Justiz des 12. September zu vermitteln.
Ich bin der Angeklagte Nr. 1 des Artvin Devrimci Yol-Prozesses. Es gibt in der Anklageschrift 5 konkrete Straftaten, die mir vorgeworfen werden:
1- Einen schwarzen Kranz vor ein Atatürk-Denkmal niedergelegt und den linken Arm hochgehoben zu haben, 1978...
2- Eine durch die Behörden erlaubte Veranstaltung für Kommunismuspropaganda organisiert zu haben, 1978...
3- Teilnahme an einer unerlaubten Kundgebung zum Protest gegen die Ermordung von 5 Menschen durch die Gendarmarie am 23.7.1979...
4- Aufbewahrung und Besitz von Schriften mit linkem Inhalt in der

Enver KARAGÖZ: "Ich stand in der Halle ganz nackt und mit verbundenen Augen."

DIE TÜRKISCHEN SOZIALDEMOKRATEN (SHP) STELLTEN SICH GEGEN DAS TRIBUNAL

Die Aktivitäten des Tribunals und die Anklage gegen das Regime in der Türkei haben den rückschrittlichen Charakter der Politik der größten Oppositionspartei SHP im türkischen Parlament noch einmal gezeigt und bloßgelegt. Die Haltung der SHP zum Internationalen Tribunal bewies zum wiederholten Male die Kapitulation der SHP vor dem Regime des 12. September.
Hier sind die konkreten Beweise dafür:

1. Das Koordinitaionskomitee des Tribunals rief neben vielen verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen auch die sozialdemokratischen Parteien in Europa auf, das Tribunal zu unterstützen und an der Jury teilzunehmen.
Eine dieser Parteien war namentlich die sozialdemokratische Partei Österreichs. Bruno Kreisky, Ex-Vorsitzende dieser Partei und Exministerpräsident, wurde eingeladen, sich an der Jury zu beteiligen. Die sozialdemokratische Partei Österreichs schrieb an die türkische SHP , um zu erfahren, was die SHP zu diesem Thema sagt. Die SHP-Leitung antwortete mit einem Brief, in dem sie betonte, daß sie das Tribunal nicht unterstütze und es falsch wäre, wenn Sozialdemokraten aus Europa daran teilnehmen würden. Auf diesen Brief hin entschied sich die sozialdemokratische Partei Österreichs dafür, an den Tribunal-Aktivitäten nicht teilzunehmen. (Eine Abgeordnete der SPD hingegen beteiligte sich am Tribunal als Jurymitglied.)

2. Zur Kulturveranstaltung *"Menschenrechte und Demokratie"* am 10. Dezember, die zur Unterstützung des Tribunals organisiert wurde, waren auch 3 Abgeordnete der SHP aus der Türkei eingeladen worden. Diese Abgeordneten nahmen die Einladung an und bereiteten sich auf die Reise in die BRD vor. Am 7. März hat der Vorsitzende der SHP, Erdal Inönü, diese Abgeordneten in sein Büro bestellt und ihnen gesagt: *"Ihr werdet Euch an der Veranstaltung in Köln nicht beteiligen, solltet ihr dies trotz meiner ausdrücklichen Untersagung tun, werdet ihr von der SHP ausgeschlossen, wenn ihr zurückkommt!"* Daraufhin konnten die Abgeordneten natürlich nicht kommen.

Diese beiden Beweise zeigen Folgendes: Die SHP verfolgt eine Linie der Sabotage des Kampfes der werktätigen Völker der Türkei gegen den Faschismus; diese Linie kann nichts mit einer demokratischen Haltung zu tun haben.

Wohnung, die von der Polizei gefunden wurden...
5- In den Gewerkschaftslokalen von TÖB-DER und TÜM-DER Referate gehalten zu haben...

Andere Vorwürfe sind:
Verantwortlicher Leiter des Provinzkomitees von Devrimci Yol in Artvin und deren politischer Ansprechpartner gewesen zu sein, der gleichzeitig die finanziellen Angelegenheiten der Organisation geleitet habe. In einer Stadt von 13.000 Einwohnern wurde gegen 50 Personen der gleiche Vorwurf erhoben.
Die für mich geforderte Strafe war die Todesstrafe nach dem Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches 146 Absatz 1 und 2...
So billig ist das Leben eines Menschen unter dem Regime des 12. September.
Mit den selben Vorwürfen und ähnlichen Anklageerhebungen wurden 229 Menschen unter Folter ermordet, 50 hingerichtet, hunderte erschossen, tausende gefoltert und 1,500.000 als "verdächtig" abgestempelt. Die Gerichte hatten keine andere Funktion als die von der Polizei ausgesprochenen Urteile, die auf unter Folter erpreßten Aussagen basieren, für gesetzlich und legitim zu erklären. Sie sind weder unabhängig noch unparteiisch, wie das auch vom Vorsitzenden des Kassationsgerichtes zugegeben wurde.
Neben vielen anderen kleineren Prozessen vor Staatssicherheitsgerichten dauern die wohl bedeutendsten Massenprozesse gegen die Bewegung Devrimci Yol und die Gruppe Dev-Sol nach wie vor an und finden immer noch vor Militärgerichten statt.
Zum Schluß möchte ich noch sagen: Das Regime des 12. September und seine zivile Nachfolgeregierung von Özal sowie all deren Maßnahmen müssen unbedingt diskutiert werden. Wenn dieses Tribunal einen Anstoß in diese Richtung geben könnte, würden die Schmerzen unseres Volkes einwenig gelindert werden und es würde uns helfen, eine schönere und hoffnungsvollere Zukunft zu erreichen. Für Ihren Beitrag in diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen allen einzeln recht herzlich."

DAS REGIME DES 12. SEPTEMBER IST FRAUENFEINDLICH!

Eine andere Besonderheit des nach dem Militärputsch installierten Regimes besteht in seiner Reproduktion der allgemeinen Unterdrückung der Frau in spezifischen Formen. Die 3. Anklageschrift wurde zur Untersuchung der spezifischen Unterdrückung der Frau vorbereitet, die von Fr. Birgül AK verlesen wurde. Nach einer Analyse der speziellen Unterdrückungsformen wurde in der Anklageschrift die Verurteilung des türkischen Regimes auch in diesem Bereich gefordert.
Danach kam Arife Kaynar, die vor dem Militärputsch eine leitende Funktion in den revolutionären Frauenvereinen innehatte, auf die Bühne. Nach einer kurzen Darstellung der allgemeinen Eigenschaften des 12. September sagte sie folgendes:

Arife KAYNAR: "KIND, KÜCHE, KIRCHE"

"Ich möchte zur Darstellung der Maßnahmen gegen verdächtigte Frauen oder weibliche Verwandte der Verdächtigten anfangen, indem ich mich selbst als Beispiel aufführe:
Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 mußte ich meinen seit 14 Jahren ausgeübten Beruf als Lehrerin aufgeben, denn mein Mann wurde als politischer Sträfling gesucht. Mit meinem 7-monatigen Baby und 14-jährigem Sohn saß ich nun auf der Straße –konfrontiert mit dem Hunger. Das Baby mußte ich nach einer kurzen Zeit meinen Eltern überlassen. Wir hatten nicht die Kraft, es zu ernähren und zu erziehen. Um weiterzuleben, übernachteten wir fast täglich in einer anderen Wohnung. Meine Familie wurde geteilt und zerstreut. Fast alle Mitglieder meiner Familie wurden auf die Polizeiwache geschleppt und die Polizei führte in ihren Wohnungen Razzien durch. Meiner 70-jährigen Mutter und meinem 60-jährigen Schwiegervater taten sie ungeachtet ihres Alters schwere Mißhandlungen an. Sie drohten ihnen, das Baby als Geisel gegen uns zu behalten. Vor ihren Häusern wurden zivile Polizeiwachen aufgestellt, weil sie dachten, ich würde kommen, um mein Baby zu säugen.
Diese menschenverachtenden Repressionen haben tausend andere Familien wie wir erfahren, einige davon leben nicht mehr. Ich möchte hier noch das Beispiel einer Familie aufführen, die ich gut kannte: Die Familie Yalcin. 2 von ihren 3 Söhnen wurden gleich nach dem Putsch festgenommen und unter Todesstrafe angeklagt, der dritte war ständig auf der Flucht. Der Vater starb, weil er die Repressionen nicht mehr aushalten konnte. Die Mutter wurde psychisch krank, als sie nach dem Tod ihres Mannes allein blieb, und sie starb daraufhin auch. All dies sind Ereignisse, die gleich nach dem Putsch abliefen. Die Beispiele können unendlich fortgesetzt werden: Döndü Aydin, die den Aufenthaltsort ihres Mannes nicht wußte, wurde in Folge der Zusammenarbeit der Ärzte mit der Polizei getötet (Ort: Yozgat, das Dorf Sariliören).
Während der Operationen der Polizei und Armee wurden viele Kinder gemeinsam mit ihren Müttern und Vätern zur Folter verschleppt... Beispiel: Die Familie Oya und Orhan Yüce werden nach der Polizeirazzia in ihrer Wohnung gemeinsam mit ihrer 4-jährigen Tochter Cigdem auf die Polizeiwache geschleppt, sie verbringen die Nacht dort. Cigdem, die das, was sie gesehen hat, nicht begreifen kann, stellt an ihre Mutter tausend Fragen:

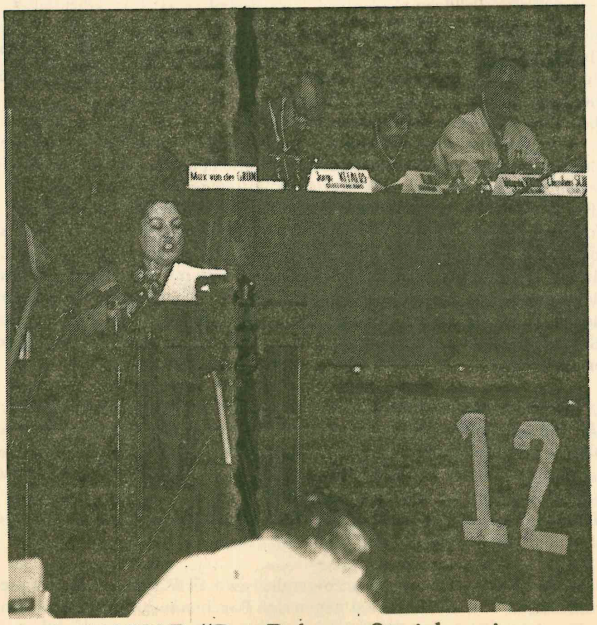
"Warum sind die Augen dieser Onkel verbunden? Warum schreien die Onkel oben? Warum sind wir hier?" Dieses sind nur einige der Fragen...
Im 3. Teil der Verfassung von 1982 steht unter Paragraph 41 mit der Überschrift "Schutz der Familie" folgendes: "Die Familie ist die Grundlage der türkischen Gesellschaft. Der Staat trifft die notwendigen Vorkehrungen für das Glück und Wohl der Familie und besonders zum Schutze der Mutter und der Kinder." Danach hat das Regime des 12. September selbst nach seiner eigenen Verfassung schwere Verbrechen begangen...

Das Volk der Türkei wurde bei den Operationen Zeuge sowohl komischer als auch beängstigender Ereignisse. Während dieser Operationen hat man jegliche Werte des Volkes angegriffen. Die Sachen wurden durchwühlt, zerstört, obwohl immer wieder Schmuckstücke der Frauen beschlagnahmt wurden, sind sie nicht ins Protokoll aufgenommen worden. Selbst die Spielzeuge der Kinder wurden einfach mitgenommen. Die Stadt Usak/Ulubey. Datum: Dezember 1980. Während einer allgemeinen Razzia wird auch das Haus einer Familie durchsucht, von der der Vater in der BRD arbeitet; die aus der BRD mitgebrachten Spielzeuge der Kinder werden von den Sicherheitskräften geklaut. Die Kinder liefen hinter der Truppe her und forderten weinend ihr Spielzeug zurück. Die Truppe, die vor allen auf der Straße bloßgestellt wurde, mußte die Spielzeuge wieder herausrücken.
Neben diesem komischen Ereignis möchte ich auch ein beängstigendes und barbarisches Ereignis, erlebt in Ardahan, hier erwähnen. Zuhal (14) und Nilgün (15) wurden nach einer Hausdurchsuchung von den Offizieren des Kriegsrechts in die Berge verschleppt und dort vergewaltigt, danach wurden sie erschossen. (Quelle Demokrat Türkiye).
Die armen türkischen und kurdischen Bauern wurden ausgezogen und bastonniert. Im Mai 81 wurde die Dorfbevölkerung auf dem Dorfplatz gesammelt, Frauen und Männer wurden voneinander getrennt. Den Männern wurde gedroht, vor ihren Augen würde man die Frauen, besonders junge Mädchen vergewaltigen. Schließlich schrie ein 80-jähriger Greis, der diese Situation mit seinem Stolz nicht vereinbaren konnte: "Ich bin der Lenin, ich bin der Organisationsführer dieses Dorfes, laßt die Frauen los, macht mit mir, was ihr machen wollt..."

Dies sind nur einige Ereignisse, die nach dem Putsch Alltag waren und sind. Nun kurz zu den Folterungen während der Untersuchungshaft und des Verhörs: Ich möchte hier das Beispiel von Güner Akkus aufführen, mit der ich eine zeitlang gemeinsam arbeitete. Güner wurde als Mitglied von Usak Devrimci Yol festgenommen. Nach ihrer Festnahme wurde sie während des Verhörs vergewaltigt und nach der Vergewaltigung wurde sie psychisch krank. Sie wurde daraufhin entlassen. Sie wurde eine zeitlang in einem Krankenhaus in Manisa behandelt, konnte aber nicht wieder gesund werden. Trotz all der Mißhandlungen wird ihr Name weder in Prozeßunterlagen noch in den Unterlagen der Urteilsverkündung erwähnt. Ich habe sie hier, ich kann sie zeigen..."

Arife Kaynar, die ihre Rede mit konkreten Beispielen füllte, führte dann die Situation der Frau im gesellschaftlichen Leben und die Übergriffe des türkischen Regimes aus. Nachdem sie die vom Regime vorgeschriebenen Funktionen der Frau im Bildungsbereich, im täglichen Leben und in der Arbeitswelt zusammenfassend darlegte, betonte sie, daß die Sexualausbeutung und -unterdrückung der Frau nach dem Militärputsch legitimiert wurde. Arife Kaynar beendete ihre Rede mit den folgenden Sätzen:

"Zum Schluß können wir sagen, daß mit dem 12. September die Frau praktisch isoliert wurde und wird. Man versucht sie, in dem Dreick Kind, Küche, Kirche zu beschränken. Es gibt keine andere Erklärung für die Tatsache, daß der Anteil der Frauen in der Arbeitswelt unter 30 % herabgedrückt werden soll. D.h. unsere Gesellschaft erkennt zunehmend immer weniger das Arbeitsrecht für die Frauen an und beschneidet zunehmend die Freiheiten der Frauen, die mit dem Arbeitsrecht verbunden sind.
LAßT UNS NICHT VERGESSEN! Es kann von einer Demokratisierung der Gesellschaft nicht die Rede sein, wenn 25 Millionen Frauen einer 55 Millionen zählenden Bevölkerung keine demokratischen Rechte gewährt, oder die existierenden Rechte abgeschafft oder begrenzt werden."



Arife KAYNAR: "Das Baby mußte ich meinen Eltern überlassen..."

Sevim OKKAYA: DIE FRAUEN WURDEN GEZWUNGEN, DEN PREIS FÜR IHR FRAUSEIN ZU BEZAHLEN!

Die zweite Zeugin zu diesem Thema war Sevim Okkaya, die nach dem Militärputsch 5,5 Jahre in verschiedenen Militärgefängnissen verbrachte. Frau OKKAYA erzählt:
"Der Putsch und die Putschisten haben in der Türkei und in Türkei-Kurdistan tausende von Schanddokumenten hinterlassen. Nach dem Militärputsch sind Frauen in der Türkei Opfer von besonderen Unterdrückungsmaßnahmen geworden, allein aufgrund ihres Frau-Seins, sie wurden auf brutale Weise gezwungen, den Preis dafür zu zahlen.
Es ist schmerzlich und zugleich für einen Menschen beschämend, darüber zu berichten, wie tausende von Mädchen und Frauen nach dem Militärputsch von der Polizei mißhandelt und erniedrigt wurden. Ich werde nur von einem Teil dieser Unterdrückungsmaßnahmen hier berichten können.
Jede Frau, die auf die Polizeiwachen geschleppt wurde, war in erster Linie physischen und psychischen Folterungen ausgesetzt, die auf ihr Geschlecht zielten. Es ist möglich, über die Foltermethoden detaillierter zu berichten, daß die Frauen ganz nackt ausgezogen wurden, daß in ihre Geschlechtsorgane Strom geleitet wurde, daß in ihre Vagina Polizeiknüppel gesteckt wurden, daß sie der ständigen Bedrohung, vergewaltigt zu werden, ausgesetzt waren, daß sie vergewaltigt wurden etc... Noch vor kurzer Zeit stellte Mevali Yasar einen Antrag an die verantwortlichen Behörden, in dem er ausführlich über die Verhaftung von sich selbst und seiner beiden Töchter berichtet. Er schreibt in diesem Antrag, daß seine kleinere Tochter von 18 Jahren während der Polizeihaft schwer gefoltert und vergewaltigt wurde, daß sie nach der Vergewaltigung umgebracht wurde. Die Polizeibehörden erklärten dem Vater nach seiner Freilassung, seine Tochter hätte Selbstmord begangen. Dieser Fall ereignete sich am 30. September 1985 und wurde 1987 auch von der Presse aufgegriffen. Nachdem die Presse über den Fall berichtete, erklärten die zuständigen Polizeibehörden und das Justizministerium öffentlich, der ärztliche Bericht zu diesem Fall sei verschwunden.
Dieser Fall ist kein Einzelfall in der Türkei und ist exemplarisch für die besonderen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Frauen und für Verschleierungsversuche seitens des Regimes.
Hunderte von Frauen, die schwanger waren, wurden genauso wie die anderen gefoltert. Für die Folterer war die Schwangerschaft kein Grund, um etwa die Folterungen "abzumildern". Ein Teil dieser schwangeren Frauen haben unter Folter ihre Babys verloren, andere mußten unter den schwersten Bedingungen der Militärgefängnisse gebären und ihre Kinder groß erziehen. In den meisten Fällen setzten die Folterer schwangere Frauen mit der Bedrohung unter Druck, sie würden das Kind aus dem Bauch der Frau herausholen, um diese Frauen zu Geständnissen zu zwingen. Die Folterer mißhandelten die Kinder, um Frauen zum Reden zu bringen. Diese Kinder, deren genaue Zahl niemand weiß, mußten die ungerechte Strafe für ihre Mütter mitverbüßen. Sie mußten am Schicksal ihrer Mutter teilnehmen.
Die große Presse, die nach dem Putsch alles daran setzte, dem Regime am besten zu dienen, trug dazu bei, daß festgenommene Frauen in der Gesellschaft und in ihrem Bekanntenkreis erniedrigt wurden, etwa mit Zeitungsüberschriften wie "Weibliche Militantin verhaftet", "die Liebhaberin des Organisationsgehirns ist verhaftet", " Weib mit Revolutionstrauung verhaftet" etc.
Es gibt in der Türkei Militärgefängnisdirektoren wie etwa Esat Oktay Yildiran, der in öffentlichen Erklärungen ungestraft folgenden Satz sagen konnte: "Ich empfinde Lustgefühle, wenn ich Frauen foltere. Frauengeschrei ist für mich die schönste Musik". *(Er wurde doch bestraft, kurze Zeit vor dem Tribunal wurde er in Istanbul erschossen! Anm. T.I.)*
Die Repressionen, die in Polizeiwachen anfingen, wurden in Gefängnissen fortgesetzt. Die Kleider der Frauen wurden während Zellendurchsuchungen zerrissen, auf verschiedenen Körperstellen der Frauen wurden Zigaretten ausgedrückt. Es wurde eine sogenannte Geschlechtskontrolle bei weiblichen Gefangenen vorgenommen, die in andere Gefängnisse verlegt werden sollten, um festzustellen, ob sie Geschlechtsverkehr gehabt haben oder nicht. Diese sind nur ein Teil der Foltermaßnahmen, deren Zeugin auch ich wurde, oder die ich erlebt habe. Einen Monat nach dem Militärputsch wurde ich verhaftet. Nach meiner Festnahme verbrachte ich einen Monat auf der Polizeiwache in einer Isolationszelle, dann wurde ich ins Gefängnis verlegt. Die Dauer der Untersuchungshaft betrug damals noch 30 Tage, später wurde sie auf 90 Tage verlängert. 81 fing das Verfahren gegen uns an. Wir protestierten gegen die Art und Weise der Prozeßführung, aus diesem Grund wurden wir vom Verfahren ausgeschlossen, so daß das Gericht mich dann in Abwesenheit, ohne daß ich mich verteidigt hätte, zu 13 Jahren und 4 Monaten schwerer Gefängnisstrafe verurteilte. Darüberhinaus sollte ich nach meiner Entlassung über 4 Jahre in Verbannung leben. Ich verbrachte insgesamt 5,5 Jahre im Gefängnis. Ich habe während dieser Zeit viel Unmenschliches erlebt und von meiner Gesundheit viel eingebüßt. Aber es gibt schlimmere Fälle: z. B. der Fall von Aysel Zehir. Aysel beteiligte sich im Militärgefängnis Metris 66 Tage lang an einem Hungerstreik gegen die schlechten Bedingungen im Gefängnis. Weil ihr die ärztliche Behandlung nach dem Hungerstreik versagt wurde, ist sie seitdem in einen Zustand ständiger Bewußtlosigkeit gefallen. Nach ihrer Freilassung haben die Ärzte in der Türkei gesagt,

eine Behandlung sei in der Türkei unmöglich, daher müsse sie ins Ausland fahren. Trotz der Proteste ihrer Familie und der Öffentlichkeit bekommt sie aber keinen Paß.

Während auf Polizeiwachen und in Gefängnissen die Gefangenen all dies erleben und über sich ergehen lassen mußten, wurden tausende von Müttern vor den Gefängnissen und Polizeiwachen erniedrigt und mißhandelt. Sie haben aber ihre Töchter und Söhne in den Gefängnissen nicht allein gelassen.
Es gibt in der Türkei keine Tür mehr, an der sie nicht geklopft hätten, um für die Situation ihrer Kinder in den Gefängnissen Aufmerksamkeit zu finden, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Es gibt aber auch keine Mißhandlung, die sie nicht erlebt hätten. (...)

DIE UNTERDRÜCKUNG DER KURDEN WURDE SYSTEMATISCHER UND BARBARISCHER

Ein anderes wichtiges Thema des Internationalen Tribunals war die Repressionspolitik des türkischen Staates gegen die Kurden. Nach der Verlesung der Anklageschrift zu diesem Thema trat der Rechtsanwalt Serafettin Kaya als Zeuge an Rednerpult. Im ersten Teil seiner Rede schilderte er die Geschichte der Kurden, gab konkrete Zahlen und Angaben über den Teilungsprozeß Kurdistans, die geographische Lage Kurdistans und setzte dann seine Rede wie folgt fort:

"DIE TÜRKEI, KURDISTAN und DIE LAGE DER KURDEN

Gegenwärtig überwiegt in allen 4 Teilen Kurdistans der Kolonialismus. Das Volk lebt unter Unterdrückung und Repressalien. Alle 4 Staaten fühlen sich durch die Forderungen der Kurden gestört, haben davor Angst. Deswegen sind sie gegenüber Kurden aggressiv.
Der türkische Staat aber ist gegenüber der kurdischen Frage sensibler als die anderen Staaten, er ist in seiner Politik und seinen Maßnahmen bewußter. Seine Sichtweise des Problems ist anders, intoleranter und brutaler.
Die Bildung in der Türkei, die kulturellen Traditionen, die soziale und politische Struktur haben sich nach der kemalistischen Ideologie geformt. Der Kemalismus in der Türkei ist der ideologische und politische Ausdruck des Türkischen Nationalismus (Chauvinismus) gegenüber der ethnologischen Struktur der Türkei, gegenüber der Existenz des kurdischen Volkes. Diese Ideologie ist offizielle Staatsideologie und wird in der Türkei im Allgemeinen akzeptiert.
Aus diesem Grunde sind alle Regierungen, Parlamente, die Armee, Universitäten, Gerichte, Presseorgane, TV und Radio und andere Institutionen gegenüber dem Kurdenproblem konditioniert, sie sind unnachgiebig und sind daher taub gegenüber den Repressalien in Kurdistan.
Dies ist der Grund dafür, daß die Sichtweise der Türkei sich von der Sichtweise der anderen 3 Staaten gegenüber dem "Kurdenproblem" unterscheidet, daß sich seine Maßnahmen, seine Politik in Nordkurdistan von den anderen abhebt.
Über ein Drittel der Landfläche der Türkei gehört den Kurden, über ein Viertel ihrer Bevölkerung sind Kurden. Und alle Reichtümer Kurdistans und sein Menschenpotential werden von der Türkei ausgebeutet.
Trotz dieser Tatsache aber
a) akzeptiert die offizielle Ideologie in der Türkei nicht, daß innerhalb der gegenwärtigen Grenzen der Türkei ein Volk namens "Kurden" lebt, daß es eine Sprache "Kurdisch" gibt und daß es eine geographische Region "Kurdistan" gibt.
b) verfügt das kurdische Volk in der Türkei über kein national-demokratisches Recht:

Rechtsanwalt Serafettin KAYA

1.) Es ist verboten, daß Kurden kurdisch sprechen, ihre Gedanken auf einer Versammlung kurdisch ausdrücken, in kurdischer Sprache Veröffentlichungen, Kasetten, Filme etc. herausgeben.
Es ist durch das Gesetz Nr. 2932 vom 19.10.1983 ausdrücklich klar gestellt, daß der Begriff der "verbotenen Sprache" in den Artikeln 26 und 28 der türkischen Verfassung von 1982 Kurdisch meint. Mit diesem Gesetz wurden auch die Strafmaße für diejenigen festgelegt, die gegen dieses Verbot verstoßen.
2.) Bildung in kurdischer Sprache ist verboten.
Dies verbietet der Artikel 42 der türkischen Verfassung. Der Artikel besagt: "Eine andere Sprache als Türkisch kann in Bildungsinstitutionen den türkischen Staatsbürgern nicht als Muttersprache beigebracht werden."
Viele Lehrer, Mitglieder von TÖB-DER wurden verfolgt, weil sie vor dem Putsch dieses Verbot umgingen.
3.) Es ist verboten, daß sich eine Person Kurde nennt und ihre Nationalität in Privat- oder anderen Angelegenheiten betont.
Der Landwirtschaftsminister von 1977-78 Serafettin Elci äußerte sich zur damals laufenden Diskussion und sagte: "Was ist dabei, ich bin auch Kurde. Es gibt in der Türkei ein Volk namens Kurden." Damals wurde er von einer Regierung, der Presse bombardiert. Nach dem Putsch wurde er wegen dieser Aussage nach fast 3 Jahren vor Gericht gestellt und zu 3,5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.
4.) Es dürfen keine politischen, demokratischen oder Berufsorganisationen gegründet werden, die Kurden zusammenbringen und national-demokratische Rechte der Kurden zum Inhalt haben.
Die betreffenden Artikel der Verfassung sowie das Parteien- und Vereinsgesetz verbieten dies ausdrücklich.
5.) Kurdische Namen und Nachnamen und deren Eintragung beim Anmeldeamt sind verboten.
Im Gesetz über Namen, im Anmeldegesetz und den betreffenden Verordnungen ist dieses Verbot ausdrücklich zu finden. Bei Zuwiderhandlung kann die betreffende Person auf Beschluß des Gerichtes ohne ihren Willen umbenannt werden.
6.) Es ist verboten, daß sich Geschäfte kurdische Bezeichnungen und Namen geben, daß die Kurden ihre nationalen und traditionellen Feste feiern oder ihre nationalen Farben symbolisch darstellen.
Es gibt in der Türkei Gesetze, die nur zu diesem Zweck erlassen wurden, wie z.B. das Gesetz zum Verbot der kurdischen Tracht, das Gesetz über Feste und Feiertage...
Die Gendarmarie und die Polizei erhielten mit derartigen Gesetzen die Macht, die Kleidungsstücke der Kurden zu beschlagnahmen. Ich kann sagen, daß hunderttausenden von Kurden ihr Schal vom Kopf gerissen wurde. Aus diesem Grunde trägt ein Kurde, der in die Stadt kommt, auch eine Mütze mit sich. Wenn er die Polizei sieht, nimmt er sich die kurdische Kopfbedeckung ab und setzt die Mütze auf.
7.) Wissenschaftliche Untersuchungen zur kurdischen Sprache und Kultur zu ihren sozioökonomischen Strukturen sind verboten.
Der Soziologe Ismail Besikci wurde wegen all seiner Untersuchungen in diesem Bereich einzeln verfolgt und bestraft. Wegen dem Inhalt eines Briefes von ihm an den PEN-Club der Schweiz wurde er zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.
c) Die Reichtümer Kurdistans werden ganz in den Westen der Türkei transferiert. Während die westliche Türkei sich entwickelt, läßt man Kurdistan unter Unterentwicklung leiden. Das Volk wird bewußt zum Hungern und zur Armut verurteilt.

Kurdistan ist ein reiches Land. Es gibt in Kurdistan Erdöl, Kohle, Eisen, Phosphat, Krom, Kupfer und viele andere Vorkommen. Es hat natürliche Energiequellen. Kurdistan ist auch ein Depot für landwirtschaftliche Güter wie Weizen, Tabak und Baumwolle. Viehzucht ist sehr verbreitet.
Der türkische Staat schöpft laut Statistik etwa 52.2 % seiner Industriegüter aus Kurdistan. 32 % des Weizenangebots der Türkei kommt aus Kurdistan. Trotz seiner großen Beteiligung bekommt Kurdistan den geringsten Betrag aus dem nationalen Einkommen der Türkei: ca.3 %.
Diese Reichtümer Kurdistans werden nach Westen gebracht. Die Energie besorgt man sich von Kurdistan. Die transferierten Reichtümer werden im Westen bearbeitet. So zwingt man die Kurden zum Aussiedeln.
Die Kurden, die zu den Industriezentren im Westen der Türkei strömen, sind gezwungen, Schwerstarbeit anzunehmen. Sie bilden ein Reservoir billiger Arbeitskräfte. Dies erleichtert auch die Assimilation der Kurden, Ziel offizieller Staatspolitik. Das ist überhaupt das eigentliche Ziel.

d) Um all das oben Aufgeführte auch zu sichern und Aktionen und Aufstände mit nationalen Forderungen zu unterdrücken, sind 2/3 der türkischen Armee in Kurdistan stationiert. In ihrem Wesen ist diese Armee eine Okkupationsarmee. So verhält sie sich auch. Von Zeit zu Zeit überfällt sie die Dörfer. Die Bauern werden massenweise zusammengeschlagen. Proben für zukünftige Massaker werden durchgeführt. Die Bauern werden in Panik und Schrecken versetzt. Die kurdischen Intellektuellen werden verfolgt. Von Zeit zu Zeit werden sie eingekerkert. Die traditionellen Feindschaften zwischen verschiedenen Clans und Familien werden geschürt, die religiösen Unterschiede provoziert und in die Höhe getrieben.

e) In Kurdistan sind die Gesetze nicht gültig. Nach Befehlen und Anordnungen verhalten sich die Staatsmächte, Willkür ist das Prinzip. Es kann auch nicht davon die Rede sein, daß die Gesetze wie in anderen Teilen der Türkei Anwendung finden. Verantwortung für willkürliches Verhalten gegen Gesetze gibt's auch nicht. Z.B. wird nicht nur die Person in Kurdistan verfolgt, die eine kriminelle Tat begangen haben soll, sondern die ganze Familie. Es sind in Kurdistan übliche Ereignisse, daß anstatt der Person auf der Flucht, die ganze Familie, die Eltern, Geschwister etc. monatelang auf Polizeiwachen eingekerkert und gefoltert werden. Solche Ereignisse gehören in Kurdistan zum Tagesgeschehen. Es ist eins der kleinsten Übel an Repressionen, daß alle Dorfbewohner auf dem Dorfplatz gesammelt und mißhandelt werden, bis eine Person aus dem Dorf, die auf der Flucht ist, sich ergibt. Niemand hat die Sicherheitskräfte wegen dieser täglichen Ereignisse zur Verantwortung gezogen.
(...)
Wie bekannt, erreichte nach dem Militärputsch der Staatsterror seine größten Dimensionen. Die kurdischen Intellektuellen und Revolutionäre wurden eingekerkert, kurdische Dörfer und Städte überfallen. Um die Organisation zu zerschlagen, ihre militanten Kader zu erwischen, vermehrte sich die Zahl der Polizei- und Armeeoperationen. Nach den Eintragungen beim Justizangestellten in Diyarbakir wurden zwischen dem 26. September 1980 und 20.2.1982 116.800 Kurden festgenommen, gegen die strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet wurden.
Die Überfälle auf Dörfer wurden systematisiert, die Folterungen verstärkt. In Gesamt-Kurdistan wurden über 200.000 Menschen verhaftet, die Gefängnisse in Folterzentren umgewandelt. Angefangen beim Militärgefängnis Diyarbakir wurden in allen Gefängnissen in Kurdistan die Gefangenen täglich gefoltert.

DIESE SITUATION IN KURDISTAN IST EINE KONTINUIERLICHE UND STRUKTURELLE SITUATION!

– Seit der Gründung der türkischen Republik ist es die offizielle Staatsideologie, daß es im Land keine Kurden gibt, daß es kein kurdisch gibt, daß die anderssprachigen Menschen im Osten Bergtürken seien etc.
– Alle Grundgesetze und -institutionen der Türkischen Republik basieren auf dieser These. Die ökonomischen, sozialen und kulturellen Repressionen rühren von dieser These her. Somit hat das kurdische Volk keine sozialen und politischen Rechte. Etwas, was nicht existiert, kann auch keine Rechte haben, dies ist die Logik des Staates.
– Alle Bildungsinstitutionen des Staates sind nach dieser These geformt. Von Hauptschulen bishin zu Universitäten gibt es kein Wort über Kurden. Auch für wissenschaftliche Untersuchungen gilt es, sich innerhalb dieses ideologischen Rahmens zu bewegen. Es darf keine wissenschaftliche Untersuchung geben, die die offizielle Ideologie widerlegt.
– Die Assimilation der Kurden gehört zu den Hauptaufgaben des Bildungssystems. Aus diesem Grunde werden kurdische Kinder mit Zukunftsversprechen oder Gewalt von ihren Familien getrennt und in Internaten erzogen. In diesen Schulen werden die Kinder in einer feindlichen Stimmung gegenüber ihrem eigenen Volk erzogen...
– Die Geschichte der Türkei wurde nach der Gründung der Republik von neuem geschrieben. Alle historischen Tatsachen wurden verfälscht. Die offizielle Ideologie lag der Geschichtsschreibung zugrunde, sie basiert auf Lügen. Aus diesem Grund ist die geschaffene Geschichte eine leere Phrase.
– Ob man Rechte hat oder nicht, ist in der Türkei davon abhängig, ob man Türke ist oder nicht. Es ist unmöglich, daß ein Mensch beim Staat angestellt wird, der offen sagt, daß er Kurde ist. Wenn es Ausnahmen gibt und dies bekannt wird, wird er vom Dienst suspendiert.
(...)

Zur gegenwärtigen aktuellen Lage in Kurdistan:

1. Die Repressionen in Kurdistan halten unvermindert auch heute an.
2. Immer noch sind tausende von Revolutionären, Demokraten und kurdischen Intellektuellen im Knast.
3. Die Repressalien in den Gefängnissen haben relativ abgenommen, halten aber bei gleichen Zielen weiterhin an.
4. Für diejenigen, die von den Kemalisten als gefährlich eingestuft werden, gibt es nach wie vor die Gefahr, daß sie umgebracht werden, sie werden auch heute umgebracht.
5. Die politischen Gefangenen und deren Eltern sind wieder im Hungerstreik, um gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu protestieren.
6. Der Sondergouverneur für kurdische Gebiete läßt seine Soldaten die Kurden nach wie vor massakrieren.
7. Trotz Aufhebung des Kriegsrechts

P.A.C.

Pan Africanist Congress of Azania (South Africa)

AUSTRALASIAN OFFICE

22 APRIL 1988

Committee for Human Rights and
Democracy in Turkey
International Co-ordinator
C/- R. Öncan
Postfach 910843
D3000 Hanover 91
West Germany

Dear Cdes,

Receive revolutionary greetings from the Australasia and South Pacific Office of the Pan Africanist Congress of Azania (PAC), the genuine custodian of the land-dispossessed, politically oppressed and economically super-exploited african masses of Azania (Apartheid South Africa).

My office has in the last few years learn, through the campaigns of the local (Australian) Committee for Human Rights and Democracy in Turkey, of the various human rights abuses and atrocities perpetraited against the people of Turkey, and of which the latest blatant genocidal murder against the Kurdish people is a case in point. We also note with appreciation that the democratic and progressive forces in Turkey have kept up, against overwhelming odds, their momentum of opposing the military dictatorship which thrives upon the dominance of the Turkish People and the support afforded the dictatorship by foreign powers and business.

We welcome the establishment of the International Tribunal Against the Regime in Turkey as a positive step towards concretising international support for victims of the Regime in Turkey. We do not believe in empty slogans nor pious noises of mock support if we are serious in our efforts to end dictatorship in Turkey. The PAC salutes you and wish you well in your courageous campaign (project). We fully support the aims of the International Tribunal being held in Koln, West Germany from 9-11 September,1988.

Yours in Solidarity

Maxwell Nemadzivhanani

(Australasia and South Pacific Chief Representative of
the Pan Africanist Congress of Azania)

External Headquarters:
P.O. Box 2412
Dar-Es-Salaam
Tanzania
Telephone 27957
Telex 41578 PACE

Australasian Offices:
Chief Representative
P.O. Box 1715
Canberra City 2601
Telephone (062)
Telex AA 62614 REF CA 063

Sydney Office:
P.O. Box 43
Chippendale 2008
Telex AA 21822 SY 228

gibt es nach wie vor Kriegsgerichte. Sie fällen auch heute Urteile, die auf Folteraussagen basieren.
8. Neben Militärgerichten gibt es auch Staatssicherheitsgerichte. Sie setzen ihre Tätigkeit derart fort, daß man sogar den Militärgerichten nachweinen möchte.
9. Folter ist nach wie vor an der Tagesordnung. Die Folterer werden immer noch in Schutz genommen.
10. Es gibt eine zivile Regierung. Sie regiert mit der Verfassung der Militärjunta und ihren Gesetzen. Sie ist in einer heiligen Allianz mit dem Regime des 12. September. Es gibt nichts, was für das kurdische Volk anders wäre...

Wie wir oben geschildert haben, sind nicht die Regierungen an der Unterdrückung des kurdischen Volkes schuldig, sondern der Staat der Türkischen Republik. All das, was wir oben geschildert haben,
– verstößt gegen die Artikel 38,39 des Abkommens von Lausanne,
– gegen die allgemeine Menschenrechtsdeklaration,
– gegen die Prinzipien des Abkommens von Rom zum Schutze der Grundrechte der Menschen,
–gegen die Schlußakte von Helsinki...
Die Türkei ratifizierte all diese Dokumente und Abkommen. Sie hat die Pflicht, diese einzuhalten. Dazu noch, die Prinzipien in diesen Abkommen sind ein Maß dafür, ob man modern und demokratisch ist oder nicht. Es sind Prinzipien, an denen sich die ganze Menschheit zu halten hat. Der türkische Staat betreibt hier ein Doppelspiel.
Zum Schluß: DER STAAT DER TÜRKISCHEN REPUBLIK IST VOR DEM KURDISCHEN VOLK UND DER GANZEN MENSCHHEIT SCHULDIG!"

Nach der Rede von Serafettin Kaya hat der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker Alexander Sternberg zum Thema der Unterdrückung des kurdischen Volkes und anderer Minderheiten gesprochen. Auch er forderte die Jury auf, die türkische Republik wegen ihrer Minderheitenpolitik zu verurteilen.

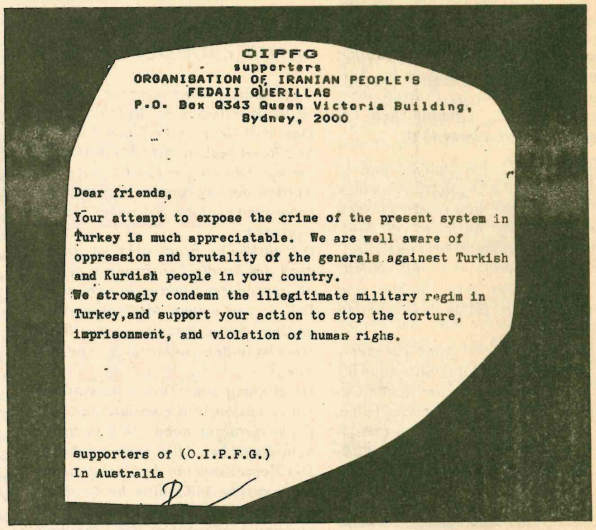
Yücel TOP erzählte von den Angriffen des 12. September-Regimes auf die Rechte der Arbeiterklasse, vom DISK-Prozeß und der gegenwärtigen Situation. Yücel TOp verglich die gesetzliche Situation in der Türkei mit den internationalen Abkommen, nachdem er betonte, daß die Gesetze und Anordnungen zur Regulierung der Arbeiter-Arbeitgeberbeziehungen antidemokratisch und mit den Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO unvereinbar sind.

Nach Yücel Top betrat der Vorsitzende der Lehrervereinigung TÖB-DER, Gültekin GAZIOGLU, die Bühne. GAZIOGLU schilderte die Entstehung und Entwicklung von TÖB-DER und ihren Kampf. Er sagte, daß nach dem 12. September-Putsch der Putschgeneral Kenan Evren in seinen Reden TÖB-DER angegriffen hat, daß daraufhin ein Prozeß gegen TÖB-DER eingeleitet wurde, hunderte von TÖB-DER Mitgliedern verhaftet und gefoltert wurden. Im Prozeß gegen die zentrale Leitung TÖB-DER's seien ihre gesetzlichen Aktivitäten bis zum Putsch im nachhinein als illegale Aktivitäten eingestuft und angeklagt worden und die 54 Leitungsmitglieder zu schweren Strafen verurteilt. Gültekin Gazioglu setzte seine Rede wie folgt fort:
"Die Angeklagten im TÖB-DER Prozeß wurden erstens entgegen dem Prinzip des unabhängigen Richters vor Militärgerichten angeklagt. Diese Gerichte sind nicht unabhängig; die Richter und Staatsanwälte sind Offiziere, die der Armeedisziplin unterstehen. Einer der Richter Üstün Günsan im TÖB-DER Prozeß erzählte der Presse später, wie sie unter Druck gesetzt worden sind. Folgende Worte sagte der Militärrichter Üstün Günsan: 'Nach meiner Auffassung wurden die Prozesse nach dem 12. September so geführt, als ob sie gegen den Feind eingeleitet worden wären. Es war ein Fehler, die angeklagte Person schon am Anfang in den Köpfen vorzuverurteilen. Nach dem 12. September passierte leider nur dies.' Nach meiner Auffassung ist dies nicht nur ein Fehler sondern Justizmord. Dies ist ein grober Angriff auf alle Errungenschaften der Menschheit, auf die Rechte und die Gerechtigkeit.

Der Prozeß gegen TÖB-DER und ähnliche Prozesse sind Beispiele dafür, wie Gewalt die Gerechtigkeit und das Recht abgeschafft hat.
Der Prozeß gegen TÖB-DER ist Ausdruck eines politischen Verständnisses, das die Lehrer in der Türkei als potentiell Schuldige betrachtet. Dieses Verständnis blieb nicht nur dabei, TÖB-DER zu verbieten, es verbot Lehrern jegliche Form der Organisierung. Zur Zeit können die Lehrer in der Türkei überhaupt keine Gewerkschaft, keinen Verein oder Berufsverbände gründen.

Trotz der Behauptungen von der Rückkehr zur Demokratie, trotz internationaler Abkommen halten diese Maßnahmen gegen die Menschenrechte und -freiheiten an. Das Organisationsverbot für Lehrer erklärt auch den TÖB-DER Prozeß.
Die Regierungen nach dem Militärputsch wollten die Gesellschaft über die Bildung konditionieren, wollten Menschen vom selben Typ erziehen und schlossen TÖB-DER, da sie sie als Hindernis bei ihrem Vorhaben sahen. 20.000 Mitglieder und Funktionäre der TÖB-DER wurden vom Dienst suspendiert. Hunderte von unseren Mitgliedern mußten nach West-Europa flüchten.
Nach dem 12. September wurde die wissenschaftliche, finanzielle und verwaltungsmäßige Autonomie der Hochschulen und Unis völlig beendet, sie wurden über einen neu geschaffenen Rat (YÖK) dem Staatspräsidenten unterstellt.
Nach dem 12. September wurde Religionsunterricht bis zur letzten Klasse des Gymnasiums zur Pflicht gemacht. Man wollte das Bildungsleben der Herrschaft einer rassistischen, chauvinistischen und reaktionären Auffassung namens "Türkisch-Islamische Synthese" ausliefern. Man tat dies auch.
Nach dem Militärputsch wurden die demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes hinsichtlich der Bildung brutal unterdrückt, die assimilative traditionelle Politik wurde verstärkt fortgesetzt.
(...)
Die Regierungen des 12. September sind vor der Demokratie und der Menschheit schuldig, weil sie ohne Straftat Strafen verhängten, TÖB-DER schlossen, den Lehrern Organisationsverbot erteilten, das Leben der Lehrer verdunkelten..."

Als letzter Zeuge zu diesem Thema trat Reinhard HOCKER, Ex-Vorsitzende der GEW-Köln, auf. Reinhard Hocker betonte noch einmal die Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei. Als Augenzeuge, er war nach dem Putsch mehrere Male zur Prozeßbeobachtung in der Türkei, erzählte er von den Aktionen der Arbeiter in den letzten Jahren.


OIPFG
supporters
ORGANISATION OF IRANIAN PEOPLE'S
FEDAII GUERILLAS
P.O. Box G343 Queen Victoria Building,
Sydney, 2000

Dear friends,
Your attempt to expose the crime of the present system in Turkey is much appreciatable. We are well aware of oppression and brutality of the generals againest Turkish and Kurdish people in your country.
We strongly condemn the illegitimate military regim in Turkey,and support your action to stop the torture, imprisonment, and violation of human righs.

supporters of (O.I.P.F.G.)
In Australia

Gültekin GAZIOGLU, Vorsitzende der Lehrergewerkschaft TÖB-DER, die verboten wurde...

ES GIBT KEINE GEWERKSCHAFTLICHEN RECHTE UND FREIHEITEN IN DER TÜRKEI

Die Anklageschrift zur Situation der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten in der Türkei wurde von Günes Bölmez vorgetragen. Daraufhin ergriff der Europavertreter der DISK (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) als Zeuge das Wort.

Turgan ARINIR: DIESE VERFASSUNG TRÄGT EINE UNIFORM

Das 6. Thema der Anklage gegen das Regime in der Türkei waren die gesetzlichen Grundlagen des Staatsterrors in der Türkei und die Verfassung der Generäle von 1982. In der Anklageschrift wurde betont, daß die Verfassung von 1982 die gesetzliche Hauptgrundlage des nach dem faschistischen Militärputsch geschaffenen Regimes darstellt. Im Namen des Koordinationskomitees wurde die Verurteilung auch dieser Verfassung gefordert.
Nach der Verlesung der Anklageschrift wurde die Grußbotschaft des Proffesors Server Tanilli verlesen, der als Experte auf dem Gebiet des Verfassungsrechts als Zeuge eingeladen worden war aber wegen seiner schweren Krankheit nicht erscheinen konnte. Danach ergriff Rechtsanwalt Turgan ARINIR als Zeuge das Wort. Er sagte:
"1– Mit dem 12. September wurde von den Putschisten in der Türkei der Rechtsstaat aufgehoben, was für das Volk Rechtlosigkeit und Rechtswillkürlichkeit bedeutet. Diese Ära kann als die Wiederholung des unter Ludwig des XIV. in Frankreich durchlebten Verständnisses "L' etat cest moi" also "der Staat bin ich" angesehen werden. Das bedeutet, daß alles, was diese 5 Generäle sagen, machen und befehlen, Recht ist.

2– Dieser Zustand der Rechtslosigkeit und Rechtswillkürlichkeit begann am 12. September 1980 um 04.00 Uhr und dauert, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, heute noch weiter an. In diesem Sinne stellt selbst der Putsch, wie in anderen Ländern auch, ein Schwerverbrechen dar, auf den die Todesstrafe steht.

3– Da hier auf alle Einzelheiten dieser Unrechtsstaatlichkeit nicht eingegangen werden kann, möchte ich mich auf einige, besonders schwerwiegende Punkte beschränken.
Die Aktionen der Putschisten beschränkten sich nicht nur auf die Abschaffung des politischen Regimes und der elementaren Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, das Recht auf politische Betätigung, das Recht auf unantastbare Menschenwürde, das auch das Verbot der Folter beinhaltet. Sie erstreckten sich auch auf Eingriffe in sonstige Bürgerrechte, wie z.B. das Eigentumsrecht und das Erbrecht. So wurde nicht davor zurückgeschreckt, durch ein von den 5 Generälen, die sich selbst zum Nationalen Sicherheitsrat ernannt hatten, am 11.08.1983 mit der Nr. 2876 verabschiedetes Gesetz das gesamte Eigentum der Gesellschaften für türkische Sprache und türkische Geschichte zu beschlagnahmen. Die Tatsache, daß Atatürk persönlich diese Gesellschaften gegründet und einen Teil seines Vermögens in seinem Testament diesen vermacht hatte, stellte kein Hindernis für diese Beschlagnahme dar. Durch das Gesetz wurde das Testament von Atatürk einfach angefochten und außer Kraft gesetzt.

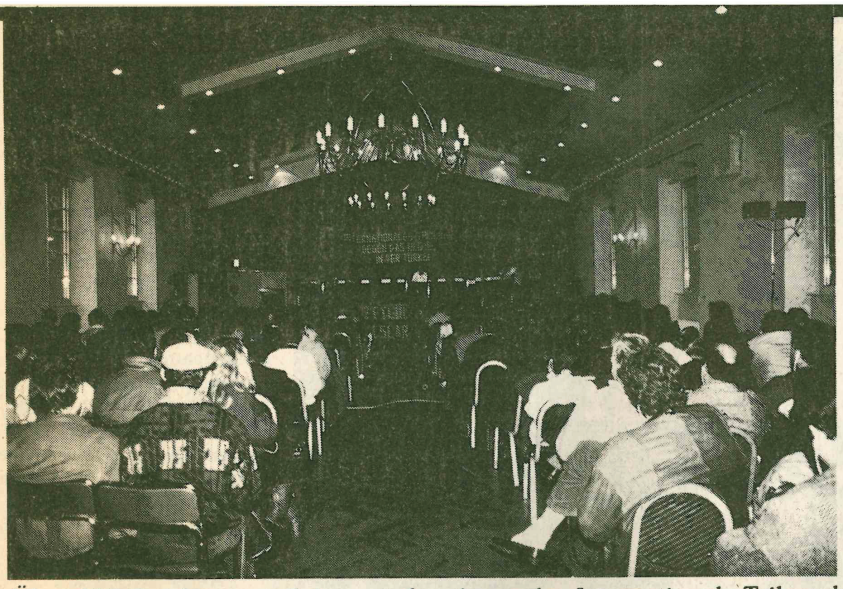
4– Als ein anderes wichtiges Beispiel für diese Unrechtsstaatlichkeit muß auch die Vorbereitung und Verabschiedung der Verfassung von 1982 angeführt werden. Die 5 Generäle, also der Nationale Sicherheitsrat, gründete zur Vorbereitung der Verfassung einen Beratungsrat, dessen Mitglieder von ihm selbst ernannt wurden. Obwohl dieser Beratungsrat von ihm gegründet wurde, sprach sich der Nationale Sicherheitsrat durch das Gesetz vom 29.6.81 die letzte Entscheidungskompetenz, in der Frage der Verfassungsverabschiedung, selbst zu. So wurde der neue Verfassungsentwurf des Beratungsrates von dem Nationalen Sicherheitsrat in wesentlichen Punkten abgeändert.

5– Vor der Volksabstimmung über die Verfassung wurde es verboten, gegen sie in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen oder Propaganda zu betreiben. Aufgrund des Vorstoßes gegen dieses Verbot wurden viele inhaftiert und verurteilt. Dagegen behielten sich die Generäle, insbesondere Herr Evren, vor, durch die Medien und auf Kundgebungen uneingeschränkt für die Verfassung Propaganda zu betreiben.
Gen. Evren bekräftigte in dieser Propagandareihe immer wieder, daß eine Ablehnung der Verfassung bei der Volksabstimmung der Ablehnung der Demokratie durch das türkische Volk gleichkommen würde. Die Sorge und Angst über eine ungewisse Zukunft veranlaßten das Volk diese Verfassung mit einer 92 % Mehrheit anzunehmen. Folglich muß gesagt werden, daß die massiven Einschüchterungen das Volk zu dieser Entscheidung gezwungen haben.

6– Als weiterer Verstoß gegen Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit muß die Bestimmung des Verfassungsentwurfs angeführt werden, die im Falle der Verfassungsannahme Herrn Evren ohne Wahl zum Staatspräsidenten erhob.

7– Das Wesen dieser Verfassung, die ohne freie Willensbildung vom Volk angenommen wurde, liegt darin, daß

Rechtsanwalt Turgan ARINIR: "Die türkische Verfassung ist uniformiert!"



Über 400 Zuschauer verfolgten aufmerksam das Internationale Tribunal

sie das Individium und seine Rechte und Grundfreiheiten nicht berücksichtigt, stattdessen jedoch den Staat zur Allmächtigkeit erhebt.

8– In dieser Verfassung sind keine Grundrechte gewährleistet. Und wenn in dieser Verfassung einige Rechte aufgeführt sind, ist ihre praktische Bedeutung äußerst zweifellhaft, weil sie der freien Einschränkbarkeit durch den Staat unterliegen. Sogar das Recht auf Leben unterliegt der Willkür der staatlichen Verwaltung. Gemäß dem Art. 17. Abs. 4 sind Tötungen durch Staatskräfte während des Ausnahmezustandes legitim.

9– Nach dem Art. 19 Abs. 6 wurde die Dauer der Untersuchungshaft ohne richterlichen Haftbefehl auf 15 Tage erweitert. Darin liegt die Hauptursache von Folterungen.

10– Nach dieser Verfassung ist die Exekutive die mächtigste Staatsgewalt. Das Prinzip der Unabhängigkeit der Gerichte ist besonders bei den Staatssicherheitsgerichten aufgehoben worden. Die freie und unabhängige Verteidigungsmöglichkeit vor Gerichten ist nicht mehr möglich. In diesem Sinne sind die Anwaltskammern nicht unabhängig. Aus diesen Gründen wurden gegen mich fünf Strafverfahren eingeleitet und ich wurde sogar inhaftiert.

11– Kurzum kann mit Herrn Prof. Server Tanilli gesagt werden, daß diese Verfassung eine "Kasernenordnung" darstellt, und wie Herr Aziz Nesin sagte, sind heute in der Türkei alle Gesetze allen vorangehend die Verfassung uniformiert."

DIE BRD IST SCHULDIG, DIE HERRSCHAFT DES STAATLICHEN TERRORS UNTERSTÜTZT ZU HABEN

Das letzte Thema, mit dem sich das Tribunal beschäftigte, war die Polizei- und Militärhilfe der BRD und deren Bedeutung für das türkische Folterregime. Hartwig M. las die Anklageschrift zu diesem Thema vor. In der Anklageschrift wurde zusammengefaßt gesagt:

"Wir klagen zahlreiche hiesige Unternehmen sowie die Regierung der BRD an, seit der Errichtung der türkischen Militärdiktatur vom 12. September 80 sich der fortgesetzten aktiven Beihilfe an den Verbrechen des dortigen Regimes schuldig gemacht zu haben.

Die Tatbestände:

1. Zahlreiche bundesdeutsche Firmen betreiben einen schwunghaften Handel mit Waffen und Waffensystemen für das türkische Regime, die diese z.T. direkt für die Unterdrückung im eigenen Lande verwendet. Insbesondere die Firma Krupp hat sogar mehrere Rüstungsbetriebe in der Türkei errichtet, die alle Panzerteile herstellen.
2. Insbesondere unmittelbar nach dem Putsch wurde dieser Handel direkt und massiv von der damaligen SPD-Regierung durch eine der Militärjunta gewährte 'Rüstungssonderhilfe' in Höhe von 600.000.000 DM massiv gefördert und unterstützt. Daneben lief die bereits jahrelang gewährte jährliche 'Türkeihilfe' in Höhe von 130.000.000 DM bis heute stetig weiter.

3. Die türkische Armee, Gendarmarie und Polizei wird aber nicht nur mit Waffen und Systemen von Unternehmen und Behörden der BRD untersützt; die BRD-Regierung fördert auch eine stetig intensivierte Zusammenarbeit sowohl zwischen den beiden Armeen als auch zwischen den beiden Polizeien insbesondere in Ausbildungsfragen. So bildet etwa die GSG 9 unmittelbar ein türkisches Sonderkommando zum Einsatz bei inneren Unruhen aus. Auf diese Weise ist die BRD-Regierung z.B. direkt an der Unterdrückung des kurdischen nationalen Befreiungskampfes beteiligt"

Rainer KAHRS: DIE BRD MUß WEGEN MITTÄTERSCHAFT AM VERBRECHEN DES TÜRKISCHEN REGIMES VERURTEILT WERDEN

Nach der Verlesung der Anklageschrift ergriff Rainer KAHRS von der Kampagne gegen Rüstungsexporte als Experte das Wort und schilderte die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der BRD auf militärischem und polizeilichem Gebiet. Hier ein Auszug aus seiner Rede:

"Das türkische Militär stellt mit 800.000 Soldaten personell die stärkste Armee aller NATO-Staaten, die einzelnen Teilstreitkräfte werden mit neuer Technologie –der NATO-Standard ist angestrebt– ausgerüstet, die aufgewendeten finanziellen Mittel für reine Rüstungsausgaben –also keine Infrastrukturmaßnahmen wie Kasernenbau, Straßenbau, Subventionen für Rüstungsbetriebe– betragen ca. 12 % des türkischen Nationaleinkommens. Anders ausgedrückt: Für 1987 belief sich der Militärhaushalt auf ungefähr 3 Mrd. US-Dollar. Dazu kamen Staatskredite in Höhe von 930 Mio. US-Dollar für Militärprojekte und ein 'Verteidigungsfond', der auch den Ausbau der Rüstungsindustrie ermöglichen will, also Subvention.

Rainer KAHRS von der BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte

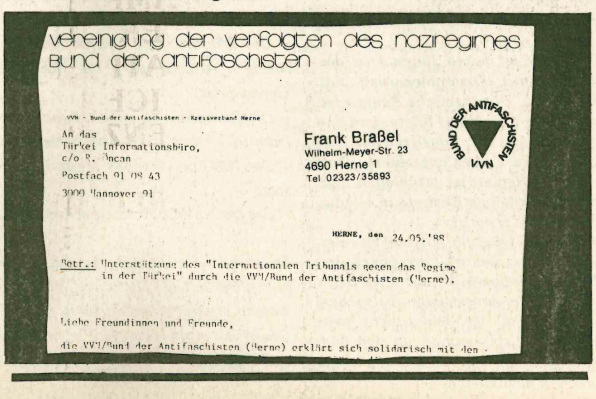
"Spannungsgebiet" Türkei

'Im Südosten tobt Krieg. Unsere Streitkräfte werden in diesem Krieg das tun, was notwendig ist. Unsere Flugzeuge werden starten und Terrorlager bombardieren.' *schreibt Ugur Mumcu, Kommentator der Zeitung Cumhuriyet im März 1987. Am Tag zu vor hatten 30 Kampfjäger der türkischen Luftwaffe die Grenze zum Irak überflogen und –mit Genehmigung der Regierung Saddam Hussein in Bagdad– kurdische Dörfer bombardiert, später rückten Bodentruppen ein.*
Das war nicht das erste Mal, daß das türkische Militär im Nord-Irak -also Südkurdistan- einfiel: Schon 1983 wurden bis zu 30 km landeinwärts in den Irak kurdische Siedlungen über-

fallen. Die kurdischen Gebiete an den Grenzen zum Irak, aber auch soviel ich gehört habe, zum Iran und zu Syrien sind besonders seit dem Militärputsch von 1980 zu einem riesigen Aufmarschgebiet des türkischen Militärs geworden: Immer mit der Drohgebärde des militärischen Angriffs, die NATO im Rücken, aber immer auch –und gerade das sollten wir hier nicht vergessen– mit den ganzen alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, Entwürdigungen, Verwüstungen und der Zerstörung sozialer Strukturen überall dort, wo Militärregime und andere Regierungen ideologisch scharfgemachte Soldaten massenhaft stationieren.
Weitere Aufmarschgebiete des Militärs befinden sich in Zypern und an der Grenze nach Bulgarien. In Zypern kommt es seit 1974 zu Auseinandersetzungen mit Griechenland, in Bulgarien nimmt die türkische Militärregierung die "Bulgarisierung" der in Bulgarien lebenden Türken, sie dürfen nicht einmal ihre türkischen Namen tragen, als offizielle Begründung für die Spannungen.
Neben diesen militärisch nach außen gerichteten Aktivitäten muß natürlich der Vernichtungskrieg gegen die Kurden im eigenen Land durch das Militär und die meines Erachtens wohl deutlich paramilitärische Polizei sowie die Verfolgung der politischen Opposition im Land genannt werden. Und darüberhinaus die Militarisierung des Landes durch die von der Regierung vollständig übernommene NATO–Doktrin, die ebenfalls kriegerisches an sich hat: Es ist auch kalter Krieg.

Es kommt mir an dieser Stelle darauf an, zu sagen:

Das türkische Militärregime führt Krieg nach innen und außen. Die Türkei –von der BRD aus gesehen– ist ein Spannungsgebiet vor allem durch den Vernichtungskrieg gegen die türkischen Kurden, und liegt in einem Spannungsgebiet, dem Nahen Osten, diesem Pulverfaß, in das sie über dies militärisch eingreift. Ich sage das, daß es für die militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei für die deutsche Seite Konsequenzen haben müßte, würde es hier auch nach dem Gesetz gehen. Doch diese Konsequenzen hat es nicht, wie wir bald sehen werden.



vereinigung der verfolgten des naziregimes
Bund der antifaschisten

VVN - Bund der Antifaschisten - Kreisverband Herne

An das
Türkei Informationsbüro,
c/o Ö. Öncan
Postfach 01 08 43
3000 Hannover 01

Frank Braßel
Wilhelm-Meyer-Str. 23
4690 Herne 1
Tel 02323/35893

HERNE, den 24.05.'88

Betr.: Unterstützung des "Internationalen Tribunals gegen das Regime in der Türkei" durch die VVN/Bund der Antifaschisten (Herne).

Liebe Freundinnen und Freunde,

die VVN/Bund der Antifaschisten (Herne) erklärt sich solidarisch mit den

Türkei–NATO–BRD

Daß es gegenüber der Türkei von Seiten der BRD nicht die so oft beschworene restriktive Rüstungsexportpolitik gibt, hat mehrere Gründe. Einer der Gründe ist natürlich die NATO-Mitgliedschaft der Türkei. Es ist mittlerweile zur –fast nicht hinterfragten– alltäglichen Genehmigungspraxis von Rüstungsexporten geworden, NATO-Länder mit allem zu beliefern, was diese haben wollen. Es geht heute sogar schon so weit, daß eine ganze Region eigens zu dem Zweck, ungehindert durch die Exportgesetze Rüstung zu bekommen, von der BRD den Status einer NATO gleichgestellten Region zuerkannt bekommt: Die ASEAN-Staaten beziehen seit dieser neuen Definition durch die Bundesregierung alles an Rüstungsgütern, wo immer sie bestellen, obwohl dort durchaus schwere Spannungen und regionale Kriege herrschen. Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei ermöglicht es der BRD, einfach alles an Rüstung und Waffen zu liefern, ohne mit Widerständen gegen eine Rüstungspolitik dieser Art rechnen zu müssen. Der Erkenntnis also, daß es sich bei der Türkei um ein Spannungsgebiet handelt, in das eigentlich keine militärischen Güter geliefert werden dürfen, stehen einige für die BRD vitale Interessen gegenüber: Strategische Interessen im Bereich des sogenannten Ost-West Konfliktes, die Türkei als 'Bollwerk' der NATO gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes. Dann strategisch-wirtschaftliche Interessen: Dieses Bollwerk soll als NATO-Südflanke den Zugriff der westlichen Welt auf die reichsten Ölregionen der Welt sichern helfen. Hier aber ist nicht der Ort, diese Interessen des NATO-Landes BRD näher zu diskutieren. Näher eingehen möchte ich aber hier auf das dritte vitale Interesse der BRD an der Türkei. Die Türkei ist das Land, über welches die BRD –wie andere Länder, Frankreich, USA auch– sich den Zugriff auf den Rüstungsmarkt 'Naher Osten' sichern möchte, einmal abgesehen von dem Interesse am türkischen Markt selbst.
Das spricht die Frage der deutschen Rüstungsexporte an. Dazu müssen wir kurz einmal klären, was Rüstungsexporte eigentlich sind:

– Exporte von Waffen, also Panzern, Kriegsschiffen, U-Booten, Raketensystemen, Kampfjägern, Militärhubschraubern, großkalibrige Munition. Diese Rüstungsgüter müssen von der Bundesregierung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) genehmigt werden, ohne diese Genehmigung dürfen Kriegswaffen, die unter das KWKG fallen, nicht produziert, nicht transportiert und nicht exportiert werden.
– Export von kleinerer Munition, Militär–LKWs, Panzertransporter, Militärelektronik, Anlagen zur Produktion von Rüstungsgütern, nukleare Technologie, chemische Anlagen und Stoffe, Lizenzen in Verbindung mit Fertigungsunterlagen, zur Produktion von Rüstungsgütern aller Art, Ausrüstungshilfe. Diese Rüstungsexporte müssen von der Bundesregierung nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) genehmigt werden. Ohne Genehmigung darf zwar produziert oder transportiert, nicht aber exportiert werden. Das ist natürlich unvollständig, reicht aber für unsere Zwecke aus. Die beiden Bundesgesetze KWKG und AWG sind Ausführungsgesetze des § 26 des Grundgesetzes, in dem es heißt: 'Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffkrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.'
Hier ist das Friedensgebot formuliert:

Vom Boden der BRD sollte nach Hitler nie wieder ein Krieg oder friedensstörende Handlungen aus-

gehen dürfen. Eine der hieraus abgeleiteten rechtlichen Konsequenzen war, Rüstungsexporte aller Art in Spannungsgebiete zu untersagen. Doch ungeachtet dessen spielt heute in nahezu jedem militärischen Konflikt der Welt bundesdeutsche Kriegstechnologie eine Rolle, so auch in der Türkei.

Militärische Zusammenarbeit Türkei-BRD

Ich will hier einige –völlig unvollständig– Beispiele wichtiger Rüstungsexporte und militärischer Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei angeben.
Ich teile das in drei Bereiche auf:
– Rüstungsexporte
– Militärische Zusammenarbeit wie Lizenzproduktion von Rüstungsgütern, Anlagenbau für Rüstungsproduktion, nukleare Zusammenarbeit.
– Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe.

Rüstungsexporte

U-Boote 8 HDW/IKL 2 gebaut, Rest T
Zeiss, Krupp
Atlas
U-Boote 2 HDW/IKL Endmontage T
neu, 1988
Fregatten 4 Blohm&Voss 2 in T
Hermes
Schnellboote 8 Lürssen 2 fertig, Rest Lizenz
Transall 20 MBB siehe Ausrüstungshilfe
Leo 1A siehe Ausrüstungshilfe
Panzergetriebe ZF (Daimler)
Panzermotoren MTU (Daimler)
Torpedos, Nachtsichtgeräte AEG
Panzerabwehrlenkwaffen MILAN
MBB/ Aerospatiale 2.750
Panzertransporter FAUN
Stacheldraht

Militärische Zusammenarbeit Produktion

Lizenzen
U-Boote HDW/IKL
Fregatten Blohm&Voss,MTU, Thyssen Rheinstahl
Kleinpanzer PUMA Krauss-Maffai, Diehl, MAN
Militär KFZ Daimler bei Otomarsan
Optische Geräte, Panzer Zeiss
Raketenboote Lürssen
Schnellboote Abeking und Rassmussen
Radarstationen AEG
G3 Heckler & Koch
Produktionsanlagen
Reperaturwerkstatt für Panzer Krupp
Panzerkanonenfabrik dtsch. Firmen 40 Mio. BRD-Hilfe
Fallschirmfabrik BRD finanziert
Taskizah-Werft Modernisierung durch BRD
Göcük-Werft Modernisierung durch BRD
Tiefflugbegiet Konya

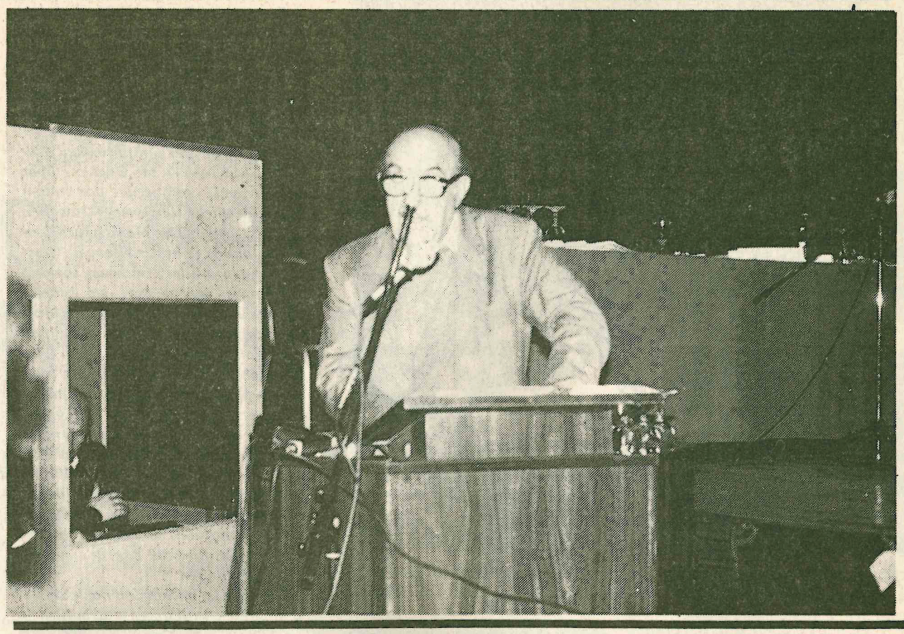
Ausrüstungshilfe, Ausbildungshilfe

2/88 150 Panzer Leo 1 Krauss Maffai gebraucht
8 Bergepanzer neu
(Sonderhilfe im Wert von 580 Mio. DM genehmigt, Preis Leo 1: 2 Mio. DM)
267 (mindestens) Panzer Leo 1
Materiallieferungen, Dienstleistungen, Mittel zur Umrüstung der Panzer
85 Panzerkanonenfabrik 40 Mio.
LKWs aus Altbeständen der BW MAN etc.
Starfighter aus Altbeständen
Ausbildungshilfe:
– von milit – Ausbildung von
– Ausbildung von militärischen Führungskräften an der Führungsakademie der BUNDESWEHR
– Offiziersausbildung
– technische Ausbildung wie: KFZ-Technik, Fernmeldemechanik, Bodenuntersuchung
321 Soldaten wurden seit 1962 in der BRD militärisch ausgebildet. Damit stellt die Türkei in der Gewährung von Ausbildungshilfe die Nr. 1 auf der Liste dar, dann folgen Thailand mit 187 ausgebildeten Soldaten, Südkorea mit 148 und Sudan mit 133.

Aus dieser kurzen Übersicht können wir für unsere Zwecke folgendes feststellen:
– Die BRD arbeitet mit dem Militärregime der Türkei massiv auf allen möglichen Ebenen militärisch zusammen.
– Durch Schenkungen ist der erste Grundstein diesr Zusammenarbeit gelegt worden: Die Schenkung von Militärgerät, Ausrüstungshilfe, hat die Türkei sowohl durch den nun nötigen Aufbau von Reperaturkapazitäten sowie technische Beratung und den Faktor 'Verbundenheit' an eine bundesdeutsche Zusammenarbeit gebunden.
– Es liegt eine durchdachte Konzeption der BRD vor: Die Türkei erhält Produktionsanlagen und/oder Geld zur Modernisierung dieser Anlagen. Bundesdeutsche Firmen exportieren Prototypen und Lizenzen für diese Typen, die dann in größerer Anzahl in türkischen Anlagen für den türkischen Bedarf und für den Export aus der Türkei heraus produziert werden. Es gelangen auf diese Weise auch deutsche Rüstungsgüter nunmehr völlig fernab deutscher Gesetze unkontrolliert in alle Bereiche der Welt, insbesondere 3. Welt. Hier spielt die Türkei die Rolle des Mittlers.
– Das türkische Militärregime stabilisiert seine Macht durch bundesdeutsche Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe nach innen und seine militärische Schlagfähigkeit durch bundesdeutsche Rüstungsexporte nach außen.

Schlußfolgerung

Die BRD ist heute führend in der militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei. Das türkische Regime ist anzuklagen, nicht nur Rüstung zu importieren und zu produzieren und einzusetzen –wie oben aufgeführt–. Das türkische Regime ist anzuklagen, daß es darüberhinaus Rüstung in Länder der 3. Welt exportiert.
Wenn es auf diesem Tribunal zu einer Verurteilung des Militärregimes der Türkei kommen sollte, wäre die BRD aufgrund der dargestellten Tatsachen in jedem Fall der –leider nicht justitiablen– Mittäterschaft an den dem Militärregime vorgeworfenen Verbrechen anzuklagen."



Georg BELAVILAS von der griechischen Delegation, auch Mitglied der Jury, ist sowohl ein alter Widerstandskämpfer als auch der Vater von Nikos Belavilas, der im zentralen Prozeß gegen Devrimci Yol in Ankara wegen einem Transparent gemeinsam mit 3 weiteren Griechen verhaftet wurde. Auch 8 Deutsche, darunter auch Abgeordnete des Niedersächsischen Parlaments wurden damals festgenommen und mißhandelt.
Georg Belavilas (links) ließt die Grußbotschaft der 4 Griechen an das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei.

URTEIL DER JURY DES INTERNATIONALEN TRIBUNALS GEGEN DAS REGIME IN DER TÜRKEI

Nachdem alle Anklageschriften verlesen und der letzte Zeuge angehört worden waren, zogen sich die Jurymitglieder zurück, um ihr Urteil zu beraten. Über 400 Personen warteten ca. 1 Stunde lang gespannt auf das Urteil. Am 11. Dezember 1988 nahm die Jury ca. um 14.00 Uhr ihren Platz ein, die Rechtsanwältin Barbara KLAWITTER ergriff das Mikrophon, um das Urteil der Jury in ihrem Namen zu verlesen. Sie trug das Urteil bei lauten Parolen der Zuschauer wie etwa 'Es lebe die Internationale Solidarität' vor. Danach haben die griechischen und schwedischen Delegationen in der Jury Grußbotschaften verlesen. Im folgenden veröffentlichen wir das Urteil der Jury in seinem ganzen Wortlaut:

Wir, die Mitglieder der Jury des Internationalen Tribunals gegen das Regime in der Türkei aus der Bundesrepublik Deutschland, Holland, Schweden, Griechenland, Belgien, Ägypten, Philippinen, Iran und Azania (Südafrika), haben uns am 10. und 11.12. 1988 in Köln getroffen. Die uns vom aufrufenden Koordinationskomitee unterbreiteten Dokumente haben wir ausführlich studiert. Wir haben Zeugen und Experten unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, vor allem aber türkische und kurdische Betroffene angehört. Auf dieser Grundlage sind wir zu folgendem Ergebnis gelangt:

Der Militärputsch vom 12. September 1980 -Generalangriff auf die politischen und sozialen Rechte der Völker der Türkei- hat unermeßliches Leid über weite Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung gebracht und große Teile der politischen Opposition physisch oder psychisch handlungsunfähig gemacht.
Seit dem 12. September 1980 starben mindestens 229 Menschen durch Folter, 50 wurden hingerichtet, mehrere Hundert in anderer Weise ermordet. Über eine Million Menschen wurden Ermittlungs- und Strafverfahren unterworfen, 650. 000 Menschen wurden festgenommen, 210.000 Prozesse wurden eingeleitet. 30.000 Menschen mußten wegen ihrer politischen Auffassung ihre Heimat verlassen.
Dies ist die Bilanz von 8 Jahren Militärherrschaft in der Türkei.

Die Verabschiedung der Verfassung vom 7. November 1982 hat die Militärdiktatur nicht zu einer Demokratie werden lassen. Mit der Verfassung und den nachfolgend verabschiedeten Gesetzen zur Regelung des gesellschaftlichen Lebens (Parteiengesetz, Vereinsgesetz, Hochschulgesetz usw.) sind die politischen Ziele der Militärs, nämlich die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse und die Ausschaltung und Einschüchterung der politischen Opposition festgeschrieben worden...
– Art. 15 der Übergangsregelungen verbietet jegliche Kritik und jeden Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen der Junta seit dem 12.09.1980
– Art. 14 der Verfassung schließt u.a. jegliche marxistische oder sozialistische Betätigung aus
– Bücher sozialistischen Inhalts werden verbrannt oder dürfen nicht verbreitet werden
– Die Grundrechte, traditionelle Schutzrechte des Bürgers gegen den Staat, stellen in ihrer konkreten verfassungsmäßigen Ausgestaltung nur noch Sicherungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Militärherrschaft im zivilen Gewand dar
– Die Pressefreiheit existiert nur als eine vom Wohlwollen der Militärs abhängige. Jeder kritisch berichtende Journalist muß jederzeit mit Strafverfahren und Inhaftierung rechnen
– Die 1980 begonnenen Massenprozesse werden auch nach Aufhebung des Kriegsrechts vor Militärgerichten fortgesetzt
-- Das berüchtigte Folterzentrum DAL existiert fort, es wird weiter gefoltert

Es ist nur eine Gewerkschaft zugelassen. Gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten sind im Interesse der Unternehmer erheblich eingeschränkt und unterliegen staatlicher Kontrolle. Versammlungen in der Nähe des Arbeitsplatzes werden strafrechtlich verfolgt, es besteht Demonstrationsverbot am 1. Mai. Den nach dem Militärputsch verbotenen Gewerkschaften wird die Wiederaufnahme ihrer Aktivitäten nicht erlaubt, ihre Mitglieder werden verfolgt. Die Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in der Türkei belegen diese Tatsache. Darüberhinaus ist es

verschiedenen Teilen der Gesellschaft verboten, Vereine und Vereinigungen zu gründen. Die Türkei ist eins der wenigen Länder, in denen die gewerkschaftliche Organisierung von Lehrern, Angestellten und Mitgliedern einiger anderer Berufe durch die Verfassung verboten ist.

Nach dem Militärputsch wurden die Rechte der Frauen erheblich eingeschränkt. Sie unterliegen speziell auf ihre Würde als Frau abzielenden Folterungen und Diskriminierungen. Oft sind sie als Ehefrauen oder Mütter politisch Verfolgter in Form der Sippenhaft besonderen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt.
Das Regime versucht, die gesellschaftliche Rolle der Frauen auf "Kinder, Küche und religiöse Erziehung" zu reduzieren und sie damit aus dem gesellschaftlichen Leben weitgehend auszugrenzen.

Die Jury muß aufgrund zahlreicher Beweise feststellen, daß die türkische Regierung die Existenz der etwa 12 Millionen Kurden auf dem Territorium der Türkei verleugnet. Sie setzt dabei alle Mittel der Unterdrückung und Repression gegen die ganze Bevölkerung ein, um die historisch gewachsene Existenz dieses Volkes zu negieren.
Sie schreckt dabei nicht davor zurück, den Kurden das Sprechen ihrer Muttersprache und die Benennung ihrer Kinder mit kurdischen Namen zu verbieten und mit dem Strafrecht zu verfolgen. Diese Politik verstößt eindeutig gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in Art. 2 der UNO-Charta, den beiden Menschenrechtspakten von 1966 und in zahlreichen UN- Resolutionen als zwingendes Völkerrecht anerkannt ist. Die türkische Regierung greift in diesem Zusammenhang auch zu den Mitteln der Deportation, die ein weiterer eklatanter Verstoß gegen das in den Genfer Konventionen von 1949 normierte Verbot darstellt. Von dieser Politik sind auch andere nationale und religiöse Minderheiten betroffen.

Mehrere westliche Staaten, vor allem die Bundesrepublik Deutschland und die USA, haben dem Regime vom 12.9. 1980 politische und militärische Unterstützung gewährt, die wesentlich zum Erfolg des Militärputsches beigetragen haben. Diese Unterstützung und die feste Einbindung der Türkei in die NATO haben eine wichtige Hilfe für die Institutionalisierung des beschriebenen Machtapparates gespielt. Ohne die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten der Türkei, der Bundesrepublik Deutschland und den USA nach dem Putsch hätte der von der Polizei ausgeübte Terror nicht derartige Ausmaße und Wirkungen erreichen können.
Die Jury ist der Meinung, daß genauso wie diejenigen schuldig sind, die Polizei- und Militäroperationen zur Einschüchterung der Bevölkerung durchführen, auch diejenigen sich schuldig machen, die diese Kräfte ausbilden und mit Waffen versorgen.

Verurteilt werden muß auch die Zusammenarbeit und Unterstützung der Verfolgung politischer Oppositioneller außerhalb der Türkei sowie die Einschränkung bzw. das Verbot des Rechts auf freie politische Betätigung für im Ausland lebende Bürger und Bürgerinnen der Türkei. Versuche, durch eine EG-weite Regelung des Asylrechts das politische Asylrecht weiter einzuschränken, verurteilen wir.

Die Jury des Internationalen Tribunals sieht den Kampf gegen die antidemokratische Politik eines autoritären Militärregimes als legitimen Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Demokratie der Völker an, die es zu unterstützen gilt. Sie stellt daher als Ergebnis des Tribunals folgende Forderungen auf:

- Die politische Justiz und die ihr zugrundeliegende Gesetzgebung des 12. September muß mit allen ihren Drohungen und Folgen, die schwer auf der Bevölkerung lasten, revidiert werden.
- Eine Generalamnestie muß erlassen, alle politischen Gefangenen sofort entlassen, die Todesstrafe abgeschafft, die Folter und Mißhandlungen und die menschenunwürdigen Haftbedingungen beendet werden.
- Das Recht aus Selbstbestimmung der Völker der Türkei und die endgültige Beendigung der Deportationen muß durchgesetzt werden..
- Die für die Folterungen und Massaker verantwortlichen Regierungsmitglieder, Polizei- und Armeeangehörige sowie ihre Hintermänner müssen angeklagt und bestraft werden.
- Die freie gewerkschaftliche und politische Organisierung und Betätigung muß gewährleistet sein.
- Den Junta-Führern und -mitgliedern darf durch die Einladungen demokratischer Regierungen keine demokratische Legitimation verschafft werden. Sie müssen vielmehr nachdrücklich und bei ieder sich bietenden Gelegenheit auf die Verletzung der Menschenrechte angesprochen und auf die Einhaltung aller internationalen Abkommen verpflichtet werden.
- Die Aufnahme in die EG muß solange ausgesetzt werden, wie nicht die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei nachweislich garantiert ist.
- Einstellung jeglicher Militärhilfe und Unterstützung an das Regime des 12. September.

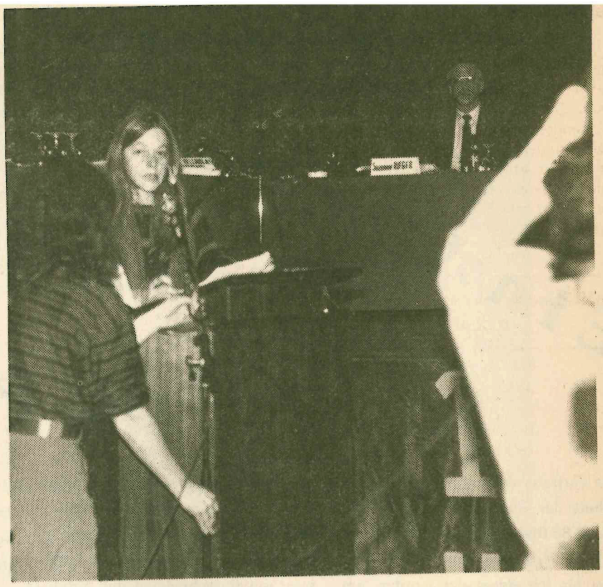
Wir, die Jury-Mitglieder, rufen alle Regierungen, alle internationalen und regionalen Organisationen, demokratischen Organisationen und Einzelpersonen auf, sich verstärkt für die Realisierung der genannten Forderungen einzusetzen. Wir fordern insbesondere die Bundesregierung und die Behörden der Bundesrepublik auf, nicht durch administrative Maßnahmen oder politische Prozesse gegen politisch aktive Türken und Kurden dem türkischen Regime Unterstützung zukommen zu lassen.

JURYMITGLIEDER UND -MITGLIEDERINNEN:

Karola BLOCH (Schriftstellerin, Bundesrepublik Deutschland)
Gerd PFISTERER (Betriebsrat bei Rheinhausen-Krupp)
Prof. Norman PAECH (Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg)
Ellen OLMS (Mitglied des Bundestages, Grüne, Bonn)
Barbara KLAWITTER (Vertreterin der Republikanischen Anwälte- und Anwältinnenvereinigung, Hannover)
Prof. Monika GANSEFORTH (Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag,
Tilman ZÜLCH (Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, Bundesrepublik Deutschland)
Susanne RIEGER (Vertreterin des Bundeskongresses der entwicklungspolitischen Gruppen, BUKO, Bundesrepublik Deutschland)

Jef ULBURGHS (Mitglied des Europäischen Parlamentes, Belgien)
Zoey MOKGADI (Vertreterin des Pan-African-Congress, PAC, Azania)
Auke IDZENGA (Vertreter der Nationalen Zuckerarbeiter-Gewerkschaft, Philippinen)
Dr. Karam KHELLA (Schriftsteller, Ägypten)
Bahman NIRUMAND (Schriftsteller, Iran)
Hjördis LEVIN (Historikerin, Schweden)
Christian SCHICKERT (Grüne Partei, Schweden)
Hesse KARLSSON (Parlamentarier, Schweden)
Ernesto CARDENAL (Nicaragua, er konnte leider nicht zum Tribunal kommen, aber durch eine Botschaft erklärte er sich mit dem Urteil solidarisch))

Iphigenia VOMVA (Vertreterin für Rula KAKLAMANAKIS, Mitglied des griechischen Parlaments, Athen)
George BELAVILAS (Partei der griechischen Linken, Athen)
Joost LAGENDIJK (International Secretary of Pacifist Sozialist Party, Holland)



Rechtsanwältin Barbara KLAWITTER trägt das Urteil der Jury vor. Die Zuschauer riefen dabei Parolen.

RHEINISCHES JOURNALISTEN BÜRO

Rhein. Journalistenbüro · Spichernstraße 8 · 5000 Köln 1

Koordinationskomitee des
Int. Tribunals gegen das Regime
in der Türkei
c/o U. Hasselbring
Postfach 910843
3000 Hannover 91

Spichernstraße 8
5000 Köln 1
☎ (02 21) 51 30 20/51 30 29

Werner Balsen (Dipl. Volkswirt)
Hans Nakielski (Dipl. Volkswirt)
Karl Rössel (Dipl. Volkswirt)

Köln, 07.12.88

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

leider ist es uns auf Grund anderer Arbeiten nicht möglich, am Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei teilzunehmen oder darüber zu berichten.
Wir unterstützen allerdings ausdrücklich den Aufruf zu dem Tribunal und die darin formulierten Ziele. Sollte der Aufruf weiter verbreitet werden so sind wir auch mit dem Abdruck unserer Namen bez. unseres Büros in der Liste der Unterstützer einverstanden.
Wir hoffen sehr, daß es mit dem Tribunal gelingt, auf die ständigen brutalen Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei hinzuweisen und über Schritte zu beraten, wie der Widerstand gegen diese Praktiken organisiert werden kann.

Mit solidarischen Grüßen

Almut Wilms-Schröder Werner Balsen Karl Rössel Hans Nakielski

Bankverbindung: Stadtsparkasse Köln · Konto-Nr. 65 042 962 (BLZ 370 501 98)

Insan. Haklari ve Demokrasi gece-sine izleyici olarak ne yazik ki katilamiyoruz.
12 Eylül rejiminin icyüzünü dünya kamuoyuna sergilemek amaciyla düzenlediginiz bu eylemi destekler, basarilar dileriz.

Mediha Demirag
Sanar Yurdatapan

Ein Vergleich:

DIE TÜRKEI UND DIE PHILIPPINEN

von Auke IDZENGA, Vertreter der Nationalen Gewerkschaft der Zuckerarbeiter (NFSW), Negros/ Philippinen, Mitglied der Jury des Internationalen Türkei-Tribunals

Als Vertreter der nationalen Gewerkschaft der Zuckerarbeiter (NFSW), einer 85.000 Mitglieder zählenden Arbeitervereinigung auf den Philippinen, bin ich eingeladen worden, am Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei teilzunehmen. Dieses wichtige Ereignis sollte um den Tag der Menschenrechte herum stattfinden, genau während meiner Reise durch die BRD, und von daher nahm die NFSW die Einladung dankend an.
Die Tatsache, daß zum ersten Mal in der Geschichte des türkischen und kurdischen Volkes solch ein Tribunal organisiert wurde, machte dieses Ereignis schon zu einem großen Erfolg. Nach der Anhörung der gtrauenhaften Berichte der Zeugen und anderer betroffenen Personen war es für die Jury und alle Teilnehmer des Tribunals klar, daß das gegenwärtige türkische Regime viele Menschenrechte verletzt.

Da ich für einen der unterdrücktesten Teile der philippinischen Gesellschaft, die Zuckerarbeiter, arbeite, weiß ich, was Menschenrechtsverletzungen sind. Nicht nur Folter, Arrest, Tötungen, sondern ebenso z.B. das Nichtzahlen von Mindestgehältern, das Verbot, sich zu organisieren, nicht in annehmbaren Häusern leben zu müssen, sind Menschenrechtsverletzungen.
Das Hören über Tötungen z.B. ist absolut zu unterscheiden davon, Erfahrungen im Ansehen oder Wissen von der Tötung eines Verwandten oder nahen Freundes zu haben, wie in meinem Fall. Auch wenn es in der Türkei mehr Repressionen gibt als auf den Philippinen, kann die NFSW verstehen, in welch erschreckenden Situationen viele kurdische und türkische Menschen zu leben haben.
Ungeachtet der politischen und religiösen Unterschiede zwischen den beiden Ländern fand ich einige wichtige Ähnlichkeiten: **das demokratische Verfahren und der Druck der Weltbank und des IWF.**
Das demokratische Verfahren: Seit dem Putsch von 1980 und besonders seit der Verabschiedung der Verfassung vom 7. November 1982, versucht das türkische Regime der Außenwelt zu zeigen, daß die Regierung demokratisch ist. Die selbe Art des Vorgehens wurde auf den Philippinen unter der neuen Verwaltung von Cory Aquino ausgeführt. Die Präsidenten führte Kongreß und Senatswahlen durch, eine neue Verfassung und ein Landreformgesetz wurden verabschiedet. Andere Nationen werden durch diese Verfahrensweisen irregeleitet.
Das Ergebnis in beiden Fällen, Philippinen und die Türkei, ist, daß ausländische Investitionen eingeführt werden können, mit der Rechtfertigung, daß diese Länder jetzt demokratisch sind. Die Realität für die Mehrheit dieser Völker ist jedoch total anders. Ihre Rechte werden in vielen Formen verletzt.
Im Fall der Gewerkschaften, zu denen auch die NFSW gehört, ist es so, daß sie offiziell erlaubt, aber inoffiziell verfolgt werden. Das Militär und die Polizeikräfte führen sogar geheime Zerstörungsprogramme aus. Die NFSW, offiziell eingetragen beim Minister für Arbeit, kämpft gegen die Zuckerpflanzer, die zu 90 % nicht die Mindesgehälter und Sozialversicherungen zahlen. Aber anstatt die Pflanzer zu überwachen, verfolgt die Regierung die Gewerkschaft. 1988 hatte die NFSW 95 inhaftierte (meistens gefolterte) und 8 getötete Mitglieder.

Unter dem Namen des Antikommunismus scheinen die türkische und die philippinische Regierung derartige Programme ohne viel ausländische Kritik ausführen zu können. Im Widerspruch zu der realen Lage der Menschenrechte strömen viele ausländische Investitionen in diese Länder und dies bringt mich zu der nächsten Gemeinsamkeit:
Der Druck von IWF und Weltbank auf die nationale Politik:

In der Türkei und auf den Philippinen haben IWF und Weltbank auf ökonomische Wiederherstellungsprogramme gedrängt, die auf schneller Industrialisierung basieren. Natürlich stellen dann Arbeiterunruhen einen für eine Regierung sehr störenden Faktor dar, und deshalb wird eine restriktive Arbeiterpolitik betrieben. Es ist in beiden Ländern schwer, Streiks zu organisieren. Auf der anderen Seite führt die Industrialisierung u.a. zur Landflucht, wachsenden Landmonopolisierungen und wachsender Inflation.
Auf den Philippinen z.B. wurde die neue Regierung von IWF/ Weltbank gezwungen, ein neues Steuersystem einzuführen, welches exakt die armen Schichten der Gesellschaft berührt, durch hohe Preise, Importfreisetzung und Restrukturiesierung des Finanzsystems, in welchem ausländische Banken lokale Banken übernehmen. Diese Art demokratischen Vorgehens und ökonomischer Wiederherstellungsprogramme nutzen lediglich einem kleinen Prozentsatz der Bevölkerung, welcher den größten Teil des nationalen Einkommens kontrolliert.
Der kampf verschiedener Organisationen gegen diese Programme erscheint mir legitim, und ich finde es kriminell, daß Völker Regierungen zu ertragen haben, welche inhumaner Natur sind.
Die Erklärung des Tribunals hat viele Forderungen zusammengefaßt, und ich hoffe, daß neben türkischen und kurdischen Organisationen andere sich einreihen und für die Verwirklichung einer wirklich freien und demokratischen Türkei/Kurdistan arbeiten werden.
Zuletzt möchte die NFSW neben dem Unterschreiben dieser Forderungen den kämpfenden türkischen und kurdischen Menschen ihre moralische Unterstützung zusichern!

...einige Zeitungsausschnitte zum Internationalen Tribunal...

Die Geschichte eines Ausbruchs:

Wir nannten es SPARTAKUS-OPERATION

Es war der 16. Juli 1986... Mit 23 politischen Gefangenen fuhren wir vom Gefängnis Adana in eine uns unbekannte Richtung. Handschellen an unseren Händen, unsere Füße an die Holzbank im Transportwagen gekettet, die Augen bewaffneter Gendarmen auf uns gerichtet. Das einzige Diskussionsthema zwischen uns war, wohin wir wohl fuhren. Alles wurde von denen bestimmt, die uns abtransportierten. Auf dem Weg äußerten wir unsere Bedürfnisse nach Essen, Wasser und Tolilettengang, aber niemand beachtete sie. Vor und hinter dem Transportwagen, in dem wir gefesselt saßen, fuhren Armeelastwagen mit Kommandoeinheiten. Wir richteten unsere Augen auf die kleinen Löcher des Wagens, wenn wir gerade durch Siedlungsgebiete fuhren. Wir sahen Menschen, die verängstigt und neugierig versuchten zu verstehen, wer und was wir sind.

Handschellen an unseren Händen, unsere Füße an die Holzbank gekettet, die Augen bewaffneter Gendarmen auf uns gerichtet...

Trotz der schlechten Transportbedingungen waren wir erfreut und glücklich. Sie hatten es nicht geschafft, uns zu beugen, uns in die Reihen einzuordnen, uns zur Verleugnung unserer Identität und Gedanken zu bewegen. Die Lösung hatten sie darin erblickt, uns in kleine Gruppen einzuteilen und vom Gefängnis Adana in andere Gefängnisse zu verlegen. Dabei waren sie doch vor 5-6 Jahren so glücklich und selbstsicher: *"Sie werden sehen, was es heißt, sich gegen die Ordnung zu erheben, wir werden sie dazu kriegen, alles zu tun, was wir wollen"* sagten die Machthaber und Leiter des Gefängnisses in einem prahlenden Ton. Ihre Freude hielt nicht lange an. Sie wurden jedesmal mit einem erbitterten Widerstand konfrontiert, wenn sie versuchten, uns dazu zu bewegen, unsere Köpfe vor ihnen einzuziehen. Sie hatten es nicht geschafft, die revolutionären Gefangenen im Gefängnis von Adana in Angst zu versetzen. Am Ende beugte sich die Gefängnisleitung. Sie wählte den feigen Weg, uns in kleinen Gruppen auf andere Gefängnisse zu verteilen.

Wie jeder Revolutionär waren auch wir uns bewußt, daß wir schon seit den ersten Tagen der Folterverhöre unserer Freiheit durch Gewalt und illegitime Methoden beraubt und wir gefangen waren, wir aber auch dagegen kämpfen mußten, um all das zurückzugewinnen, was sie uns raubten.

Schließlich kamen wir in einem Gefängnis an, nachdem die Soldaten und Offiziere ermüdeter als wir, verärgert und angespannt waren. Dies war das Gefängnis Kirsehir. Weder im Gefängnis von Adana noch auf dem Weg nach Kirsehir teilte man uns mit, Daß dies unser Bestimmungsort sei. Im Gefängnis von Kirsehir saßen noch 2 politische Gefangene, die vor uns hierher transportiert worden waren; all die anderen Gefangenen saßen wegen krimineller Taten.

Nun waren wir in einem anderen Gefängnis; das Gefängnis war neu, aber die Ideen und Pläne in unseren Köpfen blieben die alten: Ausbrechen... Wir sahen mit jedem Tag mehr, daß sich fast alle mit Ausbruchsmöglichkeiten und -methoden beschäftigten, genauso wie in dem vorherigen Gefängnis. Mit der Zeit wurde dies zum einzigen Thema unserer Unterhaltungen. Obwohl wir für einige wenige Gefangene immer wieder Ausbruchsmöglichkeiten entdeckten, beschäftigten wir uns damit nicht. Unsere Beschäftigung galt dem Ziel, die Möglichkeit für den gemeinsamen Ausbruch aller politischen Gefangenen (insgesamt 20) zu schaffen. Indessen vergingen die Tage. 2 unserer Freunde wurden in ein anderes Gefängnis verlegt, so daß unsere Zahl sich auf 18 reduzierte. Von diesen 18 Personen waren 10 Angehörige der revolutionären Bewegung Devrimci Yol, 2 von TIKB, 1 von Partizan, 1 von DK, 1 von Acil, 1 von Kawa und 2 nicht organisierte Freunde. Wir hatten als Mitglieder von Devrimci Yol eine organisatorische Einheit und als Ausdruck dessen eine verbindliche Plattform. Daneben gab es eine Plattform für alle politischen Gefangenen, in der alle politischen Gruppen (wenn sie im Gefängnis auch nur durch einen Einzelnen vertreten waren) repräsentiert wurden. Diese Plattform diskutierte Probleme und Themen wie die Verbesserung des Lebens im Gefängnis, die Fortführung des Kampfes für neue Rechte und Planung anderer anfallender Tätigkeiten.

In dieser Plattform diskutierten wir mehrere Male über Möglichkeiten und Methoden eines Ausbruchs. Am Ende entschieden wir uns einstimmig für die Umsetzung unseres Plans in die Praxis.

Am 30. März hatten wir es geschafft, den Toilettenstein der Gemeinschaftszelle auszuheben. An diesem Tag wurden wir seit längerem zum ersten Mal wieder mit der Erde konfrontiert. Dieser Tag hatte eine besondere Bedeutung für uns. Dieses Datum war der Jahrestag der Ermordung von Mahir Cayan und seinen Freunden. Wir sahen unsere Aktion auch als

Sie schafften es nicht, uns in Angst zu versetzen...

einen bescheidenen Beitrag zum in Kizildere entzündeten Aufstandsfeuer. Am Abend hielten wir eine Gedenkveranstaltung für die Gefallenen von Kizildere ab, wir trugen Gedichte vor und legten eine Gedenkminute ein. Kurz, zur Vorbereitung der Aktion begannen wir mit einer hohen Moral.
Viele unserer Freunde wurden von verschiedenen Krankheiten heimgesucht, weil sie in den meisten Fällen seit über 7-8 Jahren im Gefängnis waren. Wir befürchteten, daß diese Situation Schwierigkeiten bei der Grabung des Tunnels mit sich bringen könnte. Aber als wir mit der tatsächlichen Grabung begannen, verschwanden unsere Befürchtungen von alleine. Es gab auch für denjenigen etwas zu tun, dessen gesundheitlicher Zustand am schlechtesten war. Unsere Gesundheit und unsere verschiedenen Talente und Fähigkeiten im Auge behaltend

Nachdem sie in die Bundesrepublik kamen, nahmen die ausgebrochenen Devrimci Yol'ler an einem Hungerstreik in Bremen teil.

nahmen wir eine Aufgabenteilung vor und bildeten Arbeitsgruppen. Ohne Unterschied hatte jeder eine Aufgabe. Wir taten alles Notwendige, um eine produktive und harmonische Arbeitsweise einzuführen. Trotzdem ergaben sich Probleme, die auf die schweren Bedingungen der Grabungstätigkeit

Das Gefängnis war neu, aber die Ideen und Pläne in unseren Köpfen blieben die alten: Ausbrechen...

und den durchlebten Streß zurückzuführen sind. Aber wir lösten diese Probleme so, daß sie kein Hindernis bei der Grabung des Tunnels wurden.
Obwohl in jeder Arbeitsgruppe Menschen von unterschiedlichen ideologisch-politischen Auffassungen waren, trugen das Vertrauen und die Nähe, die aus der gemeinsamen Arbeit entstanden, in großem Maße zum Erfolg der Aktion bei. Wir müssen an dieser Stelle erwähnen, daß dabei der Gedanke eine Rolle spielte, die gemeinsamen Seiten zwischen den Revolutionären in den Vordergrund zu stellen und zu betonen.
Mit dem Vorankommen der Arbeiten vermehrten sich auch die technischen Schwierigkeiten. Erstens war die Erde sehr hart; es war so, als ob wir an Felsen gekratzt und Steine durchbohrt hätten. Während der Bauarbeiten des Gefängnisses sollen zwei Bulldozer kaputtgegangen sein, weil die Erde zu hart war, erfuhren wir später... Da die Erde einerseits zu hart war und es andererseits so schwierig, die beim Graben anfallende Erde zu verstecken, mußten wir den Durchmesser des Tunnels schmaler als ursprünglich geplant halten.
Inzwischen erschwerten auch Nachrichten in der Presse unsere Arbeiten, denen zufolge sowohl im Gefängnis Kirsehir als auch in einigen anderen Gefängnissen Ausbrüche geplant seien. Nachrichten in Zeitungen und im Fernsehen, wonach die Grabung eines Tunnels von außen ins Gefängnis Kirsehir entdeckt worden sei, lenkte die ganze Aufmerksamkeit der Gefängnisleitung auf uns. (In Verbindung mit diesen Nachrichten wurden über 20 Personen draußen festgenommen.) Durchsuchungen wurden verstärkt durchgeführt, das Wachpersonal blieb fast immer bei uns. Die Tunnelbauaktivitäten, die kurz darauf im Gefängnis von Aydin und gleich danach auch in Bursa entdeckt wurden, fügten unseren Problemen neue hinzu. Unsere Gemeinschaftszelle verwandelte sich in ein Aquarium und wir uns in darin lebende Fische.
Am Ende hatten wir die Grabung des 130 Meter langen Tunnels in der Nacht des 16. September 1988 dadurch beendet, daß 2 unserer Freunde jenseits des Gefängniszauns aus dem Tunnel rauskrochen, obwohl die Bedingungen völlig zu unserem Nachteil waren. Auch wenn wir uns darauf lange vorbereitet hatten, ist es schwierig, die Freude zu beschreiben, die wir empfanden, als wir, die meisten zum Tode verurteilt, aus dem Tunnel in die Freiheit kamen.
Das erste, was wir draußen gleich am Tunnelausgang taten, war die Auswechslung unserer Kleider. Unsere Kleider waren sehr schmutzig. Der Grund, warum wir unsere Kleider in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses gewechselt haben, waren die Behauptungen der Regierung hinsichtlich der Einheitskleidung. Wie bekannt, begründeten die Regierungen des 12. September die Notwendigkeit der Einführung der Einheitskleidung damit, daß sie einen möglichen Ausbruch verhindern könnte. Obwohl wir die Einheitskleidung verweigert hatten, zogen wir dennoch unsere Zivilkleidung in der Nähe des Gefängnisses aus und ließen sie da, um zu demonstrieren, daß die Begründung der Regierung für das Tragen der Einheitskleidung nur ein Vorwand war. In der Realität hätte es nichts an der Lage verändert, auch wenn wir mit der Einheitskleidung aus dem Tunnel rausgekommen wären. Wir wären auch dann ausgebrochen und hätten dann eben die Einheitskleidung in der Nähe des Gefängnisses ausgewechselt.

Die Kirsehir-Aktion war ein positives Beispiel guter organisatorischer Beziehungen der Revolutionäre im Ausland, in der Türkei und im Gefängnis in allen ihren Etappen –angefangen beim Ausbruchsplan und den Tunnelgrabungstätigkeiten über gut organisierte Verstecke im Inland bis hin zur Ausreise ins Ausland. Mit dieser Aktion wird es leichter sein, zu begreifen, daß der Ortsunterschied keine große Bedeutung dafür hat, die Notwendigkeiten des Devrimci Yol'ler Seins zu erfüllen.
Es war eine traurige Entwicklung, daß nach dem Ausbruch sowohl in Mersin als auch in Istanbul Ausgebrochene von Devrimci Yol und anderen Gruppen verhaftet werden konnten. Aber wie bei jeder Aktion gab es auch beim Kirsehir-Ausbruch neben vielen positiven Seiten auch Mängel. Obwohl bei der Organisierung und Planung keine Mängel festgestellt werden können, gibt es doch fast immer Zufälle, die eine Aktion ins Risiko stürzen.
Nach dem Ausbruch nahmen die Staatskräfte einige Bedienstete des Gefängnisses unter dem Vorwand fest, sie hätten uns beim Ausbruch geholten. Ihrer Meinung nach können die Revolutionäre ohne derartige Hilfe diese Aktionen nicht erfolgreich durchführen... Dabei haben wir von den Bediensteten (egal welchen Rangs) des Gefängnisses keine Hilfe bekommen. Wir haben sie auch nicht benötigt.
Eine andere Folge der Kirsehir-Aktion war, daß die Regierung die Bezeichnung politische Gefangene anerkannte. Die Regierung des 12. September benutzte zum ersten Mal bei unserer Aktion den Ausdruck des politischen Gefangenen. Während sie bis dahin immer wieder erklärten, es gäbe keine politischen Gefangenen in der Türkei, weist die offizielle Erklärung der Regierung zur Kirsehir-Aktion folgenden Satz auf: *"18 politische Gefangene flüchteten aus dem Gefängnis Kirsehir."* Ohne Zweifel ist die Kirsehir-Aktion nicht der einzige Grund, der die Regierung dazu zwang, in diesem Zusammenhang einen Schritt rückwärts zu machen. In Folge des seit über 8 Jahren anhaltenden Kampfes und Widerstandes in den Gefängnissen und vor den Gerichten war die Regierung praktisch gezwungen, die Existenz der politischen Gefangenen anzuerkennen. Unser Ausbruch bot schließlich die Gelegenheit dazu.
Wir sagten jeder Arbeitsgruppe, die zur Grabung in den Tunnel ging: *"Los ihr Sklaven, an die Arbeit!"* (natürlich als Spaß). Daher war es mit unserer Aktion nur übereinstimmend, daß wir sie Spartakus-Operation nannten. Von Zeit zu Zeit veranstalteten wir Wettbewerbe zur Feststellung der besseren Sklaven. Diejenigen, die dann am meisten arbeiteten, bekamen Milch und Obst als Belohnung, wenn wir davon hatten.

Nach der Aktion leiteten die Staatskräfte eine schonungslose Repressionswelle gegen unsere Angehörigen und die Mitglieder von Devrimci Yol ein. Sie versuchten, uns wieder festzunehmen, indem sie jeden verdächtigen Stadtteil observierten und belagerten. 4 Devrimci Yol'ler wurden in Mersin zufällig verhaftet. Dies stärkte die Moral der Staatskräfte. Daruhin konzentrierten und vermehrten sie ihre Operationen. Das Ereignis in Tuzla zeigt nur zu deutlich, daß ihr Ziel nicht unsere Festnahme sondern unsere Massakrierung war. In Tuzla, auf der Autobahn von Ankara nach Istanbul, wurden 4 Personen, die vorher nicht zum Anhalten aufgefordert wurden und mit unserer Aktion überhaupt nichts zu tun hatten, im Auto von Polizeischüssen durchlöchert, weil sie annahmen, im Auto säßen wir.
Unsere Möglichkeiten dagegen, die Tatsachen der Öffentlichkeit zu berichten, waren in der Türkei sehr begrenzt. Wir kamen dann ins Ausland (in die BRD), um zu verhindern, daß die Operationen gegen Mitglieder von Devrimci Yol fortgesetzt werden, um die Tatsachen in den Gefängnissen der Türkei der Öffentlichkeit zu erzählen, und auch um die Lügen der Regierung zur Kirsehir-Aktion bloßzustellen.
In der Zeit unseres Aufenthaltes im Ausland werden wir entschieden die Aufgaben erfüllen, die aus der Tatsache herrühren, daß wir Devrimci Yol'ler sind.

Ausgebrochene Devrimci Yol'ler aus dem Gefängnis von Kirsehir

WIR WAREN IM RECHT!

türkei information

Oguzhan MÜFTÜOGLU,
Angeklagter Nr. 1
im zentralen Massenprozeß
gegen Devrimci Yol

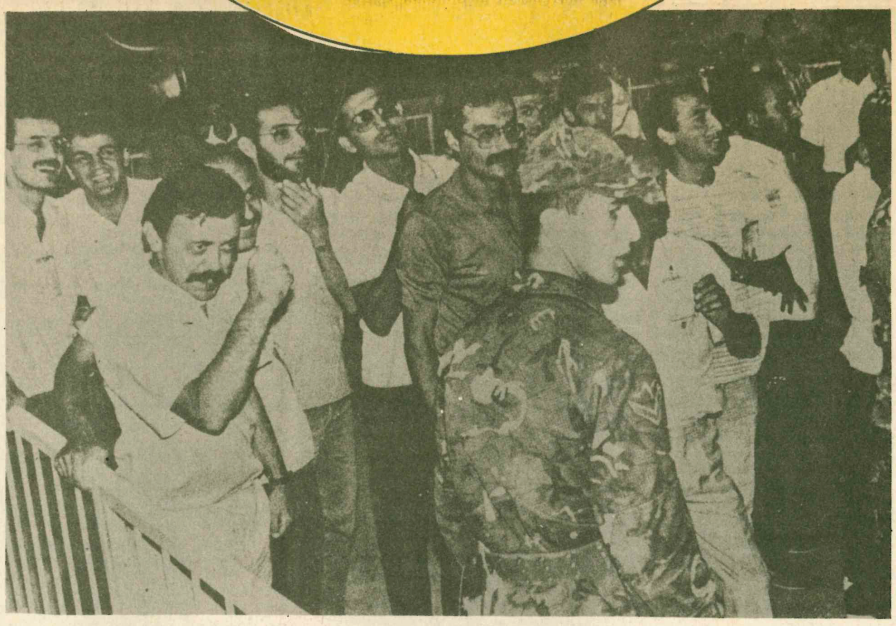
Ich war in den 60'er Jahren Student an der Universität, als die Türkei in eine Zeit großer Umwälzungen, Krisen und starker Erschütterungen hineingeriet.
Die Jugend der 60'er Jahre befand sich in einer Situation zunehmend entwickelterer sozialer und politischer Aufklärung.
Auf der einen Seite gab es die entwickelten, industrialisierten westlichen imperialistischen Länder, auf der anderen Seite die zurückgebliebenen Länder, die ihre Industrialisierung nicht vollenden konnten.

Die imperialistischen Länder wurden mit jedem Tag stärker, indem sie die Natur- und Menschenressourcen aller übrigen Länder, deren Reichtümer ausbeuteten; sie entwickelten sich immer mehr, allein sie nutzten die Produkte der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung aus, die eine Folge der Anhäufung des Wissens der ganzen Menschheitsgeschichte darstellt. So wandelten sie alle materiellen Möglichkeiten der ganzen Welt in Konsumgüter und Waffen um und zwangen die ganze Welt, diese zu konsumieren. Sie gaben das Hundertfache dessen, was zum Überleben der Menschen etwa im Gesundheits- und Bildungswesen benötigt wurde, zur Herstellung von Waffen aus, die die Menschen töten sollten.

Das waren die Ursachen für den Hunger, für Gewalt, Kriege, für Rüstungswettbewerbe und soziale und politische Unruhen auf der ganzen Welt.

"Vietnam" und *"Palästina"* wurden als erschütternde Kämpfe erlebt, die dieses System durchschaubar machten.
Wie wir in unserer gemeinsamen Verteidigung ausgedrückt haben:

"Die Zypern-Krise im Jahre 1964 und der berühmte Brief von Präsident Johnson lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die bilateralen Abkommen und die Frage der nationalen Unabhängigkeit; besonders unter Intellektuellen und Jugendlichen wuchs lawinenartig eine sehr starke Oppositionsbewegung.
Die Jugend eines Landes erhob sich, eines Landes, das nach der Erkämpfung seiner Unabhängigkeit wieder in die Situation einer totalen Kolonie hineingedrängt wurde, dessen Menschenkraft und natürlichen Reichtümer von den Imperialisten ausgebeutet wurden, eines Landes, in dem selbst den Oberbefehlshabern der Zutritt zu den US-Basen, in denen die amerikanische Fahne wehte, verboten war, eines Landes, in dem die Gouverneure der Hafenstädte wie Istanbul und Izmir die Straßen der Städte säubern und die Wände der Prostituiertenhäuser übermalen ließen, um die Bedürfnisse der Soldaten der 6. Flotte der USA zu befriedigen..."



Oguzhan Müftüoglu (auf dem Foto mit geballtem Faust) im Gerichtssaal. Die Gefangenen grüßen eine Delegation aus der Bundesrepublik während einer Verhandlungspause...

Ja, gegen eine solche Türkei, gegen eine solche Ordnung, gegen eine solche Welt haben wir uns erhoben.
Wir haben eine Welt gefordert, in der Menschen freier und glücklicher leben können.

Wir haben eine gerechtere und schönere Welt gewollt, in der die Gleichheit und der Sozialismus herrschen werden.
Wir wollten eine unabhängige Türkei, in der sich unser Land von der Beziehung der Sklaverei des Imperialismus, von Unterentwicklung und der Dunkelheit des Mittelalters befreien wird.

Nun, so begann mein revolutionärer Weg, von dem über die Hälfte in den Gefängnissen, unter Folterungen verging.
Wenn wir zurückschauen, spüre ich das Bedürfnis, noch einmal zu betonen, daß wir im Recht waren.

Ja, wir waren im Recht.

Wenn Ecevit, Demirel und all die anderen sagten, daß sich hinter den Putschen vom 12. März und 12. September die USA verstekken, sagten sie dadurch eigentlich aus, daß wir Recht hatten.
Sie gaben auch zu, daß wir im Recht waren, als sie sagten, *"Gott soll niemanden den Händen dieser Institutionen überlassen"*, als die Türkei im Würgegriff des IWF soweit war, daß sie *"70 cente benötigte"*.
Als sie sich vor den IWF-Delegationen, die in der Dunkelheit des 12. September zur Kontrolle in die Türkei kamen, beugten, um Kredite zu betteln, konnte man sehen, daß wir im Recht waren.

Drehen Sie sich um und blicken Sie sich um und Sie werden sehen, daß wir in allem und überall Recht haben.
Das zeigen:
die Phantasie-Exporte (1),
der Banker-Skandal,
die Berichte des Geheimdienstes MIT, in denen sie sich gegenseitig Goldschmuggel, Waffen- und Rauschgifthandel, Bestechung und Korruption vorwerfen (2),
die Skandale der High Society,
die neben Bildern von Kindern und Frauen, die im Müll nach Eßbarem suchen, die Titelseiten der Zeitungen füllen,
die modernsten Todesmaschinen der Soldaten Israels gegen die Steine in den Händen von 10-15jährigen palästinensichen Kindern.

Ja, die Revolutionäre waren im Recht.
Aber, am 12. September 1980 haben noch einmal diejenigen, die im Recht waren, die Arbeiter, die Bauern, die Verteidiger der Interessen unseres Landes und Volkes verloren; die Verfechter der Interessen des Imperialismus und der Ausbeuter, die Phantasie-Exporteure, die Diebe, die Lügner haben gewonnen. Während die Verteidiger der Reaktion und der Dunkelheit im Wohlstand lebten, wurden die Kämpfer einer freien und hellen Zukunft unseres Landes in Kerker gesteckt, gefoltert und ins Ausland verfolgt.

Aber trotz allem, braucht niemand für die Zukunft unseres Volkes und unseres Landes pessimistisch und hoffnungslos zu sein.

Ich glaube fest daran, daß es die Generationen von heute und morgen schaffen werden, jegliche Dunkelheit des Mittelalters zu zerstören, indem sie sich an den schönen Werten des Volkes festhalten und alle 'Unmöglichkeiten' überwinden. Sie werden es schaffen, sich eine gerechtere, ausbeutungsfreie, schöne und helle Türkei und Welt aufzubauen, auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit.

Fußnoten der T.I.:

1.) Die vom IWF der Türkei diktierte, sogenannte exportorientierte Wirtschaftspolitik brachte eine große Anzahl von Wirtschaftskriminellen mit sich, über die die Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren erfuhr.
Exporteure, die eigentlich wenig oder überhaupt nichts exportierten, ließen Dokumente über ihre angeblichen Exporte im großen Volumen ausstellen, um vom Staat Subventionen im hohen Maße zu erhalten. Es gab unter ihnen auch welche, die z.B. Papier, das sie ins Ausland exportiert haben, von den Zollbehörden auf ihre Export-Dokumente als z.B. Lederware einschreiben ließen. So ist der Begriff "Phantasie-Exporteur" entstanden.

2.) Im letzten Jahr ist ein mehrere hundert Seiten starker Bericht des Geheimdienstes MIT über alle wichtigen Personen wie Armeegeneräle, Staatssekretäre und Minister, Gouverneure und Polizeipräsidenten, Bürgermeister und Parteivorsitzende bekannt geworden.
In diesem Bericht wurden z.B. Notizen über die politische Einstellung, die Beteiligung an Korruptionsaffären usw. all dieser Posteninhaber geführt.